

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2021

THEMA IM FOKUS

Auf alle Fälle PC? Zum Stellenwert von Political Correctness für die politische Bildung

4 | **Political Correctness zwischen
Gleichheit, Privilegien und
Gerechtigkeit**

Eine Auseinandersetzung an
mehreren Fronten

von Nina Degele

10 | **Identitätspolitik gegen ihre
Kritik gelesen**

Für einen rebellischen
Universalismus

von Silke van Dyk

20 | **Die geforderte politische Bildung**

Einige Schlussfolgerungen aus den
aktuellen Debatten um Sprache,
Sichtbarkeit und strukturellen
Rassismus

von Thomas Gill

27 | **„Bildung als Praxis der Freiheit“**

Gedanken und Erfahrungen einer
Schwarzen Feministischen
Trainerin zu emanzipatorischer
Bildungsarbeit

von Makda Isak

33 | **Brauchen wir Political
Correctness?**

Ein politisches Streitgespräch

Interview mit Saba-Nur Cheema
und Dr. Karsten Schubert

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2021

Zu diesem Heft

Sich mit Political Correctness auseinanderzusetzen bedeutet, sich mit Gleichheit, Gerechtigkeit und Privilegien zu beschäftigen, ebenso mit dem Konflikt von Universalität und Partikularität, wie er in der Debatte um die Identitätspolitik zum Ausdruck kommt. Der einführende Beitrag fächert diese Aspekte weiter auf. Political Correctness wird dabei als ein notwendiges, wenn auch umstrittenes Charakteristikum demokratischer Auseinandersetzung beschrieben.

Spätestens mit dem Aufkommen rechtspopulistischer Kritik ist die Debatte um Political Correctness neu entbrannt. So werden Forderungen nach einer diskriminierungsfreien Sprache immer wieder als Ausdruck einer „repressiven Sprachzensur“ oder einer Freiheitseinschränkung verstanden. Hinter diesem politischen Meinungsstreit verbirgt sich die Frage, wie mit gesellschaftlicher Pluralität und bestehenden Benachteiligungen angemessen umgegangen werden kann. Welche Konsequenzen hat diese Frage für den demokratischen Diskurs? Ist eine diskriminierungsfreie Sprache eine Grundbedingung demokratischer und emanzipatorischer Politik? Oder geht das Beharren auf politisch korrekter Sprache an den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vorbei und schießt über das Ziel hinaus? Führt diese Fokussierung dazu, dass die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen struktureller gesellschaftlicher Ungleichheiten und Diskriminierungen auf der Strecke bleibt? Oder kann eine verstärkte Sensibilisierung die Diskurse für die Belange benachteiligter Gruppen öffnen?

Die Chancen und Grenzen der Identitätspolitik werden im zweiten Beitrag sichtbar, der in kritischer Spiegelung ihr emanzipatorisches Kernanliegen deutlich macht. Weitere Beiträge nehmen in den Blick, in welcher Weise diese Debatte für die politische Bildung furchtbar gemacht werden kann und welchen Stellenwert Political Correctness für die politische Bildung hat. Die Gesprächspartner*innen des Streitgesprächs mit dem provokanten Titel „Brauchen wir Political Correctness?“ gehen auf Unsicherheiten und unterschiedliche Positionierungen ein, die sich mit diesem Thema verbinden.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

USA – A Moment of Change?

Thema im Fokus:

Auf alle Fälle PC? Zum Stellenwert von Political Correctness für die politische Bildung

- 4 **Political Correctness zwischen Gleichheit, Privilegien und Gerechtigkeit** von Nina Degele
- 10 **Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen** von Silke van Dyk
- 20 **Die geforderte politische Bildung** von Thomas Gill
- 27 **„Bildung als Praxis der Freiheit“** von Makda Isak
- 33 **Brauchen wir Political Correctness?** Interview mit Saba-Nur Cheema und Dr. Karsten Schubert
- 42 **Provokation oder Beleidigung** von Alexej Boris

Politische Bildung praktisch

- 43 **Alles auf einer Karte** von Nabila Badirou und Ole Schwabe

Jahresthema im AdB

- 50 **Kritisch Weiß-Sein in der politischen Bildung** von Anja Dargatz
- 53 **Schwarz-Weiß-Denken** von Christian Hesse

Rezensionen

- 57 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 68 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 81 **Personalien**
- 84 **Aus Profession und Politik**
- 91 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 92 **Zeitschriftenschau**
- 94 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Ab der Ausgabe 1/2020 erscheint die Fachzeitschrift als Print- und Online-Ausgabe unter <https://fachzeitschrift.adb.de>

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Political Correctness zwischen Gleichheit, Privilegien und Gerechtigkeit

Eine Auseinandersetzung an mehreren Fronten

Political Correctness wird als Auseinandersetzung rund um Gleichheit, Gerechtigkeit und Privilegien über eine Rekonstruktion der historischen Herausbildung des Konzepts und den zentralen Konflikt von Universalität und Partikularität nachgezeichnet, wie er in der Identitätspolitik zum Ausdruck und im unproduktiven Streit um den Vorrang von Ökonomie vs. Kultur zum Ausbruch kommt. Es werden Vorschläge für Regeln für solidarisches Streiten formuliert. Political Correctness ist ein notwendiges wie auch umstrittenes Charakteristikum demokratischer Auseinandersetzung und sollte deshalb engagiert und besonnen gepflegt werden. von Nina Degele

Wer den Begriff Political Correctness in wertschätzender Weise gebraucht, gilt häufig als naiv („es gibt Wichtigeres“) oder doktrinär („Sprachpolizei“). Das verwundert nicht. Denn einige mit Political Correctness verbundene, im gesellschaftlichen Mainstream als Anspruch verankerte und umgesetzte Forderungen stoßen auf mitunter heftigen Widerspruch. Dazu zählen geschlechterneutrale Stellenausschreibungen sowie die Tabuisierung und Nichtverwendung rassistischer Begriffe. Äußerungen *über* Political Correctness sind *Statements* und damit Positionierungen: Wer spricht wie? Welche Begriffe und Sprachformen werden gewählt, welche vermieden? Was wird nicht gesagt? Wer wird womit angesprochen? Jede Aussage ist eine Entscheidung. Das gilt auch für mich als weiße Autorin: Wenn ich von Leser*innen statt von Lesern schreibe und Begriffe wie das N-Wort vermeide, treffe ich damit Aussagen über Geschlechtergerechtigkeit, Sexismus, Rassismus und nicht-diskriminierende Sprache, verteidige bestimmte Sprachnormen und lehne andere ab. *Wie* ich über Political Correctness schreibe, ist meine Positionierung dazu (vgl. Degele 2020). Wie also verorte ich Political Correctness?

Political Correctness als anerkennendes Sprechen ist historisch

Political Correctness bezeichnet die Norm anerkennenden Sprechens gegenüber Minderheiten und ausgegrenzten Gruppen. Dies umfasst Würde, Respekt, Vermeidung von Beleidigungen und Ausgrenzungen. Politisch korrektes Handeln und Sprechen zielt darauf, ausgegrenzte oder wenig gehörte Gruppen anzuerkennen und einzubeziehen. Dazu gehört auch die Reflexion eigener Privilegien: Wer im eigenen Altbau hat auf dem Schirm, wie schwer erreichbar schon der erste Stock für Rollstuhlfahrer*innen ist? Wer kann nachvollziehen, wie ausgrenzend sich die permanent gehörte Frage „Woher kommst du?“ für nicht als deutsch wahrgenommene Menschen anfühlt? Im Verständnis von Political Correctness konvergieren Denken, Sprechen und Handeln. Grundsätzlich kann das Bilder von Fürsorge und Schutz oder auch von Strenge und Zensur aktivieren. Aus der mit Deutungsrahmen (Frames) arbeitenden linguistischen Ideologieforschung gibt es dazu ein ernüchterndes Ergebnis: „Der Frame, der durch Political Correctness aktiviert wird, erzählt von politischer Bevormundung und Einmischung, nicht aber von Empathie und Schutz.“ (Wehling 2016a, S. 301) Das liegt an den beiden Komponenten des

Ausdrucks: *Politisch* impliziert Regierung und Einmischung, *korrekt* distanziert sich vom spontanen täglichen Miteinander und steht für eine Reglementierung durch andere. Sprache macht etwas mit der Art, über Dinge zu denken. Beispielsweise ist das Simulieren von Bewegungen (z. B. das Benutzen eines Hammers) Teil des Erfassens der Wortbedeutung. Menschen tun oft das, was sie denken, weshalb sie für ein Verständnis sprachliche Informationen oft simulieren – schwierig ist beispielsweise die Erklärung von „Wendeltreppe“ ohne den Gebrauch von Gesten. Dass sich Sprache direkt in Handlungen übersetzen lässt, konnte experimentell nachgewiesen werden. Wenn beispielsweise Testpersonen entscheiden müssen, ob Patient*innen mit einer schweren Krankheit eine möglicherweise heilende Operation auf sich nehmen sollen, und das Sterberisiko dabei zehn Prozent beträgt, hat die sprachliche Präsentation eindeutige Effekte: „Jene Probanden, denen dieser Fakt als 90-prozentige Überlebenschance kommuniziert wurde, entschieden sich für den Eingriff. Jene aber, denen der Fakt als 10-prozentiges Sterberisiko vermittelt wurde, entschieden sich dagegen.“ (Wehling 2016b, S. 46) Hier gibt es keinen Ausweg, schon die Reihenfolge der Nennung beeinflusst die Entscheidung: Ein Frame hat immer Vorrang. Das gilt auch für geschlechtergerechtes Sprechen – was den Widerstand dagegen erklären mag: Mit der Warnung vor Einschränkung der Redefreiheit und einer Ideologie sprachlicher Gängelung etwa wollte der Landesvorsitzende der Hamburger CDU im Frühjahr 2021 das Gendern bei staatlichen Stellen verbieten lassen. Aber wie sollen sich Frauen mitgemeint fühlen, wenn sie nicht genannt werden? Wie mitgedacht fühlen sich Schwarze Menschen, wenn sie als „hautfarbene“ Pflaster nur beigefarbene Produkte angeboten bekommen (vgl. El Ouassil 2021)?

Politisch korrektes Handeln und Sprechen zielt darauf, ausgegrenzte oder wenig gehörte Gruppen anzuerkennen und einzubeziehen.

Entstanden ist das Konzept der Political Correctness in den USA im Zusammenhang mit der *Civil Rights Bewegung* in den 1960er und 1970er Jahren, als es darum ging, dass ausgegrenzte Gruppen wie Schwarze Menschen und Frauen ein Anrecht auf Gleichberechtigung haben. Der Begriff selbst ist dort erst Anfang der 1990er Jahre po-

pulär geworden. *George Bush* warf 1991 der politischen Linken vor, sie würde mit dem Begriff Political Correctness die Gesellschaft spalten und Intoleranz verbreiten. Das Benennen fehlender Rechte wurde von ihm als ein Aufruf dazu interpretiert, Sonderrechte einzufordern – was sich als Steilvorlage für das darauf folgende Bashing von Linken und Liberalen entpuppte. In den Jahrzehnten davor, nämlich von den 1930ern bis zu den 1950ern, war das noch anders. Damals wurde der Begriff in den USA im Rückgriff auf sozialistische und kommunistische Kader eher ironisch verwendet, nämlich für solche Genoss*innen, die die Parteilinie gehorsam übererfüllt haben – das war „politically correct“. Anfangs war das ein Adjektiv. Es wurde dann aber von der konservativen und rechten Seite instrumentalisiert und zu einem Substantiv gemacht, zu einem Ding und einer Bewegung, was es nie war. Damit ist erst der Tatbestand geschaffen worden, der von Anfang an damit gleichgesetzt wurde, dass Political Correctness ein Angriff auf die freie Rede sei. Eine ähnliche Instrumentalisierung erfuhr Political Correctness in Deutschland in den 1990er Jahren, wo „Politische Korrektheit“ als Kampfbegriff und Sprach-Terror diskreditiert wurde, und sich vor allem das Feuilleton gegen vermeintliche „Moralkeulen“ zur Wehr setzte – bis heute.

Über die Ablehnung der Diskriminierung von Frauen und Minderheiten besteht zwar weitgehend gesellschaftlicher Konsens, nicht aber über den Weg dorthin – soll es für Benachteiligte spezielle Förderprogramme und/oder Quoten geben? Soll eine institutionelle Bevorzugung die vorhandene strukturelle gesellschaftliche Benachteiligung reduzieren und Gleichberechtigung schneller herstellen? Auch dazu ist ein Blick zurück hilfreich. In den USA der 1960er haben sich progressive und konservative Lager um die Frage gebildet, ob es um gleiche Möglichkeitsrechte (*equality of opportunity*) oder um die Gleichheit der Resultate (*equality of result*) gehen sollte. Das Lager der Konservativen beharrte dabei auf gleichen Möglichkeitsrechten oder Chancengleichheit (*equality of opportunity*). Sie fürchteten eine Unterminierung intellektueller Qualität und Qualifikation durch die obligatorische Berücksichtigung von *race* und Geschlecht als Kriterium für die Vergabe von Studienplätzen, Stellen und ähnlichem. Im Vordergrund standen die Rechte des Individuums statt der Gruppe. Das war kompatibel mit der Orientierung an US-amerikanischen Werten wie Leistung, Selbsthilfe und Individualismus. Konsequenz war die Forderung nach weniger Staat. Auf der anderen Seite betonten Progressive die Rechte von Minderheiten und forderten eine Gleichheit des Ergeb- →

nisses (*equality of result*). Mittel dazu waren beispielsweise Quotenregelungen bei Anstellungen oder Hochschulzulassungen. Oberstes Ziel war soziale Gerechtigkeit, wozu eine proportionale Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen im System als erforderlich erachtet wurde. Gewährleisten konnten dies in den Augen der Befürworter*innen nur staatliche Eingriffe durch mehr Gesetze.

Identitätspolitik als Streit um Universalismus vs. Partikularismus

Diese unterschiedlichen Sichtweisen erklären auch heutige Auseinandersetzungen: Die Ermöglichung von Gleichheit wird mit Einschränkung des eigenen (privilegierten) Status gleichgesetzt und abgelehnt; ausgetragen wird die Debatte häufig um (vermeintlich eingeschränkte) Meinungsfreiheit. Damit geht es um den Zusammenhalt von Gesellschaft: Wer ist wie miteinander verbunden, wie sieht es mit Zugehörigkeit, Solidarität und Freiheit aus? Das ist das Terrain der häufig synonym zu Political Correctness verwendeten Identitätspolitik, worauf beispielsweise die Schwarze Politikerin *Aminata Touré* von den Grünen hinweist: „Wenn in Deutschland über Identitätspolitik gesprochen wird, hat man das Gefühl, es geht um eine diskriminierte Minderheit, die sich angeblich den ganzen Tag nur um sich selbst dreht und sagt: Das und das finden wir doof, und wir wollen, dass uns mehr zusteht als allen anderen. Und das ist völliger Bullshit. Es geht um Gleichberechtigung. Ich meine, es waren nicht die Grünen, die auf einem Heimatministerium bestanden haben. Und es sind auch nicht die Grünen, die darauf bestehen, Kreuze in öffentlichen Behörden aufzuhängen. Eigentlich ist das Identitätspolitik at its best. Nur nennt man das lieber Leitkulturdebatte, weil es hier die Dominanzgesellschaft ist, die Forderungen stellt.“ (Touré 2021) Dass Forderungen nach gleichen Rechten und Möglichkeiten als Identitätspolitik abgewertet werden, verwundert nicht: Privilegierten fallen die eigenen Privilegien nicht auf, sie erachten sie als selbstverständlich und erfahren eine Nicht-Privilegierung bzw. Gleichbehandlung als Abwertung (vgl. Degele 2021).

Stehen bei Identitätspolitik spezifische Gruppen von Menschen mit ihren jeweiligen Bedürfnissen und Besonderheiten im Mittelpunkt eigener Artikulation und politischer Aktionen, sind *Universalismus* versus *Partikularismus* dafür die entscheidenden Stichworte. So lautet ein häufiger Vorwurf gegen Identitätspolitik, dort würden partikuläre Akteur*innen ihre nur exklusiven Interessen vertreten, damit verbundene Privilegien verteidigen und dahinter das gemeinsame Ganze vergessen. Identitätspolitik erscheint

hier als Politik der ersten Person, Political Correctness als larmoyante Weinerlichkeit bis hin zu Sprachterrorismus und beide stünden im Widerspruch zu universalen Idealen (vgl. aktuell Wagenknecht 2021; Fourest 2021). Das trifft nicht zu. Bewegungen wie *Black Lives Matter* oder *MeToo* geht es nicht um Spezialinteressen, sondern um die Mobilisierung und Solidarisierung von Bürger*innen, „um elementare Rechte einzufordern: etwa das Recht, nicht von der Polizei erschossen zu werden, oder das Recht, nicht sexuell belästigt oder gar vergewaltigt zu werden.“ (Müller 2019, S. 24) Die Vertreter*innen emanzipatorischer Bewegungen kritisieren also eine von Privilegierten behauptete, aber nicht eingelöste Universalität von Menschenrechten, daran ist nichts partikular.

Die Ermöglichung von Gleichheit wird mit Einschränkung des eigenen (privilegierten) Status gleichgesetzt und abgelehnt; ausgetragen wird die Debatte häufig um (vermeintlich eingeschränkte) Meinungsfreiheit.

Gleichwohl herrscht auch bei eigentlich Gleichgesinnten keine Einigkeit, wo Identitätspolitik übertrieben und wo sie notwendig ist. Gemeinsame Gegner*innen können zwar einen, aber Bewegungen zersplittern schnell, wenn es um kollektive Forderungen geht. „Entsprechend groß sind Unverständnis und Häme nicht nur in der gemäßigten und liberalen Linken darüber, dass in linken Szenen derzeit vor allem darüber gestritten wird, ob das Tragen von Dreadlocks oder das Servieren von vietnamesischen Banh Mi in der Uni-Mensa unter *Cultural Appropriation* fällt und ob Vagina Cupcakes die Gefühle von Frauen ohne Vulva verletzen – während drumherum der politische und ökologische Weltuntergang tobt.“ (Susemichel/Kastner 2018, S. 18) So ginge es der internet- wie auch beschwerdeaffinen *Generation Schneeflocke*¹ gar nicht mehr um tatsächliche Politik, sondern um die Inszenierung des eigenen Leidens, das ganz im Sinne einer Unterdrückungsolympia-

1 Bei „Snowflake Generation“ handelt es sich um eine abwertende Bezeichnung der zwischen den frühen 1980er und späten 1990er Jahren Geborenen (Millennials) als überempfindliche und auf die eigene Verletzbarkeit fokussierte Generation (vgl. Nicholson 2016).

de in akademisches Kapital konvertiert werde. Dies käme letztlich einem Kapitalismus zugute, der Klasseninteressen auflöse und individualisiere. Der Vorwurf lautet mithin, Political Correctness sei ein neoliberales Phänomen, das mit seinem Fokus auf Identitäten sich verschärfende ökonomische Ungleichheit auf die Sprachebene verschiebe und damit entpolitisiere. Schlimmer noch: Political Correctness sei eine konterrevolutionäre Bewegung, bei der „Moralisten ohne Mitgefühl“ (Wagenknecht 2021, S. 25) Gleichheit durch Diversität ersetzen und echte linke Politik durch postmoderne Pseudopolitik. In dieser Perspektive zerfalle sozialer Protest in Einzelinteressen, was im psychologischen Begriff der Kränkung seinen Ausdruck finde, für Vereinzelung des Erlebens und deshalb für Entsolidarisierung stehe. Der Aufschrei als „Beschwerdesound unserer Zeit“ (Stegemann 2018, S. 116) gehöre damit zu Political Correctness und Identitätspolitik wie Neoliberalismus zu Ungleichheit. Bemängelt wird, dass Moral nur bei Verstößen gegen Political Correctness zur Sprache komme und nicht den Neoliberalismus selbst kritisiere. Die Linke transformiere Sach- in Moralfragen, womit Political Correctness nichts anderes sei als ein Mittel zur Sicherung von Privilegien (vgl. ebd., S. 184). Mit diesem Fokus auf Identität statt auf soziale Ungleichheit werde Symbolpolitik ebenso wie Selbstoptimierung zum kostenneutralen Ersatz für Umverteilung. In diesem Verständnis sei das Gefühl des Gekränktheits hier zu einer neuen Währung geworden, womit moralische Kommunikation in der Öffentlichkeit dominiere. Verhandelt werde das als Political Correctness – und ökonomische Faktoren rund um Klasse vergessen. Stattdessen käme es jetzt aber darauf an, Identitätspolitik zurückzuweisen und sozioökonomische Interessen anzuerkennen. Gleichzeitig müsse Klasse wieder ins Zentrum rücken, sonst degeneriere die Linke zu einer liberalen Lobby.

Was ist daran problematisch? Identitätspolitik wird den Kämpfen von Emanzipationsbewegungen der Frauen, Lesben, Schwulen oder Schwarzen zugeschrieben, nicht aber dem Weiß- und Mannsein von Arbeitern, die für höhere Löhne streiten. Historisch war aber auch der Klassenkampf Identitätspolitik: Bei Marx musste ein kollektives Bewusstsein (Klasse für sich) erst hergestellt werden, Identitätspolitik war ein Mittel für Klassenpolitik, und diese beruhte auf sozialen Lagen, innerhalb derer die Akteur*innen ihre Interessen fanden, formulierten und artikulierten. Das umfasste die Identifikation mit der eigenen Realität als Arbeiter*in, aber auch den Anspruch auf Definitionsmacht über diesen Status. Deshalb greift die Gegenüberstellung von Klasse und Kultur zu kurz. Es geht vielmehr um die

Kritik am falschen Universalismusversprechen, das Identitätsgruppen zwingt, auf die eigene Nichtberücksichtigung aufmerksam zu machen. „Auch vermeintlich universelle Interessen sind letztlich Partikularinteressen – nur werden sie eben aus einer mächtigeren Position heraus formuliert. Emanzipatorische Identitätspolitik hat hingegen zumeist durchaus universalistische Ansprüche, indem sie verlangt, dass gleiche Rechte tatsächlich für alle Menschen gelten sollen.“ (Susemichel/Kastner 2018, S. 25) Die Kämpfe der sozialen Bewegungen sind kein Gegensatz von Klassenkämpfen, sondern stehen in deren Zentrum. Stattdessen erfolgt die Kritik einer Reduktion von Identitätspolitik auf Kultur meist aus der Perspektive von Privilegierten, die ihre Privilegien nicht thematisieren (wollen). Gerechtigkeit beißt sich nicht mit Identitätspolitik und schon gar nicht mit Political Correctness, wohl aber mit Privilegien.

Regeln für solidarisches Streiten

Vor diesem Hintergrund sind die Anforderungen an einen fair und diskriminierungsfrei geführten Umgang nicht zu unterschätzen – im Hinblick auf konservative wie auch aus linker Perspektive formulierte Einwände. Ich will dazu drei Regeln in den Kontext solidarischen Streitens stellen, das sich an sozialen Machtverhältnissen, legitim Sprechenden und verwendetem Vokabular orientiert.



„Political Correctness bezeichnet die Norm anerkennenden Sprechens gegenüber Minderheiten und ausgegrenzten Gruppen. Dies umfasst Würde, Respekt ...“ Foto: AdB

a) Stärkere/Schwächere: nicht nach unten treten.

Vermutlich am wichtigsten für ein wertschätzendes Miteinander ist die Maxime, nicht nach unten zu treten. Dies orientiert sich an gesellschaftlichem Machtungleichgewicht und nimmt Partei für die Schwächeren. Zum einen handelt es sich um real diskriminierte Gruppen, zum an- →

deren um einen relevanten Teil von Betroffenen. Als Orientierung listet das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz* (AGG) diskriminierte bzw. diskriminierungsanfällige Gruppen auf.



Zusammenhalt von Gesellschaft: Wer ist wie miteinander verbunden, wie sieht es mit Zugehörigkeit, Solidarität und Freiheit aus? Foto: AdB

b) Betroffene zu Wort kommen lassen.

Es ist neben der Frage der Machtposition die Zugehörigkeit, die Legitimation verleiht. Das betrifft beispielsweise Witze über bestimmte Bevölkerungsgruppen, die sinnvollerweise nicht von Personen außerhalb der jeweiligen Community verbreitet werden sollten. Ebenso sollten sich Massenmedien und öffentliche Institutionen an der Maxime orientieren, weniger *über* Betroffene zu reden und sie stattdessen eher selbst sprechen, erklären und moderieren zu lassen.

c) Begriffe von Betroffenen bevorzugen.

Weiter sollte sich die Wahl der richtigen Begriffe und Ausdrucksweisen an den Wünschen der Beteiligten orientieren. Tabu ist beispielsweise die Verwendung von Begriffen mit einer rassistischen Vergangenheit, die damit bezeichnete Menschen als diskriminierend empfinden. Wie auch bei *Cultural Appropriation* kommt historisches Wissen als strukturelle Komponente ins Spiel: Handelt es sich bei *Blackfacing* oder Weißen mit *Dreadlocks* um eine Re-Essenzialisierung oder eine Dekonstruktion? Bei *Blackfacing* ist der kolonialistische, historische Bezug eindeutig, bei *Dreadlocks* wird mehr Auseinandersetzung erforderlich sein.

Die Orientierung an den skizzierten Kriterien macht Korrektheitshandeln zu einem normativen und solidarischen Handeln: normativ als Orientierung an Gleichheit und Gerechtigkeit, solidarisch als eine Haltung der Ver-

bundenheit mit anderen im Hinblick auf geteilte Ziele. In diesem Verständnis ist Solidarität eine Positionierung und nicht nur eine bloße Parteinahme für Gleiche und Ähnliche. Entscheidend ist dabei die Frage, wie Solidarität auch mit denjenigen möglich ist, mit denen nicht gemeinsame Erfahrungen, das Geschlecht und die Herkunft geteilt werden. *Susemichel/Kastner* (2021) begreifen diese Solidarität als unbedingt, weil sie auf Differenzen basiert und nicht auf geteilter Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Auch ist sie kein Kosten-Nutzen abwägendes Tauschgeschäft. Solidarität muss sich in diesem Verständnis noch nicht einmal auf gemeinsame Erfahrungen beziehen, sondern kann auf Verständnis und Wissen gründen. Ein Beispiel dafür ist die Solidarität von Feministinnen, Schwulen und Lesben mit Streikenden im britischen Bergbau 1984 und 1985 gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik der Premierministerin *Margaret Thatcher* (vgl. Bielstein 1988); die Differenz der Streikenden war auch eine wesentliche Stärke. Emanzipatorische Identitätspolitik ist mithin durchaus Ausgangspunkt für solidarische Praktiken, gleichzeitig aber auch der Ort internen Konflikts und Kritik. Das macht ein dialektisches Verhältnis von Identität und Differenz aus, das von Identität ausgeht, um sie dann zu überwinden: „Unbedingte Solidarität kann von (nicht-essenzialistischer) Identitätspolitik ausgehen, zielt aber auf die Auflösung dieser Identität ab.“ (*Susemichel/Kastner* 2021, S. 45)

Entscheidend ist die Frage, wie Solidarität auch mit denjenigen möglich ist, mit denen nicht gemeinsame Erfahrungen, das Geschlecht und die Herkunft geteilt werden.

Eine solche Haltung macht Hoffnung, ist aber bei vielen verloren gegangen, auch solchen, die sich dem gemeinsamen Ziel gesellschaftlicher Emanzipation und Gleichberechtigung verschrieben haben. „We need to learn, or re-learn, how to build comradeship and solidarity instead of doing capital’s work for it by condemning and abusing each other. This doesn’t mean, of course, that we must always agree – on the contrary, we must create conditions where disagreement can take place without fear of exclusion and excommunication.“ (*Fisher* 2013, S. 1) Wenn Political Correctness ernst gemeint ist, spricht dies für

eine größere Fehlertoleranz. Eine solche fordert *Loretta Ross* (2019) in ihrem Plädoyer für eine verzeihende *Call-in*- statt einer *Call-out*-Kultur des Bloßstellens von Fehlern und des öffentlichen Niedermachens für sprachliche Missgriffe. *Calling out* ist gegen destruktive Angriffe sinnvoll, unbeabsichtigte Fehlertritte sollten aber anders behandelt werden. Das soll sich in einem *Calling in* niederschlagen, das jemanden nicht wegen eines Fehlers anklagt, sondern nach Hintergründen gewählter Redeweise fragt – um aus Fehlern zu lernen. Auch und gerade das ist Political Correctness.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

Zur Autorin



Dr. Nina Degele, Studium der Soziologie, Psychologie, politischen Wissenschaften und Philosophie in München und Frankfurt am Main, ist seit 2000 Professorin für Soziologie und Gender Studies an der Universität Freiburg. Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Geschlechterverhältnisse, Körper und Sport, Nachhaltigkeit, qualitative Methoden.

nina.degele@soziologie.uni-freiburg.de

Literatur

Bielstein, Klaus (1988): Gewerkschaften, Neo-Konservatismus und ökonomischer Strukturwandel. Zur Strategie und Taktik der Gewerkschaften in Großbritannien. Bochum. Bochum: Studienverlag Brockmeyer

Degele, Nina (2020): Political Correctness. Warum nicht alle alles sagen dürfen. Weinheim: Beltz

Degele, Nina (2021): Privilegienblind reisen in Zeiten des Klimawandels. In: Zeitschrift Diskurs (i. E.)

El Ouassil, Samira (2021): Anti-Gender-Vorstoß von Christoph Ploß. Natürlich geht es auch um Ideale. In: SPIEGEL online, 27.05.2021; www.spiegel.de/kultur/gendern-unsere-wahrnehmungsluecken-a-27e10f57-8ad1-43d2-9389-cc84bfd976d6?sara_ecid=soci_upd_wbMbjhOSvVilSjc8RPU89NcCvtlFcl (Zugriff: 17.08.2021)

Fisher, Mark (2013): Exiting the Vampire Castle. In: The North Star, 22.11.2013. OpenDemocracyUK, 24.11.2013; www.opendemocracy.net/ourkingdom/mark-fisher/exiting-vampire-castle (Zugriff: 17.08.2021)

Fourest, Caroline (2021): Generation Beleidigt – von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer. Eine Kritik. Berlin: Edition Tiamat

Müller, Jan-Werner (2019): „Das wahre Volk“ gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ 9–11/2019: Identitätspolitik; www.bpb.de/apuz/286506/das-wahre-volk-gegen-alle-anderen-rechtspopulismus-als-identitaetspolitik (Zugriff: 17.08.2021)

Nicholson, Rebecca (2016): „Poor little snowflake“ – the defining insult of 2016. In: The Guardian, 28.11.2016; www.theguardian.com/science/2016/nov/28/snowflake-insult-disdain-young-people (Zugriff: 17.08.2021)

Ross, Loretta (2019): I’m a Black Feminist. I Think Call-Out Culture Is Toxic. In: The New York Times, 17.08.2019; www.nytimes.com/2019/08/17/opinion/sunday/cancel-culture-call-out.html (Zugriff: 17.08.2021)

Stegemann, Bernd (2018): Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik. Berlin: Matthes & Seitz

Susemichel, Lea / Jens Kastner (2018): Identitätspolitiken: Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: Unrast

Susemichel, Lea / Jens Kastner (2021): Unbedingte Solidarität. In: Dies. (Hrsg.): Unbedingte Solidarität. Münster: Unrast, S. 13–48

Touré, Aminata (2021): „Ich bin nicht untypisch für die Politik“. Interview mit Marija Barišić und Johannes Korsche. In: Süddeutsche Zeitung; <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/gesellschaft/werwirsind-aminata-toure-im-sz-interview-e812210> (Zugriff: 17.08.2021)

Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Frankfurt am Main: Campus

Wehling, Elisabeth (2016a): Alles, bitte nur keine „Political Correctness“. In: Forschung & Lehre 23, Nr. 4, S. 300–301

Wehling, Elisabeth (2016b): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln: von Halem

Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen

Für einen rebellischen Universalismus

Ausgehend von der Analyse aktueller Debatten wird eine „große Koalition“ der Anti-Identitätspolitik identifiziert und auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede befragt. Die Analyse der Delegitimierungsstrategien dieser Koalition dient dem Ziel, in kritischer Spiegelung das emanzipatorische Kernanliegen der als Identitätspolitik kritisierten Positionen stark zu machen. Es wird gezeigt, dass die aktuelle Delegitimierung von Identitätspolitik ihren Gegenstand so verfälscht, dass ein kritisches Lernen aus Erfolgen und Fehlern unmöglich gemacht wird. Was bedeutet das für unsere Demokratie?

von Silke van Dyk

„Identitätspolitik“ ist in der jüngsten Vergangenheit zu einer ubiquitären Chiffre für die Probleme der Linken und ihrer Verantwortung für den Erfolg der Neuen Rechten avanciert: Sie sei partikular und verstelle den Blick auf die großen Fragen der Zeit, akademisch-elitär und komplizenhaft verschwistert mit dem Neoliberalismus. Die Allgegenwart der Identitätspolitik im Modus der Kritik zielt dabei vor allem auf linke Identitätspolitiken, die Politik *Neuer Sozialer Bewegungen* und das Erbe von 1968. Wer ausgehend von den aktuellen Debatten zu unterscheiden versucht, was linke Identitätspolitik war und ist und was die zahlreichen aktuellen Kritiker*innen mit Identitätspolitik meinen, bewegt sich auf dünnem Eis. Ausgerechnet in Zeiten, da rassistische, antisemitische und sexistische Positionen durch rechte Kräfte in neuer Quantität und „Qualität“ artikuliert werden und damit die Errungenschaften sozialer Bewegungen unter Druck geraten, findet sich eine erstaunliche „Anti-Identitätspolitik“-Diskursgemeinschaft aus (links-)liberalen und klassenpolitischen Akteur*innen zusammen.

Ausgehend von dieser Diagnose, verfolge ich folgende zwei Ziele: Zum einen soll die „große Koalition“ der Anti-Identitätspolitik ausgeleuchtet und auf Gemeinsamkeiten

und Unterschiede befragt werden. Die Analyse ihrer Delegitimierungsstrategien soll zum Zweiten dazu dienen, in kritischer Spiegelung das emanzipatorische Kernanliegen der als Identitätspolitik kritisierten Positionen stark zu machen: eine Politik der Antidiskriminierung und Herrschaftskritik, die Partei ergreift für alle, denen eine Existenz als Subjekt unter Gleichen verwehrt wird. Damit ist keine Glorifizierung jeglicher identitätspolitischer Praxis bezweckt; es soll vielmehr gezeigt werden, dass die aktuelle Delegitimierung von Identitätspolitik ihren Gegenstand so verfälscht, dass ein kritisches Lernen aus Erfolgen und Fehlern unmöglich gemacht wird. Das ist in Anbetracht des Erstarkens autoritärer Kräfte fatal, liegt doch im identitätspolitischen Erbe das Potenzial für einen rebellischen Universalismus, der auch für eine neue Klassenpolitik unverzichtbar ist.

Große Koalition gegen die Identitätspolitik

Der Wahlsieg *Donald Trumps*, das Brexit-Votum, der Aufstieg der AfD und die Stärke rechter Parteien in zahlreichen Ländern Europas haben eine kontroverse Debatte über die Ursachen der Rechtswende und das Scheitern linker Politik ausgelöst. Die einhellige Antwort auf die Frage

„Linke, was hat dich bloß so ruiniert?“ (Roberts 2018) lautet derzeit: die Identitätspolitik. Tatsächlich hat es in fast allen sozialdemokratischen Parteien Europas eine Wende hin zu einer Politik neoliberaler Alternativlosigkeit gegeben, während zugleich Gender-Mainstreaming und multikulturelle Diversitätspolitiken an Bedeutung gewonnen haben. Abgesehen davon, dass der Zusammenhang zwischen beidem keineswegs zwingend ist, macht die Suche nach identitätspolitisch Schuldigen hier keineswegs Halt. Obwohl ein liberaler Multikulturalismus wenig mit der Bewegung „Black Lives Matter“ und Gender-Mainstreaming kaum etwas mit kritischem Feminismus zu tun hat, werden sie in der derzeitigen Kritik zu einer identitätspolitischen Abgrenzungsfolie verdichtet.

Im liberalen Feld wird der Verlust eines über *citizenship* vermittelten Gemeinsamen beklagt, paradigmatisch für diese Position steht der US-amerikanische Politikwissenschaftler *Mark Lilla*: „Wir brauchen einen Linksliberalismus, der die Identitätsfrage hinter sich lässt und sich auf seine früheren Errungenschaften stützt. Ein solcher Linksliberalismus würde sich auf die Verbreiterung seiner Basis konzentrieren und die Amerikaner als Amerikaner ansprechen; dabei würde er den Anliegen Priorität geben, die einem Großteil der Bevölkerung am Herzen liegen. Er würde an die Nation im Geiste gemeinsamen Bürgersinns und gegenseitiger Hilfsbereitschaft appellieren.“ (Lilla 2017, S. 51) Ähnlich argumentiert der Politikwissenschaftler *Francis Fukuyama*: Nachdem das von ihm diagnostizierte Ende der Geschichte nicht eingetreten ist, plädiert er unter der Überschrift „Against Identity Politics“ für ein Ende linker und rechter Identitätspolitik: „Es geht darum, größere und integrativere nationale Identitäten zu definieren, die der faktischen Vielfalt liberal-demokratischer Gesellschaften Rechnung tragen.“ (Fukuyama 2018) Linke Identitätspolitik weist zwei zentrale Probleme auf: Sie sei erstens selten repräsentativ für die Mehrheit und entfremde Mainstream-Wähler*innen, zweitens habe sie den Aufstieg rechter Identitätspolitik begünstigt, die sich gegen die linken Anerkennungsbegehren zur Wehr setze.

Die Politikwissenschaftler *Ruud Koopmans*, *Wolfgang Merkel* und *Michael Zürn* haben wiederum eine neue Konfliktlinie ausgemacht, die nicht mehr zwischen rechts und links, sondern zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen verlaufe. Erstere beherrschten den öffentlichen Diskurs, seien akademisch gebildet, privilegiert, an postmaterialistischen Werten, den Rechten von Minderheiten, Antirassismus und globaler Bewegungsfreiheit von Menschen und Kapital interessiert. Letztere verfügten über keine Privile-

gien, setzten auf gerechte Verteilung, den Nationalstaat und eine Begrenzung von Migration. Auch hier antwortet rechte Politik auf die (Identitäts-)Politik der Kosmopoliten: „Die populistische Revolte kann aus dieser Perspektive vor allem als eine Reaktion auf den überschießenden Kosmopolitismus und Moralismus des Mainstreams und der Besergestellten gedeutet werden.“ (Merkel 2017, S. 54)

Viele links-sozialdemokratische, marxistische und klassenpolitische Protagonist*innen aktueller Identitätskritik haben auf den ersten Blick mit *Lillas* oder *Fukuyamas* Kritik nicht viel gemein: Ihnen gilt nicht das staatsbürgerliche Kollektiv als Kontrapunkt partikularer Identitäten, sondern die Klasse und damit die ethnische oder geschlechtsspezifische Unterschiede übergreifende sozioökonomische Lage. Der Dramaturg *Bernd Stegemann*, neben *Sahra Wagenknecht* Vordenker der Bewegung „Aufstehen“, moniert: „Die Debatten um identitätspolitische Emanzipation sind (...) gefährlich für die Kraft zur solidarischen Haltung. Sie fesseln die kritische Aufmerksamkeit an die partikularen Interessen und provozieren dadurch empörte Diskurse.“ (Stegemann 2017, S. 81) In diesem Diskursstrang ist die Kritik der Identitätspolitik in unterschiedlicher Explizitheit mit dem Argument verknüpft, dass es genuin linke Themen gäbe, die ausschließlich oder vorrangig im Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verorten seien: Die identitätspolitische Schwerpunktsetzung der Linken, gehe „an der Lebensrealität ihrer natürlichen Klientel vorbei“ (Baron 2016, S. 202) und erzeuge die Rechtswende der traditionellen linken Wählerschaft. Dem liegt der Gedanke zugrunde, Identitätspolitik sei an Privilegien gebunden und eine Vorliebe derjenigen, „die es sich leisten (können), tolerant und weltoffen zu sein“ (Jörke/Heisterhagen 2017, S. 9).

Beide Stränge der Kritik teilen den Vorwurf, dass Identitätspolitik Partikularinteressen von Minderheiten zu lasten eines – unterschiedlich gefassten – Allgemeinen vertrete. Da die hier problematisierten klassenpolitischen Ansätze auf eine Revitalisierung der Klassenfrage im nationalen Kontext setzen und damit – entgegen der Tradition des Internationalismus der Arbeiterbewegung – auf einen neoliberalismus- und migrationskritischen „Linksnationalismus“,¹ ergeben sich aber auch darüber hinaus Anschlusspunkte der auf den ersten Blick so unterschiedlichen Perspektiven. Auch fällt auf, dass rechte (Identitäts-)Politik jeweils einen untergeordneten Stellenwert →

¹ Ich werde abschließend darauf zurückkommen, dass es aktuell natürlich klassensoziologische Arbeiten gibt, die nicht in diese Richtung anschlussfähig sind.

einnimmt und dass sie – wenn überhaupt als solche titulierte – als Reaktion auf die „Auswüchse“ linker Identitätspolitik gelesen wird, die – so der Tenor – vor allem weiße Männer der Arbeiterklasse ohne Lobby gelassen habe. Der Journalist *Owen Jones* geht in seinem Buch „Dämonisierung der Arbeiterklasse“ sogar so weit, den Antirassismus als Instrument eines Klassenkampfes von oben zu fassen, mit dem „weiße Arbeiter in die Pfanne“ gehauen würden (Jones 2012, S. 148).



Identitätspolitik eine Waffe zur Selbstverteidigung? Foto: AdB

Auch wenn dies ein extremes Beispiel ist, zeigt sich in der Diskurskoalition insgesamt eine Umkehrung der Begründungslogik, in der der Widerstand gegen Rassismus, Sexismus oder Homophobie zur Ursache derselben erklärt wird (vgl. Susemichel/Kastner 2018, S. 15). Diese gelten dann als „uneigentliche“ Phänomene, die Ausdruck einer Notwehr der unteren Klassen respektive der Mehrheit gegen die Identitätspolitik der vermeintlich Privilegierten sind. So müssen der Philosophin *Nancy Fraser* zufolge die Protagonist*innen links-liberaler Identitätspolitik auf jene zugehen, die sie mit ihrer Politik verletzt und in das rechte Lager gedrängt haben: „Vor allem aber werden sie jener Mehrheit der Trump-Wähler die Hand reichen müssen, die weder Rassisten noch in der Wolle gefärbte Rechte sind, sondern Opfer des ‚manipulierten Systems‘.“ (Fraser 2017, S. 90) Wie man es dreht und wendet: Die „Schuld“ liegt immer aufseiten linker Identitätspolitik.

Strategien der Delegitimierung

Der Begriff Identitätspolitik ist so schillernd wie schwammig – auch jenseits seiner aktuellen Popularisierung. Zum einen wird der Topos inhaltlich wenig scharf für ein weites Feld sozialer Kämpfe verwendet, die mit der Chiffre „1968“ und den *Neuen Sozialen Bewegungen* wie

der Frauenbewegung oder der Bürgerrechtsbewegung verbunden werden, zumeist aber auch mit Bewegungen jüngerer Datums wie queeren Aktivismus oder „Black Lives Matter“. Zum anderen geht es um konkrete Fragen wie Formen des politisch korrekten Sprechens oder Unisex-Toiletten. In Anlehnung an historisch einschlägige soziale Kämpfe (vgl. hierzu auch Kastner/Susemichel 2019) verstehe ich emanzipatorische Identitätspolitik als Ausdruck eines rebellischen Universalismus, der – zum Beispiel in der Frauenbewegung, durch queere Interventionen oder antirassistische Kämpfe – aufzeigt, wie das „Normale“, das „Allgemeine“ und „Menschliche“ partikular weiß, männlich, gesund und heterosexuell bestimmt war und ist. Welchen Stellenwert die Betonung von Differenz(en) in diesen Bewegungen einnehmen soll, ist dabei von Anfang an umstritten gewesen und – wie im Folgenden zu zeigen sein wird – ebenso kontrovers wie elaboriert debattiert worden (vgl. exemplarisch Benhabib u. a. 1993). Vor diesem Hintergrund werde ich im Folgenden drei Vorwürfe identifizieren und prüfen, die in der großen Koalition der Anti-Identitätspolitik der Delegitimierung dieser Politik dienen: Dies sind der Vorwurf der Spaltung, der Vorwurf der Ablenkung vom Wesentlichen sowie der Vorwurf der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus.

Vorwurf der Spaltung und der Durchsetzung partikularer Interessen

Diese Kritik findet sich überall dort, wo das universalistische Versprechen der Moderne in Abgrenzung zum Partikularismus als Realität gesetzt statt als Leitbild verstanden wird. Liberale Demokratien stünden angesichts überschießender Identitätspolitik, so das Argument, vor der Herausforderung, „ihren Weg zurück zu einem universelleren Verständnis der Menschenwürde zu finden“ (Fukuyama 2018). Die Zukunft scheint damit bedroht durch einen „neuen Tribalismus“ und den „Siegeszug einer gegenauflärerischen Idee“ (Furedi 2018, S. 13) in Gestalt der Identitätspolitik.

Ganz ähnlich ist auch die Argumentation des Marxisten *Robert Pfaller*: „Das unpersönliche Recht und den Habitus des zivilisierten Verhaltens identitätspolitisch zu verunglimpfen, ist hingegen ein Beitrag zur neoliberalen Zerstückelung, Re-Feudalisierung und Re-Tribalisierung der Gesellschaft.“ (Pfaller 2018, S. 129 f.) Und wenn der Soziologe *Harald Welzer* moniert, dass der Universalismus des modernen Sozialstaates durch die „allfälligen Anerkennungszumutungen“ (Welzer 2017) der Identitätspolitiken zerstört werde, dann ist von der Partikularität, das heißt

der geschlechtsspezifischen und staatsbürgerlichen Exklusivität der Sozialpolitik, nichts mehr zu hören.

Wiederholt zu lesen ist hingegen der Vorwurf, es handele sich bei Identitätspolitik um eine Politik der ersten Person, eine egoistische „Politik des ‚Alles dreht sich um mich‘“ (Furedi 2018). Die Charakterisierung von Identitätspolitik als Politik der ersten Person stammt tatsächlich von denen, die den Begriff geprägt haben: In ihrem „Black Feminist Statement“ von 1977 konstatierte das *Combahee River Collective*, eine Gruppe schwarzer Feminist*innen: „Wir erkannten, dass die einzigen Menschen, die sich genug um uns sorgen, um konsequent für unsere Befreiung zu arbeiten, wir selbst sind.“ (Combahee River Collective 1983, S. 212) Dies entspringt aber weder einer egoistischen noch einer separatistischen Haltung, sondern der Erkenntnis, dass die Anliegen schwarzer Frauen weder in der von Männern dominierten Bürgerrechtsbewegung noch im weißen Feminismus ihren Platz fanden – und in der restlichen Gesellschaft schon gar nicht.

Tatsächlich hat es in fast allen sozialdemokratischen Parteien Europas eine Wende hin zu einer Politik neoliberaler Alternativlosigkeit gegeben, während zugleich Gender-Mainstreaming und multikulturelle Diversitätspolitiken an Bedeutung gewonnen haben.

Spaltend sind nicht die sozialen Bewegungen, die den real existierenden Universalismus als Produkt partikularer Interessen enttarnen, gebunden an die mit weißer Männlichkeit verbundenen Privilegien. Spaltend sind diejenigen, die diese Privilegien im Namen der Universalität verteidigen. Dass die Privilegien so wirkmächtig sind, liegt auch daran, dass sie nicht als Privileg empfunden werden, da sie verborgen sind „in der Selbstverständlichkeit der Normalität“ (Rommelspacher 2009, S. 32) der Dominanzgesellschaft. Identitätspolitik *at its best* bedeutet demnach gerade nicht, „dass sich eine gesellschaftlich abgesonderte Gruppe mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt, sondern dass aus einer marginalisierten Perspektive Missstände aufgezeigt werden, die mitten ins Herz der Gesellschaft führen“ (Putschert 2017, S. 20). Die Feminist*innen

des *Combahee River Collective* wollten nichts Besonderes sein: „Als Mensch anerkannt zu werden, als ebenbürtiger Mensch, das ist genug.“ (Combahee River Collective 1983, S. 212) Ihre Position als schwarze, lesbische Frauen auf der untersten Anerkennungsstufe der Gesellschaft, wollten sie – die sich als Sozialistinnen verstanden – für eine revolutionäre Überwindung aller Unterdrückungsverhältnisse nutzen. Sie waren der Überzeugung, dass eine Gesellschaft, die sie als Gleiche einbezieht, alle einzubeziehen hätte.

Die aktuelle Kritik, Identitätspolitik spalte, ignoriert zudem die vielschichtigen Debatten um Gleichheit und Differenz, die feministische und antirassistische Bewegungen seit ihren Anfängen begleiten. Hier geht es um die Frage, ob gesellschaftlich marginalisierte Gruppen nach Maßgabe der herrschenden Gesellschaft als Gleiche anzuerkennen seien, oder ob vielmehr ihre Besonderheit zu würdigen und der Maßstab der Angleichung infrage zu stellen sei. Schon in den 1970er Jahren zeigte sich die Problematik dieser Polarität, und es wurde nach Integrationsmöglichkeiten beider Positionen gesucht (vgl. Sussemichel/Kastner 2018, S. 107 ff., S. 136 f.).

In der aktuellen Anti-Identitätspolitik-Koalition wird diese jedoch auf den Differenzpol festgelegt und eine Essentialisierung von Differenz unterstellt, während eine formale Gleichheitsposition zum Maß der Dinge wird. Bewegungen für die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter oder der Schwarzen in den USA werden deshalb zu Recht gewürdigt, während die Frage der gesellschaftlichen Normierung und des vermeintlich universalen Maßstabes, an dem marginalisierte Gruppen gemessen und als „Andere“ identifiziert werden, als Zumutung zurückgewiesen wird. Wo Frauen oder Schwarzen angelastet wird, dass sie sich für ihre Belange und nicht für Menschen im Allgemeinen einsetzen, wird zudem verkannt, dass dies die Antwort auf ein gesellschaftlich zugeschriebenes Stigma ist, verbunden mit der Paradoxie, dass die Diskriminierung nur schwer ohne Rückbezug auf die in der Abwertung zugewiesene Differenz sichtbar gemacht werden kann. Wie mit diesem Dilemma umzugehen ist, ob Widerstand „über eine bewußte Aneignung der Negation“ (Haraway 1995, S. 42) gelingen kann oder im Sinne eines „against race“ (Gilroy 2000) die Dekonstruktion der Differenzkategorie das Ziel sein sollte, ist – entgegen dem Vorwurf, Identitätspolitik essentialisiere generell Unterschiede – kontrovers debattiert worden. Das derzeit pauschal mit dem Label „Identitätspolitik“ versehene Feld zeichnet sich gerade dadurch aus, dass auch die Identitätskritik hier ihre Wurzeln hat und dass die Dialektik der Affirmation und Überwindung von Differenz allgegenwärtig ist. →

Der marxistische Kulturtheoretiker *Stuart Hall* unterscheidet im Lichte dieses Spannungsfeldes eine Identitätspolitik ersten und zweiten Grades, wobei erstere in der notwendigen „Konstituierung einer defensiven kollektiven Identität“ als Antwort auf die Angriffe der „Mehrheitsgesellschaft“ besteht.² Eine solche defensive Identität könne aber immer nur ein erster Schritt der Sichtbarmachung auf dem Weg zu einer neuen Politik des pluralen Gemeinsamen sein. Eine Identitätspolitik zweiten Grades dekonstruiert die im ersten Schritt der Verteidigung stark gemachten Identitäten und nimmt die Heterogenität der Subjektpositionen und die Vielfalt der Erfahrungen derjenigen in den Blick, die beispielweise unter der Identität „schwarz“ subsumiert werden. Hier geht es darum, die herrschaftsförmige Differenz („schwarz-weiß“) nicht (mehr) zu affirmieren, sondern sie zu durchkreuzen. Die Verkehrung der aktuellen Debatte liegt darin, die herrschaftsförmige Prägung und die Bedeutung der Selbstverteidigung in den Hintergrund zu rücken und die identitätskritischen Debatten zu negieren, um die vermeintliche Selbststilisierung sogenannter Minderheiten anzugreifen.

Berechtigt erscheint mir gerade im Lichte der historischen Debatten und Kämpfe hingegen eine Kritik von identitätspolitischen Bewegungen, die sich für den Horizont des „Gemeinsamen“ nicht (mehr) interessieren, sozioökonomische Ungleichheiten ausblenden und in immer kleineren Verästelungen Differenzen individualisieren. Wenn die Differenz zum Selbstzweck wird, besteht die Gefahr der (Re-)Essenzialisierung des in Anspruch genommenen Unterschieds.³ Die entscheidende Frage ist aber, ob solche Entwicklungen aus der Perspektive eines rebellischen Universalismus kritisiert werden oder ob sie willkommener Anlass sind, um emanzipatorische „Zumutungen“ in toto diskreditieren zu können: „Kritik an der Identitätspolitik wird oft von weißen Männern geäußert, die gegenüber den Erfahrungen anderer ignorant oder apathisch bleiben. Sie wird aber auch von Linken geäußert, mit dem Ziel, jede politische Forderung abzulehnen, die nicht mit dem

2 Vgl. Hall 1994, S. 78. In dieser Lesart ist Identitätspolitik eine Waffe zur Selbstverteidigung: „Die Identität ist genauso problematisch wie jede andere Waffe (...). Dass du dich mit einer Waffe wie Identität bewaffnen mußt, heißt, daß du im Grunde von Anfang an verloren bist. Dir bleibt trotzdem nichts anderes übrig.“ (Diederichsen/Jacob 1994, S. 53)

3 Vgl. als Beispiel für die Kritik einer solchen Entwicklung im Kontext von „Critical Whiteness“-Perspektiven Haider 2018. Zur Entwicklung eines „queeren Identitätsfetisch“ vgl. Susemichel/Kastner 2018, S. 126.

übereinstimmt, was als rein ökonomisches Programm gilt.“ (Ebd., S. 20f.) Letzteres führt mich zum zweiten Vorwurf.

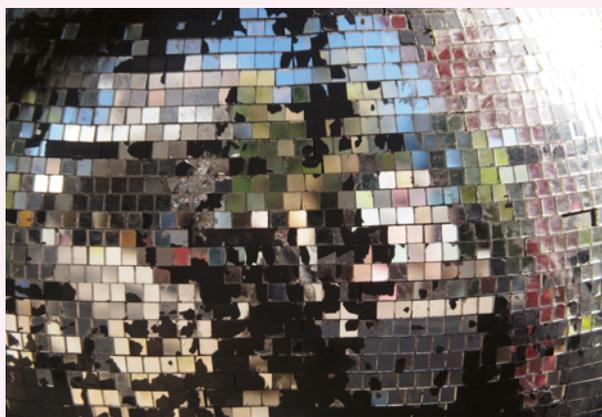
Vorwurf der Ablenkung – Kulturtheater und Schönwetterpolitik

Der Vorwurf der Ablenkung operiert mit einer Entgegensetzung der materiellen Realität von Sozial- und Wirtschaftspolitik einerseits und postmaterialistischen Nebenwidersprüchen andererseits, die angeblich die moralischen Sehnsüchte privilegierter Bevölkerungsgruppen bedienen. Kritisiert als „Pseudo-Politik“ (Mark Lilla) oder „identitäre (...) Ersatzpolitik“ (Wolfgang Streeck) wird das Ende der „Ära post-materialistischer, befindlichkeitsfixierter Schönwetterbewegungen“ (Stefan Laurin) ausgerufen. Dabei geht es keineswegs nur um das beliebte Beispiel der Unisex-Toiletten, sondern auch um Bewegungen gegen sexuelle Gewalt oder die Polizeigewalt gegenüber Schwarzen. So ist in der linken Zeitung „Jungle World“ zu lesen: „Egal ob es um den neuen Feminismus oder die ‚Black Lives Matter‘-Bewegung geht: Politisch zu sein, bedeutet heute nicht mehr, etwas über die Welt auszusagen, sondern über sich selbst.“ (Black 2018, S. 22) Wessen Welt ist das, in der die Kritik von Rassismus und Sexismus nichts über die Welt aussagt? Für wen scheint die Sonne der „Schönwetterbewegungen“, wenn diese doch mehrheitlich dafür gekämpft haben, dass Menschen, denen dies verwehrt wurde, als Menschen in Betracht gezogen werden? Indem die als identitätspolitisch bezeichneten Bewegungen darauf reduziert werden, hippe Ausdrucksformen ästhetischer Vorlieben zu sein, „wird die Eigenständigkeit und Tragweite rassistischer, nationalistischer, sexistischer und/oder homophober Unterdrückung sowie die existenzielle Dimension der dagegen gerichteten Kämpfe verkannt“ (van Dyk/Graefe 2018, S. 346). Mit dem Label der „Pseudopolitik“ wird zudem eine große Errungenschaft dieser Kämpfe negiert, haben sie doch gezeigt, dass es eine Machtfrage ist, zu definieren, was als legitime Politik fungiert und was als private oder kulturelle Angelegenheit ausgeschlossen bleibt.

Als die Feministin *Silvia Federici* Ende der 1970er Jahre zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung schrieb: „They say it’s love. We say it’s unwaged work“ (Federici 1975), brachte sie diese Macht auf den Punkt und zeigte zudem, dass auch dort, wo vermeintlich nur die weiche Welt der Emotionalität wohnt, die politische Ökonomie zu Hause ist. In diesem Zusammenhang sei auch an den schwarzen Intellektuellen *W.E.B. Du Bois* erinnert, der Ende des 19. Jahrhunderts den Zusammenhang von Ausbeutung und

Rassismus analysierte und aufzeigte, dass der „psychologische Lohn des Rassismus“ die Arbeiterbewegung spaltete und die weißen Arbeiter an die weißen Unternehmer band (Du Bois 2014/1935).

Das Etikett des Postmaterialismus ist aber nicht nur fraglich, weil Sexismus und Rassismus eng mit der Organisation der kapitalistischen Ökonomie zusammenhängen. Faktisch haben zudem viele, wenngleich nicht alle, der kritisierten Bewegungen gegen Ausbeutung und ökonomische Deklassierung protestiert. *Ta-Nehisi Coates*, prominenter Intellektueller von „Black Lives Matter“, hat die Entmaterialisierung der Kritik sogenannter Minderheiten als Herrschaftsmechanismus angeprangert: Die Debatten um die *Trump*-Wahl kommentierte er auf *Twitter* mit der Beobachtung, „dass die Probleme der weißen Jungs ökonomisch sind und alle anderen nur versuchen, ihre Gefühle zu diskutieren“ (Tweet vom 01.12.2016). Und wenn er hinzufügt, „In Amerika ist ‚Klasse‘ nicht die einzige Art von Klasse“, dann weist er die implizite Verbindung von Klasse als analytische Kategorie mit dem Merkmal Weißsein zurück.



In kritischer Spiegelung wird das emanzipatorische Kernanliegen der als Identitätspolitik kritisierten Positionen stark gemacht. Foto: AdB

In der Anti-Identitätspolitik-Koalition wird hingegen die seit *Gramsci* vielfach aufgebrochene Entgegensetzung von Kultur und Ökonomie derzeit so radikalisiert, dass in Teilen eine „Rückkehr des Hauptwiderspruchs“ (Dowling/van Dyk/Graefe 2017, S. 411) zu beobachten ist. Der absolute Vorrang ökonomischer und klassenpolitischer Anliegen wird von einigen Autor*innen explizit formuliert (vgl. Baron 2016, S. 202; Pfaller 2018, S. 137), kommt aber implizit auch in der Identifizierung von antirassistischer, queerer oder feministischer Politik als Politik der Privilegierten zum

Ausdruck. Mit dieser Zuschreibung wird allein „Klasse“ als hierarchiestiftender gesellschaftlicher Strukturgeber identifiziert, während andere gesellschaftliche Spaltungslinien – wider die Empirie – als kulturelle Variationen gefasst werden. In der aktuellen Debatte wäre eine Menge gewonnen, wenn deutlich würde, dass nicht nur die „Anderen“ und Marginalisierten Identitäten haben: Dann ist die Wahl *Trumps* nicht mehr die – mit viel Verständnis analysierte – ökonomische Notwehr der deklassierten „Mehrheitsbevölkerung“, sondern eben auch – und ohne damit automatisch erfahrene Deklassierungen zu negieren – Ausdruck einer weißen Identitätspolitik, die Privilegien der Vergangenheit zu restaurieren versucht. „Make America Great Again“ heißt kaum verhüllt – wie die Politikwissenschaftlerin *Wendy Brown* treffend formuliert – auch „Make America White Male Again“ (Brown 2017, S. 51).

Die aktuelle Kritik, Identitätspolitik spalte, ignoriert zudem die vielschichtigen Debatten um Gleichheit und Differenz, die feministische und anti-rassistische Bewegungen seit ihren Anfängen begleiten.

Und wenn beklagt wird, dass die Schwulenbewegung nur für ihre Rechte und nicht für die der Stahlarbeiter auf die Straße gegangen ist, ist dies zwar richtig, es bleibt aber zugleich die Frage ungestellt, ob die Arbeiterbewegung sich ihrerseits stark für die Rechte Homosexueller gemacht hat und wie es um Homophobie in Arbeiter-Milieus steht (vgl. Laurin 2018, S. 116).⁴ So wenig von der Hand zu weisen ist, dass Kämpfe etwa für geschlechtliche Vielfalt „sich oftmals wenig bis gar nicht für Prozesse sozialer Deklassierung interessieren“ (van Dyk/Graefe 2018, S. 344), so wenig liegt die Bringschuld in der notwendigen Zusammenführung von Klassenpolitik und emanzipatorischer →

⁴ Interessanterweise wird dieser Aspekt aus Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ (2016) kaum rezipiert, obwohl seine biografisch verarbeitete Klassenflucht aus der Arbeiterklasse für ihn mit seiner Homosexualität zusammenhing. Siehe dazu auch ein Interview mit Eribon, indem er sich u. a. kritisch zur klassenpolitisch verengten Rezeption seines Buches in Deutschland äußert: „Das Problem ist sicher nicht der Feminismus“; www.republik.ch/2018/02/19/interview-eribon-teil1 (Zugriff: 02.09.2021).

Identitätspolitik ausschließlich und einseitig aufseiten der geschmähten Letzteren.

Vorwurf der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus

Der wahrscheinlich härteste Schlag gegen die kritisierten Bewegungen dürfte im Vorwurf der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus liegen. Als „Reaganism for lefties“ (Mark Lilla) und „Kulturprogramm der neoliberalen Erzeugung von Ungleichheit“ (Robert Pfaller) kritisiert, wird von sehr unterschiedlichen Akteuren eine Allianz aus „Finanzkapitalismus und Emanzipation“ (Nancy Fraser), aus „global governance und identitärer Ersatzpolitik“ (Wolfgang Streeck) ausgemacht.⁵ Fraser hat hierfür den Topos des „progressiven Neoliberalismus“ geprägt, der „auf dem Bündnis ‚neuer sozialer Bewegungen‘ (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und LGBTQ) mit Vertretern hoch technisierter, ‚symbolischer‘ und dienstleistungsbasierter Wirtschaftssektoren“ beruhe (vgl. Fraser 2017, S. 78). Die paradigmatische Sozialfigur dieser Synthese ist der Kosmopolit, der Antirassismus, Weltgewandtheit und Toleranz mit einem Faible für neoliberale Politik verbinde (vgl. Merkel 2017). Die Diagnose, dass Fragen der Verteilung von Ressourcen im Neoliberalismus immer weniger Gehör finden und dass klassenpolitische Mobilisierungen radikal geschwächt worden sind, ist ebenso richtig, wie die Beobachtung, dass es liberale Gleichstellungspolitik gibt, die sich vor allem für den Frauenanteil in Dax-Vorständen interessiert. Fraglich hingegen ist der Schluss, hierfür zeichne „die Identitätspolitik“ in Gänze beziehungsweise das Erbe der *Neuen Sozialen Bewegungen* und ihre „Vielfaltseuphorie“ (Jörke/Heisterhagen 2017) verantwortlich.

Der Vorwurf der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus gibt sich soziologisch solide und schließt an die Diagnose der Vereinnahmung von Kritik im flexiblen Kapitalismus an, wie sie insbesondere von *Luc Boltanski* und *Éve Chiapello* ausgearbeitet worden ist (vgl. Boltanski/Chiapello 2006). Gesellschaftskritik taucht in der Moderne in zwei Formen auf, die *Boltanski* und *Chiapello* als „Sozialkritik“ und „Künstlerkritik“ bezeichnen: Erstere beziehe sich auf das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit, die zweite auf Fragen der Autonomie, im doppelten Sinne von Selbstbestimmung und Selbstentfaltung. Diese Kritik war historisch Intellektuellen vorbehalten, hat sich ab 1968 aber zuneh-

mend verallgemeinert. Die Vereinnahmungsdiagnose besagt nun, dass die Künstlerkritik zum Motor neoliberaler Re-Strukturierungen geworden ist, während die Sozialkritik marginalisiert wurde.



Kritisches Lernen aus Erfolgen und Fehlern ist für die Demokratie wichtig. Foto: AdB

Erst auf den zweiten Blick zeigt sich, dass wir es gegenwärtig mit einer Vereinnahmung dieser Diagnose zu tun haben: Es ist zwar richtig, dass sich Formen der Entfremungskritik und der Selbstorganisation wie auch Diversity- und Gleichstellungspolitiken als anschlussfähig an das neoliberale Projekt erwiesen haben. Die Kritik daran wird jedoch in einer Weise pauschalisiert, die jegliche Ambivalenz und Differenzierung tilgt. *Erstens* wird eine aktive Komplizenschaft unterstellt, wo die soziologischen Diagnosen historisch eine strukturelle Passfähigkeit der Inhalte und eine Umdeutung emanzipatorischer Perspektiven ausgemacht haben. *Zweitens* wird verkannt, dass im Zuge der Vereinnahmung reale Autonomie- und Anerkennungsgewinne zu verzeichnen waren – eine Ambivalenz, die in den einschlägigen soziologischen Diagnosen zentral ist. *Drittens* werden die Anliegen der sogenannten Identitätspolitik in ihrem Kern als falsch und pseudo-politisch zurückgewiesen sowie als Egoismus partikularer Gruppen diskreditiert. In den Vereinnahmungsdiagnosen geht es, ganz im Gegenteil, um die Frage, wie originär emanzipatorische Anliegen kooptiert werden – und in diesem Prozess ihren Gehalt verändern. *Viertens* verallgemeinert der Vorwurf der Komplizenschaft die Kritik in einer Weise, die all jene Bewegungen unsichtbar macht, die sich als nicht anschlussfähig an das neoliberale Projekt erwiesen haben – und oft gerade deshalb aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden sind. Das hat dann aber wenig mit neoliberaler Komplizenschaft und viel mit neoliberaler Hegemonie

⁵ Dieser Abschnitt beruht auf einem mit Stefanie Graefe konzipierten Vortrag anlässlich des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im September 2018 in Göttingen.

zu tun; die Verkehrung des Zusammenhangs läuft in Zeiten erstarkender autoritärer Kräfte faktisch auf ein *blaming the victim* hinaus. Die große Anti-Identitätspolitik-Koalition trägt damit dazu bei, existierende emanzipatorische Kritiken wider den neoliberalen Mainstream zusätzlich zu schwächen und nur noch neoliberale Kosmopoliten zu sehen, wo es wesentlich mehr zu entdecken gäbe.

Neue Klassenpolitik und rebellischer Universalismus

Die Delegitimierung von Identitätspolitik durch die Vorwürfe der Spaltung, der Ablenkung und der neoliberalen Komplizenschaft ist gegenwärtig auch deshalb so diskursprägend, weil sie von der ungewöhnlichen akademischen Diskursgemeinschaft (links-)liberaler und klassenpolitisch argumentierender Protagonist*innen getragen wird und Widerhall im parteipolitischen wie medialen Feld findet. Die Angriffe auf linke Identitätspolitiken gehen dabei Hand in Hand mit einer „Rhetorik der Zärtlichkeit“ (Czollek 2018, S. 117) gegenüber den nach rechts Gewendeten, die sich angeblich vom moralischen Joch der Linken befreien. Das linke *self-blame* geht bisweilen sogar so weit, dass eine selbstverschuldete „linksautoritäre“ Repräsentationslücke ausgemacht wird – und damit das Fehlen einer Kombination von sozialpolitisch linken, gesellschaftspolitisch aber autoritären Positionen. Diese Diagnose gipfelt in der Idee einer Verknüpfung von Sozial- und Identitätspolitik, „die auch für tendenziell links-autoritäre Menschen überzeugend“ (Jörke/Nachtwey 2017, S. 179) wäre – womit das emanzipatorische Erbe der *Neuen Sozialen Bewegungen* nach 1968 ad absurdum geführt wird.

In der aktuellen Debatte wäre eine Menge gewonnen, wenn deutlich würde, dass nicht nur die „Anderen“ und Marginalisierten Identitäten haben.

Die größte Gefahr für eine emanzipatorische Alternative zur Neuen Rechten besteht gegenwärtig darin, dass die Pole Klasse und Nation miteinander verschmolzen werden und in Gestalt eines linksnationalistischen (wenn es denn so etwas überhaupt geben kann) Elite-Volk-Dualismus wieder auferstehen. Das ist dramatisch, denn der Umstand, dass die Klassenfrage zurück in der öffentlichen Debatte

ist, dass materialistische Analysen (wieder) wahrgenommen und klassenpolitische Leerstellen von Antidiskriminierungspolitiken herausgefordert werden, ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Glücklicherweise gibt es eine Reihe von Autor*innen, die im Sinne einer antinationalistischen, inklusiven Klassenpolitik argumentieren (vgl. Eribon 2018; Dörre 2018). Für das emanzipatorische Projekt eines rebellischen Universalismus wird eine intersektionale, andere Unterdrückungsverhältnisse einbeziehende Erweiterung von Klassenpolitik allerdings nicht ausreichen. Solange Rassismus, Sexismus, Homophobie oder Antisemitismus das Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen einschränken, so lange die „Normalität“ sie zu „Anderen“ macht, wird es auch klassenübergreifende Bündnisse gegen diese Ausschlüsse und Diskriminierungen brauchen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

Dieser Beitrag erschien zuerst in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11/2019; Schwerpunkt Identitätspolitik, S. 25–32; www.bpb.de/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen-fuer-einen-rebellischen-universalismus

Zur Autorin



Dr. Silke van Dyk ist Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Soziologie der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaats sowie Ungleichheits- und Eigentumsforschung.

silke.vandyk@uni-jena.de

Foto: Anne Günther / FSU

Literatur

Baron, Christian (2016): *Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten.* Berlin: Das Neue Berlin

Benhabib, Seyla / Butler, Judith / Cornell, Drucilla / Fraser, Nancy (1993): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart.* Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch

Black, Tim (2018): *Kultur ersetzt Politik.* In: *Jungle World*, 21.06.2018, S. 22

Boltanski, Luc / Chiapello, Eve (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus.* Konstanz: UVK

→

- Brown, Wendy (2017):** Demokratie unter Beschuss: Donald Trump und der apokalyptische Populismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2017, S. 46–60
- Combahee River Collective (1983):** A Black Feminist Statement. In: Moraga, Cherríe / Anzaldúa, Gloria (Eds.): This Bridge Called My Back: Writings by Radical Women of Color. New York: Kitchen Table Press, pp. 210–218
- Czollek, Max (2018):** Desintegriert euch. München: Hanser
- Diederichsen, Diedrich / Jacob, Günther (1994):** Differenz und Reaktion. In: Konkret 2/1994, S. 52–55
- Dörre, Klaus (2018):** Demokratische Klassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus. In: Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Lösch, Bettina (Hrsg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim: Beltz, S. 120–143
- Dowling, Emma / Dyk, Silke van / Graefe, Stefanie (2017):** Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: Prokla 188/2017, S. 411–420
- Du Bois, W.E.B. (2014/1935):** Black Reconstruction in America. Oxford: Oxford University Press
- Dyk, Silke van / Graefe, Stefanie (2018):** Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative. In: Becker, Karina / Dörre, Klaus / Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag, S. 337–354
- Eribons, Didier (2016):** Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp
- Federici, Silvia (1975):** Wages Against Housework. Bristol
- Fraser, Nancy (2017):** Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: edition suhrkamp S. 77–91
- Fukuyama, Francis (2018):** Against Identity Politics. In: Foreign Affairs 5/2018, pp. 90–114
- Furedi, Frank (2018):** Die verborgene Geschichte der Identitätspolitik. In: Richardt, Johannes (Hrsg.): Die sortierte Gesellschaft. Frankfurt am Main: Novo Argumente Verlag, S. 13–25
- Gilroy, Paul (2000):** Against Race. Cambridge: Harvard University Press
- Haider, Asad (2018):** Mistaken Identity. Race and Class in the Age of Trump. London: Verso
- Hall, Stuart (1994):** Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten. In: Ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument Verlag, S. 66–88
- Haraway, Donna (1995):** Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag
- Jones, Owen (2012):** Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse. Mainz: VAT Verlag
- Jörke, Dirk / Heisterhagen, Nils (2017):** Was die Linken jetzt tun müssen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2017, S. 9
- Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver (2017):** Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. In: Dies. (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Baden-Baden: Nomos, S. 163–186
- Kastner, Jens / Susemichel, Lea (2019):** Zur Geschichte linker Identitätspolitik. In: APuZ 9–11/2019, S. 11–17
- Laurin, Stefan (2018):** Willkommen im Zeitalter der Postidentitätspolitik. In: Richardt, Johannes (Hrsg.): Die sortierte Gesellschaft. Frankfurt am Main: Novo Argumente Verlag, S. 113–122
- Lilla, Mark (2017):** Das Scheitern der Identitätspolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2017, S. 48–52
- Merkel, Wolfgang (2017):** Die populistische Revolte. In: Kulturpolitische Mitteilungen 157/2017, S. 53–56
- Pfaller, Robert (2018):** Sprecht wie Mimosen! Handelt wie Bestien! In: Richardt, Johannes (Hrsg.): Die sortierte Gesellschaft. Frankfurt am Main: Novo Argumente Verlag, S. 123–137
- Putschert, Patricia (2017):** Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik. Lernen vom Combahee River Collective. In: Widerspruch 1/2017, S. 15–22
- Roberts, Marcus (2018):** Linke was hat dich bloß so ruiniert?; www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/linke-was-hat-dich-bloss-so-ruiniert-2527 (Zugriff: 02.09.2021)
- Rommelspacher, Birgit (2009):** Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus / Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik, Bd. 1. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 25–38
- Stegemann, Bernd (2017):** Der liberale Populismus und seine Feinde. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017, S. 81–94
- Susemichel, Lea / Kastner, Jens (2018):** Identitätspolitik: Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: Unrast Verlag
- Türkmen, Ceren (2018):** Eine neue internationalistische Linke muss her; <https://iwspace.de/2018/04/eine-neue-internationalistische-linke-muss-her-ceren-tuerkmen-ak> (Zugriff: 02.09.2021)
- Welzer, Harald (2017):** Identitätspolitik: Krankheit oder Kur? In: Philosophie Magazin 2/2017, S. 14–15; <https://issuu.com/philomagde/docs/pmde32leseprobe> (Zugriff: 02.09.2021)

EPALE – Electronic Platform for Adult Learning in Europe – die größte europäische Online-Community für alle, die in der Erwachsenen- und Weiterbildung tätig sind.

EPALE
Die Community-Plattform



www.go-blueberry.de (Bildquelle: fizkes_AdobeStock)

BEI EPALE FINDEN SIE :

- Praktische Informationen, die für Ihren Job relevant sind
- News aus der Erwachsenen- und Weiterbildung
- Informationen zu Veranstaltungen
- Fortbildungsmöglichkeiten: Kurse, MOOCs und OERs
- Möglichkeiten, Ihr Wissen mit der Community zu teilen und auszutauschen

Lesen
Sie hier die Beiträge zum
Themenfokus
**"Initiativen der
Antidiskriminierungsarbeit
und Rassismusprävention"**
Einfach QR-Code
scannen >>



<https://epale.ec.europa.eu/de>



Mit finanzieller Unterstützung
durch das EU-Programm
Erasmus+

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Nationale Agentur
beim Bundesinstitut
für Berufsbildung

NABiBB
BILDUNG FÜR EUROPA

Die geforderte politische Bildung

Einige Schlussfolgerungen aus den aktuellen Debatten um Sprache, Sichtbarkeit und strukturellen Rassismus

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Debatten wird in diesem Beitrag der Blick auf drei Themen gelenkt, die eine besondere Relevanz für die politische Bildung haben bzw. bereits von den Akteuren politischer Bildung diskutiert werden: die Verwendung von Sprache, gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, insbesondere bezogen auf Rassismus und Geschlechterverhältnisse, sowie die Auswirkungen der Debatten auf das Selbstverständnis der politischen Bildung. Welche Rolle soll politische Bildung bei der Gestaltung unserer Gesellschaft spielen? von Thomas Gill

Die Debatten darüber, wer wie über wen sprechen darf, wer sprachlich unsichtbar gemacht wird und wer das Recht hat, andere (neue) Regeln des über- und miteinander Sprechens zu setzen, haben die akademische Szene in Deutschland voll erfasst. „Im Vordergrund von Political Correctness steht die Berücksichtigung, Anerkennung und Gleichberechtigung gesellschaftlicher Minderheiten und Benachteiligter auch in der Sprache“, so *Nina Degele* in ihrer Studie zu Political Correctness (Degele 2020, S. 15). Und die Journalistin *Kübra Gümüşay* formuliert: „Menschen so zu bezeichnen, wie sie bezeichnet werden wollen, ist keine Frage von Höflichkeit, auch kein Symbol politischer Korrektheit oder einer progressiven Haltung – es ist einfach eine Frage des menschlichen Anstands. Ich verzichte darauf, andere trotz ihres Widerspruchs anders zu benennen, als sie es wünschen. Ich verzichte darauf, ihre Perspektive zu unterdrücken, der ich stattdessen Raum gebe.“ (Gümüşay 2020, S. 49) So gesehen ist kaum nachzuvollziehen, warum die Debatten so zu Aufregung und gegenseitigen Anschuldigungen führen, warum zum Beispiel von „Cancel Culture“ die Rede ist und sich 2020 ein „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ gegründet hat. Es ändern sich die sprachlichen Konventionen und die Etikette, so wie sie es

schon immer getan haben. Wer wissen will, was sich verändert hat, schaut im aktuellen Duden nach. Wo liegt das Problem und inwiefern wird das Thema für die politische Bildung relevant?

Die Frage liegt nah, was im Hintergrund dieser Debatten steht. *Kübra Gümüşay* gibt einen Hinweis darauf, wenn sie schreibt: „Und so werden alte weiße Männer – vielleicht zum ersten Mal überhaupt – einem pauschalisierenden Typus zugeordnet: privilegiert, seine Privilegien nicht hinterfragend, feministische und antirassistische Positionen ablehnend.“ (Ebd., S. 49) Die, die es gewohnt waren, nie benannt zu werden, weil sie die Norm(alität) repräsentiert haben, sind plötzlich nur eine mögliche Variante der menschlichen Vielfalt – und vielleicht noch nicht mal die Erstrebenswerte. Ein Angriff auf das eigene Selbstverständnis und die (noch) bestehenden Privilegien.

Die geforderte Mitte

Die aktuelle *Mitte-Studie* von 2021 zeigt, dass der Anteil der Bevölkerung, der ein geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild zeigt, auf 1,7 % zurückgeht (vgl. Zick/Küppers 2021, S. 89). Auch bei einzelnen Dimensionen der rechtsextrêmes Einstellungen wie Befürwortung einer Diktatur

oder Fremdenfeindlichkeit ist zum Teil eine Halbierung der Zustimmungswerte festzustellen, außer bei der Dimension Sozialdarwinismus. Hier ist die Zustimmung gestiegen (vgl. ebd., S. 93). Zugleich wird der Rechtsextremismus von 70,3 % der Befragten als Bedrohung für Deutschland genannt, ein höherer Wert als Klimawandel, soziale Spaltung und Corona-Pandemie im Befragungszeitraum erreichen (vgl. ebd., S. 27). Die Gewalttaten von Halle, Hanau und Kassel und die politischen Reaktionen auf diese scheinen ihre Spuren hinterlassen zu haben. Zugleich stellen die Forscher*innen aber fest, dass die Indifferenz zugenommen hat. Der Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen liegt bei den Dimensionen Nationaler Chauvinismus (34,1%), Fremdenfeindlichkeit (21,3%), Befürwortung Diktatur (15,5%) ebenso wie auch bei dem manifesten rechtsextremen Weltbild (12,1%) erschreckend hoch (vgl. ebd., S. 94). Noch deutlicher wird diese schwankende und uneindeutige Haltung im Bereich rassistischer Einstellungen. Während nur 4,6% dem Statement voll und ganz oder überwiegend zustimmen, dass Weiße zurecht in der Welt führend sind, geben 27,8% die Antwort teils/teils oder lehnen es nur überwiegend aber nicht vollständig ab. Noch deutlicher wird es bei der Aussage „Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus in Deutschland die Rede ist.“ Hier stimmen 18,4% ganz oder eher zu, 50% (!) geben die Antwort teils/teils oder eher nicht und nur 31,5% stimmen dem Statement überhaupt nicht zu (vgl. ebd., S. 152 f.). Angesichts dieser Wahrnehmung von Rechtsextremismus als Bedrohung auf der einen Seite und der Empathielosigkeit gegenüber den von rassistischer Diskriminierung Betroffenen auf der anderen, wird das gesellschaftspolitische Spannungsfeld deutlich. Die politische Mitte ist gefordert, sich zu positionieren. „Ein bisschen Rassismus gibt es nicht“, wie es *Andreas Zick* bei der Präsentation der Studie treffend formulierte.

Gleiches gilt auch für die politische Bildung, auch diese ist gefordert. Die Diskussionen im Feld der politischen Bildung stehen im Kontext dieser gesellschaftlichen Debatten und Einstellungen in der Gesellschaft insgesamt. Die Auseinandersetzungen (bisher weniger *in* als vielmehr *um*) die politische Bildung haben zugenommen, sie ist selbst zum politischen Kampffeld geworden. Meldeplattformen zur vermeintlichen Neutralitätsverletzung, Angriffe gegen Träger und deren Stigmatisierung als vermeintlich linksextrem, Angriffe auf die *Bundeszentrale für politische Bildung* von Seiten einiger Medien (vgl. Agar 2021) sind dazu einige Stichworte. Politische Bildung ist Teil eines Kulturkampfes

geworden und wird sich als Profession, ähnlich wie die geforderte Mitte, dazu positionieren müssen.

Ich werde mich im Folgenden drei Themenbereichen zuwenden, die meiner Wahrnehmung nach Relevanz für die politische Bildung haben bzw. bereits von dieser diskutiert werden: Die Verwendung von Sprache insgesamt und nicht nur die Frage der sich ändernden Konventionen wird zum Thema für die politische Bildung. Ebenso werden Fragen der gesellschaftlichen Herrschaft, insbesondere des Rassismus und der Geschlechterverhältnisse verhandelt und auf die politische Bildung bezogen. Dass dies Auswirkungen auf das Selbstverständnis der politischen Bildung hat, muss diskutiert und es müssten daraus Konsequenzen – auch für uns selbst – gezogen werden.

Andere Autor*innen kämen aus ihrer Perspektive sicher mit guten Gründen zu einer anderen Schwerpunktsetzung.

Sprache

Die Soziolinguistik führt seit den 60er Jahren eine Debatte über die sprachlichen Codes unterschiedlicher sozialer Schichten und deren Funktionalität in den jeweiligen sozialen Zusammenhängen, insbesondere den unterschiedlichen Arbeitswelten. Diese Debatten sind oft davon geprägt, dass der elaborierte Code der Bildungsbürger*innen als anzustrebende Norm gesetzt wird. Dies verkennt, dass im Bereich der Industriearbeit, des Handwerks oder der einfachen Dienstleistungsberufe, also mithin für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, der elaborierte Code im Berufsalltag dysfunktional ist. *Bremer/Pape* argumentieren im Anschluss an *Bourdieu*, dass eine stärkere Sensibilisierung für „plurale Literalitäten“ und Machtverhältnisse notwendig ist. Sie fordern „die Entwicklung einer ungleichheitssensiblen politischen Bildung, die unter Zugrundelegung eines ‚weiten‘ Politikbegriffs den Umgang mit pluralen politischen Literalitäten einüben muss.“ (Bremer/Pape 2017, S. 69)

Mit der Akademisierung von Politik entfernt sich deren Sprache immer weiter von der Alltagssprache der Bevölkerungsmehrheit. Mit der Etablierung der Politikdidaktik als Fachwissenschaft operiert diese mit einem Kategoriensystem, welches die Vermittlung von Fachsprachkompetenzen zur zunehmend bedeutsamen Aufgabe im Politikunterricht werden lässt (vgl. Wochenschau 2020).

Ohne Zweifel ist Sprache das Medium, in dem Politik im Wesentlichen stattfindet und Kommunikationskompetenz in einem umfassenden Sinne ist eine zentrale Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit. Allerdings →

schleicht sich bei manchen Debatten der Eindruck ein, als müsste man erst einen „Demokratieführerschein“ bestanden haben, um politisch handeln zu können und zu dürfen. Dass dies aus demokratietheoretischer Sicht die falsche Herangehensweise wäre, ist offensichtlich.

Ohne Zweifel ist Sprache das Medium, in dem Politik im Wesentlichen stattfindet und Kommunikationskompetenz in einem umfassenden Sinne ist eine zentrale Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit.

Politische Fachsprache zum Maßstab zu erheben, steht in einem starken Kontrast zur tatsächlichen (Schrift-) Sprachkompetenz in der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland. Auch die zweite *Leo-Studie* zur Literalität der Bevölkerung 2018 hat gezeigt, dass von den 18- bis 65-Jährigen in Deutschland, die sich auf Deutsch mündlich verständigen können, noch immer 12,1% als gering Literalisierte an Buchstabe, Wort und Satz scheitern und weitere 20,5% erhebliche Probleme mit dem Verständnis von Texten haben, eine stark fehlerhafte Rechtschreibung aufweisen und daher den Umgang mit Schriftsprache vermeiden (vgl. Grotlüschen 2019, S. 5). Dies hat vielfältige Auswirkungen auf die soziale, aber auch die politische Teilhabe. Nur 62,2% der gering literalisierten Erwachsenen machen regelmäßig von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gegenüber 87,3% der Bevölkerung ohne Schriftsprachbeschränkungen. Nur 34,6% gering Literalisierter sprechen mindestens einmal pro Woche mit ihnen nahestehenden Personen über das politische Geschehen, gegenüber 60,7% der restlichen Bevölkerung (vgl. ebd., S. 34). Wenn politische Bildung diese faktische Barriere politischer Teilhabe aufgrund geringer Schriftsprachkompetenz nicht reproduzieren will, was auch aus menschenrechtlicher Perspektive höchst bedenklich wäre, wird sie andere Zugangswege suchen müssen. Der erste Schritt sollte die Anerkennung unterschiedlicher Sprachcodes in der Bevölkerung sein, und zwar nicht als Akzeptanz eines vermeintlichen Defizits, welches zu beachten ist, sondern als Anerkennung der eigenen Funktionalität gesprochener Alltagssprache.

Und wie sollte sich politische Bildung zur Frage einer weniger ausgrenzenden Sprache und neuer sprachlicher

Regeln verhalten? Vielleicht so wie es die *Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit* unlängst in ihrer Zeitschrift *Einsichten und Perspektiven* getan hat. Der Leiter und die stellvertretende Leiterin haben in Pro- und Contra-Beiträgen ihre Position zur Frage der weiteren Entwicklung verbindlicher Genderschreibweisen öffentlich und damit diskutierbar gemacht (vgl. Franz/Grübl 2021, S. 66). Denn letztendlich geht es, wie *Rupert Grübl* schreibt, „in erster Linie nicht um ein sprachliches, sondern um ein gesellschaftliches Problem“ (ebd., S. 66).



Wo kann politische Bildung angesichts der Komplexität und Größe der Herausforderung ansetzen? Es geht um Haltung, Praxis und Strukturen. Foto: AdB

Gesellschaftliche Herrschaft

Die Kommunikationssoziologin *Natasha Kelly* hat analysiert, dass Rassismus in der öffentlichen Kommunikation noch immer viel zu sehr als individuelles Problem, als Frage der Einstellung und der Vorurteile diskutiert wird und so die strukturelle Ebene unzureichend in den Blick kommt. Sie fasst ihre Argumentation wie folgt zusammen: „Es gibt kein neutrales Außen von Rassismus – jede Person und jede Institution ist davon berührt. Demnach ist Rassismus nicht nur eine aktive Handlung, die sich in Form von rassistischen Zuschreibungen zeigt, sondern auch fest in den Denkmustern unserer Gesellschaft eingeschrieben. (...) Solange aber Rassismus nur auf der individuellen und nicht auf der strukturellen Ebene gesucht und untersucht wird, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet und es können keine Strukturveränderungen erfolgen.“ (Kelly 2021, S. 103 ff.)

Kolonialismus und Rassismus sind tief in die deutsche Geschichte eingeschrieben, und zwar lange bevor es zur deutschen Staatsgründung 1871 kam, die bekanntlich

selbst auf einer Vorstellung von Abstammung und „deutschem Blut“ basierte. Bereits die Eroberung und Ausplünderung Lateinamerikas im 16. Jahrhundert war von deutschen Kaufleuten und Bankiers ermöglicht worden. So besaß die Augsburger Familie *Welser* 28 Jahre lang im heutigen Venezuela ihre eigene Kolonie, in der sie mit dem Segen des spanischen Königs Natur und Menschen ausbeutete (vgl. Terkessidis 2019, S. 19 ff.). Jenseits der klassischen „Salzwasser“-Vorstellung von Kolonialismus (Robert L. Nelson zitiert nach Terkessidis 2019, S. 126) war die koloniale Tradition deutscher Politik vor allem kontinental auf Osteuropa ausgerichtet. ¹ Aber auch das überseeische deutsche Kolonialreich um 1900 ist alles andere als unbedeutend: „Deutschland besaß das drittgrößte territoriale Kolonialgebiet und das viertgrößte in Bezug auf die Bevölkerungszahl.“ (Hasters 2019, S. 59)

Auch völlig unabhängig von den kolonialen und rassistischen Verstrickungen der deutschen Geschichte ist Rassismus tief in die Tradition des neuzeitlichen Weltsystems eingeschrieben, wie es sich im 15. und 16. Jahrhundert herausgebildet hat. Der Bedeutungsgehalt des Konzepts Rasse hat sich im Laufe der vergangenen 500 Jahre mehrfach verschoben. Erstmals als Kennzeichnung von Menschengruppen wird der Begriff zum Ende der *Reconquista* benutzt, der Rückeroberung des zuvor maurischen (muslimischen) Spaniens Ende des 15. Jahrhunderts. Der Rassebegriff sollte da „eine ‚natürliche‘ Ordnung (erfinden), wo sozial, politisch, religiös oder kulturell Unordnung herrschte“ (Geulen 2018, S. 25), eben im „zurückerober-ten“ Spanien, wo der Übertritt zur christlichen Kirche nicht als sicheres Bekenntnis zu den neuen Herrschern gelten konnte und deshalb neben der „Reinheit des Glaubens“ die Idee einer „Reinheit des Blutes“ gesetzt wurde. Der *Reconquista* folgt historisch die Eroberung der Welt, die mit dem Rasse-Konzept eine Grundlage besaß, um nicht nur die Vielfalt der Menschen in den „eroberten“ Ländern zu ordnen, sondern auch die eigene brutale Gewaltpraxis zu legitimieren. Diese frühe Phase des Rassebegriffs dauerte bis zur Aufklärung und deren Naturrechtsbegriff. Jetzt erst wurde eine rational-wissenschaftliche Begründung notwendig, um die Verweigerung der Zugehörigkeit zur universalen Menschheit zu legitimieren. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts blieb diese Begründung rein deskriptiv. Erst danach verbindet sich das Rasse-Konzept mit den aus der

¹ Der kontinentale Kolonialismus findet seinen genozidalen Höhepunkt in der Ermordung von über 25 Mio. Bürger*innen der Sowjetunion, die Mehrzahl Zivilisten.

Evolutionstheorie kommenden Denkfiguren des „Kampfes“ und der „Züchtung“. Die Herstellung und Durchsetzung – notfalls mit brutaler Gewalt – der als natürlich imaginierten Ordnung wird zum Auftrag. Der soziale Klassenkampf wird zum biologischen Überlebenskampf umgedeutet, nur die Stärksten überleben. Die Blutspur dieser Argumentationskette zieht sich von den genozidalen Kolonialkriegen bis zu den Vernichtungspraktiken des Nationalsozialismus. Nach dem Holocaust verliert das biologistische Rasse-Konzept seine Bedeutung, der Rassismus aber bleibt. An Stelle von Rasse werden jetzt Kulturen, Herkunft, Identitäten, Lebensformen, Religionen etc. bemüht, um Ungleichheit zu legitimieren.

Ob wir wollen oder nicht, wir sind Teil dieser Geschichte und von der Ideologie des Rassismus tief geprägt. Bereits Kleinkinder haben die Bewertungssysteme „gelernt“ wie der berühmte „Puppentest“ aus den 40er Jahren zeigt, ebenso bei seinen mehrfachen Wiederholungen bis heute. ²

Die Verhältnisse sind komplex und Formen von Herrschaft ineinander verschränkt. Die italo-amerikanische Marxistin *Silvia Federici* hat in Kritik an *Marx'* Verständnis der ursprünglichen Akkumulation, also die Entstehung des kapitalistischen Weltsystems, herausgearbeitet, dass *Marx* diese „vom Standpunkt des entlohnten männlichen Proletariats“ analysiert, und dass die Perspektiven von Frauen und Kolonialiserten keine Berücksichtigung finden (Federici 2012, S. 13). Sie analysiert „(1) die Entwicklung einer neuen geschlechtlichen Arbeitsteilung, die die Frauenarbeit und die reproduktive Funktion der Frauen der Reproduktion der Arbeiterschaft unterordnet, (2) (den) Aufbau einer neuen patriarchalen Ordnung auf Grundlage des Ausschlusses der Frauen von der Lohnarbeit sowie die Unterordnung der Frauen unter die Männer, (3) die Mechanisierung des proletarischen Körpers sowie, im Falle der Frauen, seine Umwandlung in eine Maschine zur Produktion neuer Arbeiter.“ (Ebd., S. 13 f.) Auf dieser Grundlage kann sie die Bedeutung der Hexenverfolgungen im 16. und 17. Jahrhundert für die ursprüngliche Akkumulation begründen. In diesem Verständnis, dass Rassismus und Frauenunterdrückung tief in die gesellschaftliche Reproduktion eingeschrieben sind, wird zweierlei deutlich. Zum einen, dass der Kampf gegen Rassismus und Sexismus →

² Bei dem „Doll-Test“ erhalten Kinder im Vorschulalter zwei Puppen zur Auswahl, eine weiße und eine schwarze. Danach gefragt ordnen die Kinder überwiegend der dunkelhäutigen Puppe negative Attribute wie hässlich, gemein, böse zu – auch die Schwarzen Kinder, die genau wissen, dass sie selbst die gleiche Hautfarbe haben.

eine Auseinandersetzung mit den Grundlagen unseres Zusammenlebens bedeutet und zum anderen, dass Rassismus, Sexismus und Kapitalismus keine drei voneinander unabhängigen, sich „nur“ in den einzelnen Menschen überschneidenden Herrschaftsformen sind, sondern von Anfang an nur aufgrund ihrer Wechselwirkung sich durchsetzen und wirkmächtig werden konnten.

Die Sozialphilosophin *Eva von Redecker* verweist darauf, dass sich mit der Neuzeit ein neues Verständnis von Eigentum durchsetzt. „Das besondere Merkmal modernen Eigentums ist das neue Verhältnis zum vereinnahmten Objekt in Form uneingeschränkter Verfügung. Modernes Eigentum berechtigt den Besitzer nicht nur zu Kontrolle und Gebrauch, sondern auch zu Missbrauch und Zerstörung desselben.“ (von Redecker 2020, S. 22) Nur unter dem Risiko des Verlusts des Eigentums ist Kapitalakkumulation möglich, der Profit erscheint als Risikoprämie. „Die Verdinglichung sozialer Beziehungen nach dem Muster des Eigentums erlaubte es zumindest den weißen männlichen Besitzlosen, sich ebenfalls zu Sachherrschern aufzuschwingen. Ihr ‚fiktives‘ Eigentum kann als geronnene Herrschaft verstanden werden; es besteht in den Verfügungsansprüchen, die die modernen Institutionen der Sklaverei und patriarchalen Ehe bereitstellen. Die Besitzlosen, so könnte man sagen, wurden auf Kosten der Machtlosen entschädigt.“ (Ebd., S. 28) Die Verhältnisse haben sich weiterentwickelt, der volle, unversehrte Selbstbesitz ist zunehmend rechtlich abgesichert, wenn auch schleppend. So wurde die Vergewaltigung in der Ehe in Deutschland erst 1996 verboten. Damit ist aber die Logik der Sachherrschaft nicht aus der Welt, sie verwandelt sich, so *von Redecker*, in Phantombesitz: „Moderne Identitäten sind in gewisser Weise eine Erbpacht der Sachherrschaft. Wir haben ihre Muster und Hierarchien verinnerlicht. ... (Wir haben) fast alle ein allzu gutes Gespür dafür, wer im Zweifelsfall nimmt und wer genommen wird.“ (Ebd., S. 35) Eine Kritik, die nur die Gewalt skandalisiert „und nicht die historisch vorgezeichnete Hiebrichtung erkennt, verleugnet noch in der Kritik Phantombesitz.“ (Ebd., S. 37) *Von Redecker* liefert so eine Erklärung, warum Emanzipationsversuche, die zwar das Eigentum übertragen haben, aber nichts an dessen Grundlogik änderten, wie der Staatssozialismus, zum Scheitern verurteilt waren und sind. Und sie begründet so, warum soziale Bewegungen wie „black lives matter“, „Fridays for future“ und „NiUnaMenos“ einen neuen Typ von Emanzipationsbewegung darstellen, da sie die Frage der absoluten Verfügungsgewalt über Natur und Menschen zum Gegenstand der Kritik machen.

Diese Analysen unserer tiefen Verwobenheit mit gesellschaftlicher Herrschaft haben Konsequenzen für eine politische Bildung, die sich der Bedeutung von strukturellem Rassismus stellt. Wie *Alice Hasters* schreibt, müssen wir alle „diesen Spagat aushalten und versuchen, die Geschichte von Rassismus einerseits anzuerkennen und sie andererseits nicht weiter fortzusetzen. Gerade machen wir es aber umgekehrt: Wir ignorieren sie und setzen sie deshalb weiter fort.“ (Hasters 2019, S. 30)

Neukonstitution politischer Bildung und ihre Voraussetzung

Die Herausforderung der aktuellen Debatten scheint nicht unerheblich darin zu bestehen, dass der Hinweis, dass wir alle in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft auch bei bloßem Nichthandeln schon zu „Komplizen“ rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung werden, erst einmal zur Empörung, Verärgerung und Abwehr führt – völlig unabhängig von den dahinterliegenden Motiven. Wir müssen je individuell, aber auch als Gesellschaft ein reflektiertes Verhältnis dazu finden, in einer rassistischen, sexistischen, ausbeuterischen, diskriminierenden, ausgrenzenden, behindertenfeindlichen etc. Welt zu leben und Verantwortung dafür zu tragen, strukturell verursachte Menschenrechtsverletzungen, Naturzerstörung etc. zu beenden. Politische Bildung ist aufgefordert, ihren Beitrag hierzu zu klären. Ob wir wollen oder nicht: Die Strategie, bestehende Problemlagen zu bagatellisieren oder weg zu definieren und jene zum Problem zu erklären, die auf die Missstände hinweisen, scheint an ihr Ende gekommen. Zum einen, weil diejenigen, deren Rechte verletzt werden, zunehmend weniger bereit sind, dies hinzunehmen und ihre Rechte einzuklagen und zum anderen, weil die Dysfunktionalität des Raubbaus an Mensch und Natur förmlich mit den Händen zu greifen ist. In diesem Lichte ist es nicht verwunderlich, warum Verschwörungserzählungen aktuell so attraktiv zu sein scheinen. Realitätsverweigerung scheint die letzte Möglichkeit zu sein, der notwendigen Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen aus dem Weg zu gehen.

Wo kann politische Bildung angesichts der Komplexität und Größe der Herausforderung ansetzen? Die Antwort mag vielleicht banal erscheinen, aber sie lautet: zuerst und vor allem bei sich selbst. Kritik ist immer zuerst auch Selbstkritik.

In der Debatte ist bereits mehrfach darauf verwiesen worden, dass es um Haltung, Praxis und Strukturen geht, bzw. aus einer inhaltlichen Perspektive betrachtet, um eine diversitätssensible, diskriminierungskritische und inklusi-

ve politische Bildung (vgl. z. B. Zentralen für politische Bildung 2020; Gill 2017; 2021a; 2021b; AdB 2021; Benbrahim 2021; Fereidooni/Hößl 2021). Wenn auch erst allmählich, so sind aber unumkehrbar eine ganze Reihe von Prozessen in Gang gekommen: Organisationsentwicklung etablierter Akteur*innen, Einbeziehung neuer Akteur*innen, Entwicklung von Ansätzen einer rassismuskritischen Didaktik, Reflexionen der Ziele und Grundlagen politischer Bildung etc. Vieles ist noch unfertig oder gerade erst im Entstehen. Spannend, herausfordernd und bereichernd sind diese Entwicklung für jene, die sich darauf einlassen, allemal. Die eigene Haltung, die Fähigkeit sich auf Ambivalenzen und Ambiguitäten einlassen zu können, wird zur entscheidenden Frage.

Die Strategie, bestehende Problemlagen zu bagatellisieren oder weg zu definieren und jene zum Problem zu erklären, die auf die Misstände hinweisen, scheint an ihr Ende gekommen.

Haltung ist ein schillernder Begriff. *Hannah Arendt* hat über *Rosa Luxemburg* und ihre polnische Peer Group geschrieben, dass dieser eine „moralische Haltung“ gemeinsam gewesen sei, „was grundverschieden von ‚moralischen Prinzipien‘ ist“ (Arendt 1968, S. 32). Kennzeichnend für sie war das „Erlebnis einer Kindheit, in der wechselseitige Achtung und uneingeschränktes Vertrauen, eine allumfassende Menschlichkeit und eine echte, fast naive Verachtung für alle sozialen und nationalen Unterschiede als Selbstverständlichkeit betrachtet wurde.“ (Ebd.) Diese Haltung bleibt eine normative Richtschnur und politische Orientierung ein Leben lang. Beliebte macht man sich mit einer solchen Haltung aber nicht. „Sie gab ihnen das seltene Selbstbewusstsein, das für die Welt, in die sie später gerieten, etwas so Beunruhigendes haben und so peinlich als Arroganz und Einbildung empfunden werden musste.“ (Ebd.) Es ist nicht zu übersehen, dass *Arendt* damit zugleich über sich selbst schreibt. Haltung ist danach nicht vermittelbar, sondern eine nur selbst zu entwickelnde auf Erfahrung beruhende innere Festigkeit, die sich weniger individuell als vielmehr kollektiv herausbildet.

„Haltung“ beschreibt *Eva Georg* „als die Fähigkeit, Diskriminierung und Menschenverachtung überhaupt als

solche wahrzunehmen und einzuordnen. Haltung – als Respekt gegenüber anderen Menschen, auf der Basis einer Orientierung an Menschenrechten und Menschenwürde und Haltung – als ein ‚Einschreiten‘, wenn diese Rechte verletzt werden, ebenso wie sich selbst als Vertreter_in dieser Perspektive zu zeigen und mit dieser Position sichtbar zu werden.“ (Georg 2021, S. 105) Haltung ist kein für immer erworbener Besitz, sondern zeigt sich in unserer Sensitivität (Empfindungsfähigkeit) gegenüber der Verletzung der Rechte anderer und in unseren Handlungen. Haltung zu haben und zu zeigen, ist nicht ohne Risiko. Ich handle als politischer Mensch und werde als solcher sichtbar, auch in der pädagogischen Situation.

Fatal, dass *Eva Georg* als ein Ergebnis ihrer Studie „die ‚Arbeit an der demokratischen Haltung‘, die sich gegen Menschenverachtung, Ausgrenzung und Diskriminierung ausspricht, (auch) innerhalb der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte“ (ebd., S. 110) als Leerstelle beschreiben muss. Besonders gravierend für die außerschulische politische Bildung, die über keine eigenen Ausbildungswege ihrer Fachkräfte verfügt.



„Realitätsverweigerung scheint die letzte Möglichkeit zu sein, der notwendigen Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen aus dem Weg zu gehen.“ Foto: AdB

Die Polarisierung der politischen Debatte ist ein klarer Auftrag für die politische Bildung, Herausforderung und Chance zu gleich. Letztendlich geht es darum, Menschen bei der Neuverhandlung der Frage einzubeziehen, wie wir künftig zusammenleben wollen. Wir müssen uns also Profession entscheiden, welche Rolle wir bei dieser Neuverhandlung einnehmen (wollen). Ohne Arbeit an unserer eigenen Haltung wird dies nicht möglich sein.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

→

Zum Autor



Thomas Gill ist Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Zuvor war er in der außerschulischen politischen Jugendbildung aktiv und hat unter anderem die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein in der Mitgliederversammlung des AdB vertreten.

Thomas.Gill@senbjf.berlin.de

Literatur

AdB – Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2021): Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung. Berlin: AdB

Agar, Volkan (2021): Seehofers Haus diktierte Definition. In: taz vom 15.06.2021; <https://taz.de/Bundeszentrale-fuer-politische-Bildung/15775049> (Zugriff: 23.07.2021)

Arendt, Hannah (1968): Rosa Luxemburg. In: Der Monat, Heft 243, Berlin, S. 28-40

Benbrahim, Karima (2021): Rassismus verlernen und Rassismuskritik erlernen! Die Notwendigkeit einer rassismuskritischen politischen Bildung. In: Journal für politische Bildung, Heft 1/2021, S. 4–7

Bremer, Helmut / Pape, Natalie (2017): Literalität und Partizipation als milieuspezifische soziale Praxis. In: Menke, Barbara / Rieckmann, Wibke (Hrsg.): Politische Grundbildung. Inhalte – Zielgruppen – Herausforderungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 56–73

Degele, Nina (2020): Political Correctness – Warum nicht alle alles sagen dürfen. Weinheim/Basel: Beltz-Juventa

Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum-Verlag

Fereidooni, Karim / Hößl, Stefan E. (2021): Rassismuskritische Bildungsarbeit. Reflexionen zu Theorie und Praxis. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Franz, Monika / Grübl, Rupert (2021): Sind verbindlich Genderschreibeisen nötig? In: Einsichten und Perspektiven, Heft 1/2021, München, S. 66–68

Georg, Eva (2021): Haltung zeigen. Reagieren auf Diskriminierung, Rechtspopulismus und Rassismus in der Schule. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Geulen, Christian (2018): Der Rassenbegriff. Ein kurzer Abriss seiner Geschichte. In: Foroutan, Naika u. a. (Hrsg.): Das Phantom „Rasse“. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus. Köln: Böhlau-Verlag, S. 23–32

Geulen, Christian (2021): Geschichte des Rassismus. München: C.H. Beck (4. Auflage)

Gill, Thomas (2017): Inklusion als Menschenrecht und deren Bedeutung für die politische Bildung. In Achour, Sabine / Gill, Thomas (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann: Einführung in die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Gill, Thomas (2021a): Inklusive politische Bildung in einer globalen Welt. In: Gill, Thomas / Achour, Sabine (Hrsg.): Politische Bildung und Flucht. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Gill, Thomas (2021b): Die Grundlagen politischer Bildung durchdenken und weiterentwickeln; <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/diversitaetsorientierung/grundlagen-durchdenken> (Zugriff: 22.08.2021)

Grotlüschen, Anke / Buddeberg, Klaus / Dutz, Gregor / Heilmann, Lisanne / Stammer, Christopher (2019): LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität. Hamburg; <https://leo.blogs.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/05/LEO2018-Presseheft.pdf> (Zugriff: 25.07.2021)

Gümüşay, Kübra (2020): Sprache und Sein. Berlin/München: Hanser Berlin

Hasters, Alice (2019): Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten. Berlin/München: hanserblau

Kelly, Natasha A. (2021): Rassismus. Strukturelle Probleme brauchen strukturell Lösungen. Zürich: Atrium-Verlag

Redecker, Eva von (2020): Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen. Frankfurt am Main: S. Fischer

Terkessidis, Mark (2019): Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute. Hamburg: Hoffmann und Campe (2. Auflage)

Zentralen für politische Bildung (Hrsg.) (2020): Neue Rechte – Rassismus – Diskursverschiebungen – Gewalt. Was passiert gerade in unserem Land und was bedeutet dies für die politische Bildung? Stellungnahme der Zentralen für politische Bildung, September 2020; www.berlin.de/politische-bildung/politikportal/perspektiven-politischer-bildung/artikel.996795.php (Zugriff: 22.08.2021)

Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz-Verlag

„Bildung als Praxis der Freiheit“

Gedanken und Erfahrungen einer Schwarzen Feministischen Trainerin zu emanzipatorischer Bildungsarbeit

Wann, wie und wo ist politische Bildungsarbeit emanzipatorisch? Wie kann diskriminierungskritische Bildungsarbeit stattfinden und weshalb ist diese Voraussetzung für emanzipatorische Lernräume- und Arbeitsbedingungen? Der folgende Beitrag beschäftigt sich anhand konkreter Beispiele mit der Frage wie diskriminierungskritische Bildungsarbeit gelingen kann. Bildungsarbeit wird hier als „Mittel“ zum Erreichen von gesellschaftspolitischer Transformation definiert und als Form politischen Widerstands und Empowerments verstanden. von Makda Isak

Meine erste bewusste Begegnung mit Versuchen beziehungsweise Ansätzen diskriminierungskritischer Bildungsarbeit fand in einem Workshop zu Rassismus im Rahmen meines *weltwärts*¹ Vorbereitungsseminars statt. Am Morgen des Workshops hat die Seminarleiterin das Gespräch mit mir gesucht, um mich zu fragen, ob ich an dem Workshop teilnehmen möchte. Da ich die einzige Schwarze und nicht-weiße Teilnehmerin in dem Seminar war, befürchtete sie, dass ich mich im Workshop unwohl fühlen würde. Irritiert über die Frage, antwortete ich, ob es denn ein Alternativprogramm für mich gibt. Da dem nicht so war und ich nicht als einzige Teilnehmerin für den Tag abwesend sein wollte (und zugegebenermaßen neugierig auf die Reaktionen meiner weißen Mitfreiwilligen auf den Workshop war), habe ich beschlossen teilzunehmen. Heute, über neun Jahre später, verstehe ich das Gespräch, welches die Seminarleitung mit mir gesucht hat, als einen

¹ Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst *weltwärts* ist ein Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und richtet sich vorrangig an junge deutsche Erwachsene, die einen einjährigen Freiwilligendienst im Globalen Süden absolvieren möchten.

Versuch, meine Präsenz in diesem Seminar anzuerkennen. Ein Versuch, der leider immer noch nicht selbstverständlich ist und gleichzeitig nicht ausreicht. Er verdeutlicht, dass die meisten weißen Bildungsakteur*innen von ausschließlich oder überwiegend weißen Lernräumen ausgehen und dementsprechend die Themen setzen. Themen und Methoden, die auf eine weiße Zielgruppe ausgerichtet sind und – wie mein Fall zeigt – die Existenz von nicht-weißen Teilnehmenden ignorieren oder zu spät bemerken. Das Gespräch am selben Tag des Kritischen Weißsein-Workshops mit der einzigen Schwarzen Teilnehmerin zu suchen, weist auf bestimmte Leerstellen politischer Bildungsarbeit hin. Es verdeutlicht, wie die Lernerfahrungen rassifizierter Teilnehmenden oft keine Priorität haben, sondern – wenn überhaupt – zu spät thematisiert werden.

Rückblickend betrachte ich dieses Erlebnis außerdem als einen Schlüsselmoment für meinen Werdegang als Akteurin der politischen Bildungsarbeit. Nach meinem absolvierten Freiwilligendienst bekam ich die Möglichkeit, mich mit weiteren Schwarzen ehemaligen Freiwilligen auszutauschen. Wir alle hatten in unseren Vor- und Nachbereitungsseminaren ähnliche Erfahrungen gemacht: Entweder wurden die Themen Rassismus und Diskriminierung →

als nicht wichtig genug oder als zu schwierig angesehen und dementsprechend überhaupt nicht thematisiert, oder es fanden Module zu kritischem Weißsein statt, ohne alternative Empowermenträume für BiPoC-Teilnehmende anzubieten.

„Sitzen allerdings PoC in Räumen, in denen sich alle Anwesenden ihrer weißen Privilegien bewusst werden sollen, ist ein Denkfehler passiert. Wieder ist die Zielgruppe nur weiß (...). Nicht selten haben wir es erlebt, dass PoC in diesen Räumen als ‚Paradebeispiel‘ – live und direkt – von ihren eigenen Rassismuserfahrungen berichten sollen, ungeachtet dessen, dass sie selbst vielleicht noch keine Möglichkeit hatten, diese schmerzhaften Erfahrungen zu verarbeiten.“ (Isak/Nsenga 2015, S. 71)

Durch unser eigenes Bedürfnis, uns in einem sichereren Raum (safer space) als BiPoC über unsere Erfahrungen und Perspektiven auszutauschen, entstand schnell die Idee, als Ansprechpersonen für zukünftige Freiwillige of Color zu agieren. Aus Gesprächsrunden entstanden Empowermenträume, die wir selbst konzipiert und realisiert haben. Und „plötzlich“ befanden sich einige von uns in der Rolle als Teamer*in und Empowermenttrainer*in. Die Erfahrungen, die ich als Raumhalterin in solchen und weiteren Empowermentkontexten gesammelt habe, haben meinen Werdegang als Trainerin sehr geprägt. Vor allem verdeutlichen sie, wie emanzipatorische Bildungsräume in politischer Arbeit und die eigene Eingebundenheit in diese Arbeit und dessen Inhalte eingebettet sind. Meine ersten Erfahrungen als Akteurin der politischen Bildungsarbeit fanden in solchen und weiteren aktivistischen Kontexten statt.

Der Titel dieses Artikels weist auf diese wichtige Verbindung von Bildung und gesellschaftspolitischer Transformation hin und zitiert das gleichnamige Buch der Schwarzen US-Amerikanischen, feministischen Theoretikerin bell hooks: In „*Teaching to Transgress: Education as the Practice of Freedom*“ (1994) betont hooks die Rolle von Bildung als zentralen Bestandteil sozialer Bewegungen und die Notwendigkeit von emanzipatorischen Bildungsräumen. Dazu gehören nicht nur der Klassenraum oder der Hörsaal. hooks beschreibt Bildung als einen politischen Akt, der allen Beteiligten dazu verhelfen soll Unterdrückung entgegenzuwirken. Soziale Gerechtigkeit und strukturelle Diskriminierung als Lernthemen zu zentrieren, ermöglichen Momente des Empowerments und fordern die aktive Beteiligung der Lernenden und Lehrenden.

„When education is the practice of freedom, students are not the only ones who are asked to share, to confess. Engaged pedagogy does not seek simply to empower students. Any classroom that employs a holistic model of learning will also be a place where teachers grow, and are empowered by the process. That empowerment cannot happen if we refuse to be vulnerable while encouraging students to take risks. Professors who expect students to share confessional narratives but who are themselves unwilling to share are exercising power in a manner that could be coercive ... When professors bring narratives of their experiences into classroom discussions it eliminates the possibility that we can function as all-knowing, silent interrogators.“ (hooks 1994, S. 21)

Diese Forderung gilt auch für Räume der außerschulischen politischen Bildung. Wissen ist nie objektiv, was bedeutet, dass Lehrende sowie Lernende nicht objektives Wissen vertreten, sondern subjektives Wissen. Dieses subjektive Wissen ist in gesellschaftspolitische Umstände eingebettet, von denen wir umgeben sind. Der gesellschaftspolitische Ist-Zustand und die daraus resultierenden Positionierungen der Anwesenden ist demnach immer Teil des Lernraums und sollte thematisiert werden (vgl. Kazeem-Kaminski 2016, S. 64).



Foto: Brett Jordan / unsplash

Für mich als Trainerin ist emanzipatorische Bildungsarbeit das Ziel von macht- und diskriminierungskritischen Lernprozessen. Eine Zentralisierung von Machtkritik in der politischen Bildungsarbeit ist Voraussetzung für das Erreichen eines emanzipatorischen Ist-Zustands – nicht nur in Lernräumen.

Emanzipatorische Bildungsarbeit ist für mich eine Art Leitbild, an dem ich mich in meiner Praxis als Schwarze Trai-

nerin und Referentin orientiere. Ich möchte emanzipatorische Räume durch politische Bildungsarbeit mitgestalten, in der multiple Lebensrealitäten präsent sind, anerkannt werden und alle Beteiligten gemeinsam miteinander und voneinander lernen können. Emanzipatorische Räume, in denen auch ich als Trainerin mitlernen kann und nicht als außenstehendes Individuum nur Besucherin und Lehrende sondern auch Beteiligte und Lernende bin. Ich verstehe meine Hauptaufgabe als Trainerin, die Tür zum Lernraum zu öffnen. Die Teilnehmenden sind jedoch diejenigen, die den Raum füllen und mitgestalten. Diskriminierungskritische Bildungsarbeit bedeutet auch, die Rolle von Teilnehmenden als Mitgestaltende anzuerkennen und wertzuschätzen.

„Early on, it was Freire’s insistence that education could be the practice of freedom that encouraged me to create strategies for what he called ‚conscientization‘ in the classroom. Translating that term to critical awareness and engagement, I entered the classrooms with the conviction that it was crucial for me and every other student to be an active participant, not a passive consumer.“ (hooks 1994, S. 14)

Leider sind meine Erfahrungen mit weißen Bildungsorganisationen oft das Gegenteil. Als Schwarze Trainerin diskriminierungskritische Workshops durchzuführen, fühlt sich oft wie Überzeugungsarbeit anstatt Bildungsarbeit an. Dies drückt sich zum Beispiel durch das Warten auf den „aha-Moment“ der Teilnehmenden während des gesamten Workshops oder Seminars aus. Dieser Moment ist für viele weiße Teilnehmenden ein Kriterium für ein gutes Feedback und weist auf den Konsumcharakter politischer Bildungsangebote hin. Er drückt sich außerdem oft durch die Erwartung an die rassifizierte Teilnehmenden und Trainer*innen von ihren Rassismuserfahrungen zu berichten, aus. Die Balance zwischen der Anerkennung persönlicher Erfahrungen als Form von Wissen und der Herausforderung, rassifizierte Subjekte und ihre Erfahrungen nicht als Lernobjekte zu behandeln, kann sich in solchen Fällen schnell zu einem Widerspruch entwickeln.

Politische Bildungsarbeit, die Macht und Diskriminierung thematisiert, wird gesellschaftlich zunehmend nicht als Prozess, der Wiederholungen und Fortsetzungen für weitere Reflexion und nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel fordert, behandelt. Workshops zu Diskriminierungskritik werden u. a. durch die Kommodifizierung von „Diversity“ – mittlerweile fester, institutionalisierter Bestandteil von Unternehmen und Organisationen im Rah-

men von regelmäßigen Workshops etc. – zunehmend depolitisiert und als „Pflichtprogramm“ in Bildungsinstitutionen, Organisationen und Unternehmen deklariert. Unter welchen Umständen finden jedoch diese Angebote statt? Wer führt die Einheiten durch? Für wen genau sind sie ausgerichtet und warum? Mein Arbeitsalltag als Referentin für politische Bildung und Trainerin besteht oft aus dem Abarbeiten kurzfristiger Anfragen für Workshops, die nicht länger als einen halben Tag gehen sollen. Gleichzeitig wird erwartet, *alle* Themen rund um Diskriminierung abzudecken. Was hier oft vergessen wird: Diskriminierungskritische Bildungsarbeit kann keine Wunder bewirken und innerhalb eines Tages Strukturen ändern. Sie kann nicht durch einen einmaligen, kurzen Besuch der Institution stattfinden. Sie benötigt viel Zeit, Raum und finanzielle und personelle Ressourcen. Dass in Deutschland Tatsachen wie institutionelle und strukturelle Diskriminierung noch diskutiert werden müssen, erschwert die Arbeit diskriminierungskritischer Trainer*innen zusätzlich.

Diskriminierungskritische Bildungsarbeit kann nur unter guten Arbeitsbedingungen geschehen. Die Inhalte, die diskriminierungskritische Bildungsarbeit behandelt, sind nicht nur abstrakte Theorie und Teil des jeweiligen Lernraums, sondern müssen praktisch, auch außerhalb des Lernraums, umsetzbar sein. Es müssen gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche, effektive diskriminierungskritische Bildungsarbeit geschaffen werden.

Das bedeutet auch, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Trainer*innen und Teilnehmer*innen während Arbeitseinsätzen wahrzunehmen und als Veranstalter*innen zu verantworten:

1. Wer fängt uns in unserer Arbeit und vor allem in den Aushandlungsprozessen in Workshops/Trainings/Seminaren auf? Die Aufmerksamkeit liegt oft auf den Lernerfahrungen weißer, heterosexueller, ableisierter Menschen. Auf wessen Kosten passieren sie aber? Was bedeutet es, wenn die Lernerfahrungen auf Kosten der rassifizierten Trainer*innen und Teilnehmenden passieren?
2. Was bedeutet es für die Sicherheit und Gesundheit marginalisierter Trainer*innen, diskriminierungskritische Bildungsarbeit zu machen und dabei regelmäßig Mikro-Aggressionen, Abwehrreaktionen und weiteren Gewaltsituationen ausgesetzt zu sein und diese Reaktionen regelmäßig aufzufangen? Fühlen sich die veranstaltenden Bildungsinstitutionen verantwortlich dafür, Sicherheit während Arbeitseinsätzen zu gewährleisten?
3. Sind Beschwerdewege für Bildungsakteur*innen →

bei Arbeitseinsätzen vorhanden? Gibt es *safer spaces* für marginalisierte Teilnehmende und Trainer*innen? Findet diskriminierungskritisches Veranstalten, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Rückzugs-/Ruheräumen, Übersetzung/Gebärdensprache statt?

Diskriminierungskritische Bildungsarbeit bedeutet auch, gute materielle Arbeits- und Lernbedingungen zu schaffen:

1. Ist für eine sichere An- und Abreise für marginalisierte Trainer*innen und Teilnehmenden gesorgt? Wurde an eine angemessene Verpflegung gedacht?
2. Wie werden die Honorarsätze bestimmt? Sind sie einheitlich? Woran wird Expertise und Kompetenz gemessen? Werden Ausfallhonorare gezahlt? Wird ein in Vorkasse treten von Reise- und Verpflegungskosten erwartet?
3. Ist Gesundheitsfürsorge, vor allem psychische Gesundheit ein Thema? Gibt es Supervisionsangebote?

Beispiele guter Praxis

Im Folgenden skizziere ich beispielhaft Praktiken diskriminierungskritischer, beziehungsweise emanzipatorischer Bildungsarbeit.² Während Orte politischer Bildung in Deutschland von der Dominanzgesellschaft auf bestimmte etablierte Institutionen beschränkt werden, stelle ich hier eine andere Realität vor. Diese Realität ist geprägt von Orten in denen durch Schwarze, Afrikanische, Afrodiasporische und weitere migrantische Graswurzelbewegungen alltägliche intergenerationale Lernbegegnungen entstehen. Orte, in denen voneinander und miteinander gelernt wird, sei es in Form von Lesekreisen, Gesprächsrunden, *story telling*, Kunst, Musik, Workshops, Trainings und so viel mehr.

Zu Schwarzen Akteur*innen der emanzipatorischen Bildungsarbeit gehört zum Beispiel das **Schwarze Referentinnenkollektiv karfi**, das seit 2012 Workshops und Vorträge zu Empowerment für Schwarze Menschen und Menschen of Color, sowie Kritisches Weißsein und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung für die weiße Mehrheitsgesellschaft anbietet. Das Kollektiv setzt bei institutionellen Anfragen für Workshops zu Kritischem Weißsein voraus, auch einen Empowermentworkshop für nicht-weiße Angehörigen der Institution anzubieten. Dadurch macht das

- 2 Die hier genannten Beispiele sind nur ein kleiner Abriss von diskriminierungskritischer Bildungsarbeit in Deutschland. Der Text hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Kollektiv auf die Notwendigkeit von Empowermenträumen aufmerksam und erkennt die Präsenz von nicht-weißen Personen in der jeweiligen Institution (z. B. Schule, Universität oder Verwaltung) an.³

Diskriminierungskritische Bildungsarbeit kann keine Wunder bewirken und innerhalb eines Tages Strukturen ändern. Sie kann nicht durch einen einmaligen, kurzen Besuch der Institution stattfinden. Sie benötigt viel Zeit, Raum und finanzielle und personelle Ressourcen.

Phoenix e.V. (www.phoenix-ev.org), gegründet vom Schwarzen Deutschen Pfarrer und Aktivistin *Austin Peter Brandt*, ist ein Verein der Anti-Rassismus und Empowerment Trainings anbietet und dessen Geschichte bereits vor ihrer Gründung in den 1980er Jahren beginnt, als erstmalig Antidiskriminierungstrainings – konzipiert und durchgeführt von Schwarzen Trainer*innen – in Deutschland stattgefunden haben. Diese Geschichte lokalisiert diskriminierungskritische Bildungsarbeit in eine Schwarze widerständige Tradition, dessen Ziel gesellschaftspolitische Transformation ist. Sie betont die historische Bedeutung von Bildung für soziale, revolutionäre Bewegungen, wie u. a. bei der *Black Panther Party für Self-Defence* im Zuge der *Black Power Bewegung* der 1960er Jahren in den USA, dem südafrikanischen *Anti-Apartheid Black Consciousness Movement* und den gegenwärtigen Studierendenbewegungen in Südafrika (*#RhodesMustFall* & *#FeesMustFall*). Bei all diesen Bewegungen spielte politische Bildung eine zentrale Rolle und war Gegenstand ihrer politischen Forderungen, Aktionen und Visionen.

i-PÄD (**Initiative intersektionale Pädagogik**) (www.i-paed-berlin.de), gegründet im Jahr 2011, arbeitet mit Kindern, Jugendlichen und Lehrer*innen, Erzieher*innen und Pädagog*innen im Rahmen von Workshops zur Anerken-

- 3 Mehr Informationen zu karfi unter: https://decolonizeorientierungsrahmen.files.wordpress.com/2015/12/karfi_workshops-seminare-beratung-2016.pdf (Zugriff auf diesen und die weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 28.09.2021)

nung der Komplexität von Identitäten in der Pädagogik. Das unterschiedlich positionierte Team fokussiert sich inhaltlich auf Verschränkungen und die Gleichzeitigkeit verschiedener Identitätsmerkmale und Diskriminierungsformen (z. B. Geschlecht, sexuelle Orientierung, sozialer Status und das Alter).

Der Berliner Verein für machtkritische Bildungsarbeit und Beratung **glokal e. V.** (www.glokal.org) arbeitet vor allem zu globaler und lokaler Ungleichheit, welche koloniale Kontinuitäten in Nord-Süd-Beziehungen verstärken. Er bietet Beratungen, Bildungsformate und Fortbildungen für Organisationen, Multiplikator*innen, Lehrer*innen, Jugendgruppen und Schulklassen an.



Die EOTO-Bibliothek als Ort des Lernens und der Begegnung Foto: EOTO e. V.

Zu guter Letzt stelle ich anhand meiner dortigen aktuellen Arbeit als Referentin für politische Bildung **Each One Teach One (EOTO) e. V.** vor (www.eoto-archiv.de). EOTO ist ein Community-basiertes Bildungs- und Empowerment-Projekt in Berlin. Im Jahr 2012 gegründet, eröffnete der Verein im März 2014 als Kiez-Bibliothek seine Türen und ist seither ein Ort des Lernens und der Begegnung. *EOTO e. V.* setzt sich gemeinsam mit anderen Organisationen für die Interessen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland und Europa ein.

Das Herzstück des Vereins ist die kiezbasierte Jugendarbeit und die Bibliothek mit einem Archiv, welches aus jahrhundertalter Schwarzer Deutscher Geschichte besteht. Seit Anfang 2020 ist EOTO Teil des *Kompetenznetzwerks Anti-Schwarzer Rassismus* (KomPAD)⁴ im Rahmen des

4 Mitte 2021 wurde das Kompetenzzentrum zu einem Kompetenznetzwerk, gemeinsam mit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e. V. und dem Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e. V.

Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Im Rahmen des Projektes beschäftigen wir uns als Bildungsreferat intensiv mit Fragen rund um diskriminierungskritische Bildungsarbeit mit einem Fokus auf Rassismuskritik und Empowerment. Aus Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Perspektiven versuchen wir Bildungsformate zu entwickeln und Beratungen durchzuführen, die zum einen Anti-Schwarzen Rassismus thematisieren, aufdecken und entgegenwirken und zum anderen empowernde Momente und Prozesse für unsere Communities schaffen sollen. Beide Fokusse sind wichtig, um den rassistischen Status Quo herauszufordern und zu bekämpfen.

Bereits die verwobene Widerstandsgeschichte Schwarzer Menschen in der Diaspora und auf dem afrikanischen Kontinent zeigt, dass Bildung stets eine bedeutende Rolle in unseren Communities gespielt hat. Darauf bezieht sich auch der Name unseres Vereins, *Each One, Teach One*. Er entstand im Zuge Schwarzer antirassistischer Widerstandsbewegungen und verweist auf den Mangel an Zugängen zu formaler Bildung in der Zeit der Versklavung und des Kolonialismus und die Notwendigkeit, Wissen innerhalb Schwarzer Gemeinschaften und Familien weiterzugeben, als dieses durch schwerste Strafen, oftmals sogar durch die Todesstrafe, sanktioniert wurde. Der Leitsatz steht für den jahrhundertalten Widerstand unterdrückter Schwarzer Menschen in den Amerikas, Afrika und Europa und verdeutlicht, dass Bildung als emanzipatorisches und Community-bildendes Tool genutzt werden kann und sollte.

Im Rahmen meiner Arbeit bei EOTO habe ich die *Black Empowerment Academy* (gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb), eine erstmalige bundesweite Fortbildungsreihe für Schwarze Multiplikator*innen der politischen Bildungsarbeit, konzipiert. Die Academy hat sowohl eine bundesweite Vernetzung als auch die Schaffung gemeinsamer Austausch-, Dialog- und Lernräume zum Ziel. Neben Inhalten wie Kolonialismus, Migration und Flucht, Intersektionalität und Empowerment, geht es auch um Methoden und das Reflektieren der eigenen Rolle als Schwarze*r Multiplikator*in. Durch das gemeinsame Aneignen, Produzieren und Zirkulieren von Wissen können sich die Teilnehmenden selbst ermächtigen. Indem sich die *Black Empowerment Academy* Themen widmet, die im deutschen Bildungssystem und der politischen Erwachsenenbildung bisher wenig bis keinen Platz finden, weist sie auf diese eklatanten Leerstellen hin und betont so ihre gesellschaftspolitische Relevanz. Politische Bildung kann und darf nicht ohne rassismuskritische Perspekti- →

ven stattfinden. Anti-Schwarzer Rassismus ist ein globales Machtsystem, von dem auch die gesamte deutsche Gesellschaft entweder betroffen ist oder davon profitiert. Deshalb ist es wichtig, machtkritische Perspektiven von Schwarzen Menschen in der politischen Bildungsarbeit zu berücksichtigen. Die *Black Empowerment Academy* betont außerdem die Notwendigkeit von *safer spaces* für Schwarze, aber auch weitere marginalisierte Menschengruppen. Solche Lernräume sind wichtig, um Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, gemeinsam historische und gegenwärtige Geschehnisse einordnen zu können und Strategien im Umgang damit zu finden. Entgegen der Mainstream-Auffassung, dass erst seit den *Black Lives Matter Protests* im Sommer 2020 Empowermenträume relevant sind, ist es uns wichtig, die jahrhundertelange Kontinuität der Kämpfe um Schwarze Selbstermächtigung und Widerstand – auch in Deutschland – aufzuzeigen. Gegenwärtige transnationale antirassistische Bewegungen verstärken die Notwendigkeit, Empowerment-Räume für Schwarze Multiplikator*innen in Deutschland zu fördern.

Wie kann eine diskriminierungskritische Bildungsarbeit gelingen?

In meiner Arbeit, vor allem als Trainerin, orientiere ich mich an Grundfragen und Prinzipien, die ich gemeinsam mit Schwarzen Kolleg*innen versuche, kontinuierlich in Gesprächen und unserer Zusammenarbeit zu thematisieren:

1. Ein historisches Bewusstsein für gesellschaftspolitische Verhältnisse ist notwendig, um diskriminierungskritische Bildungsarbeit machen zu können.
2. Die Frage, wen ich als Trainerin im Lern- und Lehrraum (nicht) mitdenke, muss ich mir kontinuierlich stellen, um meine eigenen Leerstellen erkennen und reflektieren zu können.
3. Aus welcher, beziehungsweise welchen Positionen handle und agiere ich? Politische Bildungsräume zu gestalten heißt auch, Haltung zu zeigen.
4. Ich reflektiere kontinuierlich darüber, warum ich diese Arbeit mache, um mich auf das Wesentliche – das Erreichen gesellschaftspolitischer Transformation durch politische Bildungsarbeit – konzentrieren zu können.
5. Ich versuche, regelmäßig an kollektiven Prozessen teilzunehmen und diese mitzugestalten, wissend, dass diskriminierungskritische, emanzipatorische Bildungsarbeit stets im Kollektiv und nicht als Individuum stattfinden kann.

Diese Punkte und Gedanken sind nicht als vollständig zu betrachten, sondern eher als eine sich kontinuierlich verändernde Bestandsaufnahme von Erfahrungen aus Lern- und Lehrräumen. Sie halten auch Inhalte aus kollegialen Austauschräumen mit weiteren Schwarzen Bildungsakteur*innen fest, in denen unsere Zweifel, Frustrationen, Motivationen, Hoffnungen und Visionen Platz finden können.

„I celebrate teaching that enables transgressions – a movement against and beyond boundaries. It is that movement which makes education the practice of freedom.“ (hooks 1994, S. 20)

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

Zur Autorin



Makda Isak (M.A. Soziologie) ist in verschiedenen selbstorganisierten Kontexten als Schwarze Feministische Aktivistin und Bildnerin tätig. Thematische Schwerpunkte sind Rassismuskritik, Schwarze Feministische Theorie und Auseinandersetzungen mit Dekolonialität. Makda Isak arbeitet aktuell als Bildungsreferentin bei Each One Teach One, wo sie im Kompetenznetzwerk Rassismus gegen Schwarze Menschen (KOMPAD) im Rahmen der Black Empowerment Academy an einer Fortbildungsreihe für Schwarze Multiplikator*innen der politischen Bildung arbeitet.

makda.isak@eoto-archiv.de

Literatur

hooks, bell (1994): Teaching to transgress. Education as the practice of freedom. New York: Routledge

Isak, Makda / Nsenga, Hanna Shavu (2015): Dann schaffen wir uns eigene Räume. Über die Un-Sichtbarkeit von Freiwilligen of Color im „weltwärts“-Programm. In: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag: Bon voyage! Rassismuskritische Wege in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit. Berlin: BER, S. 70–74

Kazeem-Kaminski, Belinda (2016): „Es wird dann radikal, wenn wir es schaffen, Theorie und Praxis zusammen zu bringen.“ Interview über emanzipatorische Bildungsarbeit, bell hooks und was es braucht um diskriminierende Strukturen in Bildungsinstitutionen aufzubrechen. In: quix – kollektiv für kritische bildungsarbeit: Willst Du mit mir gehen? Gender_Sexualitäten_Begehren in der Machtkritischen und Entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Wien: quix, S. 63–65

Brauchen wir Political Correctness?

Ein politisches Streitgespräch

Für ein Gespräch über die Themen Political Correctness, Identitätspolitik, Streitkultur und die Rolle der politischen Bildung kamen im Juli 2021 Saba-Nur Cheema von der Bildungsstätte Anne Frank und Dr. Karsten Schubert von der Universität Freiburg in einem Zoom-Raum zusammen. Die Fragen stellten Prof. Dr. Beate Rosenzweig und Petra Barz, beide Mitglieder im Redaktionsbeirat der „Außerschulischen Bildung“. Der folgende Text ist eine bearbeitete und gekürzte Fassung des Gesprächs.

Warum werden die Debatten um Political Correctness, Identitätspolitik und demokratische Streitkultur im Moment so vehement und emotional geführt?

Saba-Nur Cheema: Ja, warum reden wir eigentlich so viel über Political Correctness, über Identitätspolitik, über die sogenannte Cancel Culture? Es gibt viele Gründe, aber seit einigen Jahren erleben wir eine ganz neue Dynamik in der Diskussion über Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Abwertungsphänomene in unserer Gesellschaft. Die erste Veränderung, die erste große Rassismusdebatte, die ich als solche benenne, war nach dem Hashtag #MeTwo – im Zuge des Fotos von Mesut Özil mit dem türkischen Präsidenten Erdogan. Es haben sich Menschen in Sozialen Medien zu Wort gemeldet und es wurde endlich über Rassismuserfahrungen in Deutschland gesprochen. Seitdem erleben wir fast täglich, dass sogar in konservativen Zeitungen über diese Themen gesprochen wird, die sonst eher als ur-linke Themen gelten. Die Perspektive von Betroffenen ist immer mehr im Diskurs präsent. Ein großer Faktor sind die Sozialen Medien, weil hier die Währung die Anzahl der Follower*innen sind und man zunächst nicht den großen Job braucht, um ein Sprachrohr zu haben, um

sich positionieren zu können und sagen zu können „Das passt mir nicht, ich stelle mir das anders vor.“ Das sehe ich als einen relevanten Faktor, weshalb wir zum Teil sehr aggressive, zumindest emotionale und leidenschaftliche Debatten erleben.

Karsten Schubert: Ich stimme all dem zu – noch haben wir also kein Streitgespräch. Ich würde das aber nochmal anders einordnen. Ein wichtiger Faktor ist, dass es einen realen Fortschritt von gesellschaftskritischen Bewegungen gibt. Es gibt eine immer stärkere Thematisierung von Rassismus und Sexismus, genauso wie eine neue Thematisierung von Homo- und Transphobie. Diese Themen sind präsenter geworden. Und damit einher geht die starke Kritik an Identitätspolitik in den konservativen Feuilletons aber auch durch Stimmen, die sich selbst in der gesellschaftlichen Mitte verorten, aber eigentlich konservativ sind. Das ist ein Abwehrkampf, den man als einen Indikator dafür interpretieren kann, dass es diesen Fortschritt gibt, gegen den sich da gewehrt wird. Das heißt: Fortschritt der emanzipativen Bewegung auf der einen, Abwehrkampf der Konservativen auf der anderen Seite, mit dem Ziel, die bezüglich all dieser Themen immer noch sehr stabile, mitte-rechtskonservative Hegemonie in Deutschland weiter →

zu stabilisieren und eigene Privilegien zu verteidigen.¹ Ein anderer wichtiger Faktor in der Diskussion um Identitätspolitik ist eine Orientierungsdiskussion innerhalb der gesellschaftlichen Linken. Das ging los bei der Interpretation der Wahlerfolge der Rechtspopulisten, beispielsweise von AfD und Trump, Mitte der 2010er Jahre. Von Nancy Fraser wurde unter dem Stichwort „progressiver Neoliberalismus“ kritisiert, dass sich die gesellschaftliche Linke zu stark auf identitätspolitische Fragen der Anerkennung und zu wenig auf Umverteilungspolitik konzentrierte. Sie vertritt die These, dass diese Themen sogar im Widerspruch zueinander stünden. Sowohl innerhalb der kritischen Wissenschaft als auch der linken Politik wird über die Bedeutung und Bewertung von Identitätspolitik gestritten.

In dem von Saba-Nur Cheema mit herausgegebenen Buch „Triggerwarnung“² geht es um Identitätspolitik, um Abwehr, Abschottung und Allianzen gerade auch der Linken. Wie kam es zu diesem Buch? Was war der Anlass, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen?

SNC: Es gibt zwei Sachen, die uns angeregt haben. Zum einen die von uns beobachtete „Selbsterfleischung“ innerhalb der Linken. Also: Wer ist „woke enough“? Wer kennt die richtigen Selbstbezeichnungen und ist up to date? Sagen wir BPoC oder nur PoC? Wir haben erlebt, dass man nicht konstruktiv aufeinander reagiert oder auf etwas hingewiesen wird, sondern dass es fast sowas wie – ich will nicht Cancel Culture sagen – rigorese Ein- und Ausladungslogiken gibt und man viel lieber in der eigenen Filterblase bleibt. Es ist oft überhaupt nicht möglich, innerhalb des linken Lagers miteinander zu sprechen. Wenn es um die LGBT-Community geht oder um die Schwarze Community, um muslimische, jüdische usw., wo es viele Diskriminierungserfahrungen gibt, haben wir auch als Einrichtung erlebt, wie man nicht weiterkommt. Beispielsweise in der Debatte um BDS, also die gegen Israel gerichtete Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“. Ist diese jetzt antisemitisch? Und was heißt es, wenn wir mit jemandem sprechen, der BDS gar nicht als antisemitisch erklärt aber schon sehr klar ein Freund-Feind-Denken hat? Eine weitere

1 Siehe hierzu und zu weiteren Aspekten des Gesprächs die Texte, Videos und aktuellen Informationen unter www.karstenschubert.net/tags/political-correctness

2 Berendsen, Eva / Cheema, Saba-Nur / Mendel, Meron (Hrsg.) (2019): Trigger-Warnung. Identitätspolitik zwischen Abschottung, Allianzen und Abwehr. Berlin: Verbrecher Verlag

Frage, mit der wir uns auseinandersetzen, ist, inwiefern die Linke schuld am Aufstieg vom Rechtspopulismus ist. Das ist eine These, die insbesondere im US-Kontext diskutiert worden ist. Auch die Thesen dazu von Mark Lilla, u. a. in seinem Buch „The Once and Future Liberal: After Identity Politics“, sind in diesem Zusammenhang interessant. Die These, ganz grob formuliert: Man setzt sich viel zu sehr mit den Belangen von Minderheiten auseinander und hat dadurch die Gesamtgesellschaft, die sozialen Interessen aus dem Blick verloren. Ökonomische Themen werden nicht mehr aufgegriffen, sondern es geht nur noch um sogenannte Minderheiten-Issues: Beispielsweise Debatten um Sprache – was ist jetzt das richtige Wort für was? Sei es die Diskussion um das N- oder Z-Wort oder die All-Gender-Toiletten. Solche Themen haben innerhalb der linken Kontexte viele bewegt, man habe sich sehr darauf fokussiert, sagt Lilla, und dann – bezogen auf die USA – die weiße Mehrheit dadurch verloren oder vergessen.

Das sind auch Themen, die wir in „Triggerwarnung“ bearbeiten. Der Begriff „Trigger“, der als klinischer Begriff aus der Trauma-Forschung kommt, ist in einer politisierten Absicht verwendet worden, um den Emotionen, die in dieser politischen Debatte eine Rolle bekommen haben, Raum zu geben. Bis heute gilt das Dogma: Betroffene haben immer recht, weil sie verletzt sind. Oder: Betroffene sind verletzt, und deshalb haben sie immer recht. Das erachte ich als fatal, weil das einfach nicht stimmt. Das hat etwas mit diesem Gut-Böse-Denken, Freund-Feind-Schema zu tun, das sich innerhalb der Linken äußert, aber auch in der Breite der Gesellschaft angekommen ist. Es gibt keine Grauzonen mehr.

Das Argument kommt ja von sehr vielen Kritiker*innen der Identitätspolitik, dass wir es im Grunde mit einer Entweder-Oder-Perspektive zu tun haben: Entweder du bist betroffen oder nicht. Wenn du nicht betroffen bist, kannst du keinen Beitrag dazu leisten. Das neue Buch von Sahra Wagenknecht vertritt ja genau diese These, dass letztendlich diese linksliberalen Betroffenheitsdiskurse zur Spaltung führen und die zentrale strukturelle, soziale und ökonomische Diskriminierung nicht thematisiert wird.

KS: Hier habe ich tatsächlich eine andere Einschätzung. Ich habe zwar auch problematische Arten der Anwendung von kritischen Theorien in links-aktivistischen Kontexten erlebt und glaube, dass es dies häufig gibt. Man kann aber Identitätspolitik nicht auf diese Probleme reduzieren, wie das im Diskurs so oft passiert.

Drei konkrete Punkte als kritische Bemerkungen zu dem, was Saba gesagt hat: Mark Lilla, dessen Argumentation zwischen Kommunitarismus und Liberalismus liegt, sagt, dass sektiererische und spalterische Identitätspolitik den demokratischen Diskurs oder die demokratische Gemeinschaft zersetzen würde. Und linke Theoretiker*innen wie Nancy Fraser sehen die Kämpfe für Solidarität und Gerechtigkeit durch Identitätspolitik gefährdet. Das Grundmuster der Argumentation ist gleich: Es wird etwas durch die partikularen Kämpfe der Identitätspolitik gespalten – Diskurs, Gemeinschaft, Solidarität. Dem möchte ich auf verschiedenen Ebenen widersprechen. Diese dahinterstehende Universalismus- und Partikularismus-Logik halte ich für einen argumentatorischen Taschenspielertrick. Francis Fukuyama, der ganz ähnlich argumentiert wie Lilla, benutzt das Wort „Leitkultur“ im englischen Aufsatz auf Deutsch, um anzudeuten, was gebraucht wird und was durch Identitätspolitik gefährdet werde. Die „Leitkultur“, das Gemeinschaftliche der Nation, das Universelle des demokratischen Diskurses oder die Solidarität – je nachdem, ob man das eher kommunitaristisch, liberal oder kritisch spielt – wird dann als ein universelles Argument gegen die partikularen Diskurse gesetzt. Dabei wird ausgeblendet, dass dieses als universell Gesetzte ja immer schon ein partikulares ist; sprich: eine Mehrheitsgesellschaft, die sich auszeichnet durch die hegemonialen Machtstrukturen der im Augenblick Privilegierten. Fukuyamas Verwendung von Leitkultur macht diese Universalismus-Logik nur besonders deutlich. Wichtig ist, dass sie auch bei den anderen Spaltungs-Kritiken gegen die Identitätspolitik vorhanden ist, auch bei den linken. Und so wird dann, weil das Argument der Spaltung so gut verfängt, Kritik an den gegebenen Verhältnissen recht erfolgreich aus einer partikularen, genauer: einer privilegierten Perspektive delegitimiert. Und diese Diskursstruktur sehe ich da schon überall am Werk bei Lilla, Fraser & Co. An Wagenknecht und ihrer national orientierten Umverteilungspolitik sieht man, wohin eine solche Argumentation, bei der partikularistische Identitätspolitik als Spaltung kritisiert wird, politischen führen kann.

Der zweite Punkt zu den All-Gender-Toiletten. Ich habe den Eindruck, dass hier auch eine Umkehr stattfindet: Also wer sind denn diejenigen, die Politik mit den All-Gender-Toiletten machen? Das sind doch nicht die Linken, sondern die Rechten skandalisieren dieses Thema und gehen damit auf Stimmenfang. Insofern muss man wirklich sehr anpassen, wie man hier die Kausalität beschreibt und wem man Schuld und Verantwortung zuweist. Schuld an kon-

servativem Anti-Genderismus ist nicht die Identitätspolitik, sondern eben diese Konservativen. Der Hintergrund meiner Argumentation ist, dass letztlich gar kein Widerspruch besteht zwischen einer pluralistischen Identitätspolitik, die das Partikulare unterschiedlicher Gruppen betont einerseits, und einer tief in ökonomische Strukturen eingreifenden Umverteilungspolitik andererseits. Im Vorwurf, dass sich linke Politik zu sehr auf Gender-Toiletten konzentriert habe, anstatt auf Umverteilungsfragen anzugehen, werden Anerkennung und Umverteilung gegeneinander ausgespielt. Das halte ich für theoretisch falsch und auch an der politischen Realität vorbeigehend.

Drittens: Zwar ist es falsch, dogmatisch zu behaupten „Die Betroffenen haben immer recht.“ Dem stimme ich zu. Doch die Debatte zeigt vor allem, wie problematisch politische Epistemologie ist, also das Verknüpfen von Erkenntnis und Politik. Das problematisch zu nennen heißt nicht, einfach das Gegenteil zu behaupten, dass Erkenntnis und Wahrheit nichts mit Politik und sozialer Position zu tun hätten. Man kommt nicht dahinter zurück zu sagen, dass für politische Argumentationen soziale Standpunkte und Erfahrungen eine ganz wichtige Rolle spielen, dass es für Demokratisierungsprozesse wichtig ist, eine Pluralität von Stimmen und Erfahrungen in das politische Gespräch einzubeziehen und dass es deswegen auch gute Gründe dafür gibt, in vielen Fragen minorisierte Perspektiven in irgendeiner Art zu privilegieren. Das sage ich aus Sicht der politischen Theorie. Das Problem ist dann, dass das in der Anwendung, in der Bildungsarbeit schnell schiefgeht und zu einem „positionalem Fundamentalismus“, wie Paula Villa das nennt, gerät, also zu diesem „Betroffenen haben immer Recht“-Dogma. Eine solche Auffassung ist von der Standpunkttheorie, die die Verknüpfung von sozialer Position und Erkenntnis analysiert, übrigens gar nicht gedeckt. Deswegen interessiert mich das sehr, wie man an dem vernünftigen standpunkttheoretischen Kern, dass die soziale Position wichtig für unsere Erkenntnismöglichkeiten ist, festhalten kann, ohne in diese fundamentalistischen Dogmen zu geraten.

Es geht auch um die Fragen der Grenzen von Identitätspolitik. Wenn Grenzen von Identitätspolitik diskutiert werden, fallen uns allen Beispiele ein: Mark Twain soll nicht mehr im Original gelesen werden, „Pippi Langstrumpf“ soll verboten werden, „Vom Winde verweht“ ist kritisch. Es gibt an Universitäten studentische Initiativen, die fordern, Kant und Rousseau auf keinen Fall mehr zu lesen. Wo seht ihr die Grenzen? Was ist zu viel? →

SNC: Ich gehe gleich auf die Frage ein, aber mir geht es noch einmal um den Begriff Political Correctness. Was heißt das eigentlich? Was ist politisch korrekt? Es geht doch immer um die moralische Ebene, das moralische Korrekt-Sein. Und da gibt es dann nicht mehr die Konkurrenz zwischen All-Gender-Toiletten und Umverteilung. Da würden alle sagen: Alles ist natürlich total wichtig. Der Diskurs ist da vielleicht auch noch ein bisschen vage und Begriffe werden genutzt, von denen vielleicht auch gar nicht geklärt ist, was damit genau gemeint ist.

Das verhindert ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Das ist vielleicht eine steile These, aber das kann ich aus meiner Erfahrung in der Bildungsarbeit konkreter belegen: Wenn ein Seminar zum Beispiel drei Stunden lang nicht starten kann, weil die Toiletten in dem Haus nach Frauen und Männern getrennt sind, wie wahrscheinlich bei 98 % der Gebäude in Deutschland. Wenn dann gefordert wird, dass wir erst starten können, wenn das geändert wird, aber der Hausmeister dies verweigert, weil die Türen neu gestrichen sind, dass irgendwas aufgehängt wird ... Und dann sind da trotzdem einige die sagen: „Ich will aber nicht mit allen auf eine Toilette.“ Das verhindert die konkrete Arbeit. Das ist, was mich vor allem interessiert. Nicht nur die Vereinnahmung von rechts.

Je mehr ich über diese Erfahrungen spreche, höre ich: „Das ist bei uns auch passiert!“ Ich erinnere mich an eine Tagung zum Thema Antisemitismus und Rassismus und es war ein „alter weißer Mann“ als Key-Note-Speaker eingeladen, ein Experte für diese Themen. Er hat aus Hitlers „Mein Kampf“ zitiert. Einige sind aufgestanden und gegangen, weil sie gesagt haben: „Das kann doch nicht sein, dass Sie hier sind und aus ‚Mein Kampf‘ vorgelesen wird, und dann auch noch so krasse, rassistische, antisemitische Sachen.“ Das war sein Auftrag. Wir waren Tagungsveranstalter. Bildungsarbeit oder überhaupt die Auseinandersetzung wird so verunmöglicht. Die Forderung, alles in der Gesellschaft soll zu einem Safe Space werden, ist eine Utopie. Das kann gar nicht funktionieren. Ich will das auch gar nicht. Hier sehe ich hochproblematische Auswüchse der identitätspolitischen Kämpfe. Man muss aber auch dazu sagen, welche Identitätspolitik „okay“ ist bzw. welche Forderungen wesentlich sind. Identitätspolitik gibt es ja, weil das Gleichheitsversprechen, das de jure festgelegt ist, nicht eingelöst wird. Wir haben es mit einer großen Chancenungleichheit zu tun. Politische Teilhabe ist für Menschen mit Behinderungen, für PoC, für Juden und Jüdinnen, für Musliminnen und Muslime etc. anders und weniger möglich. Eigentlich geht es also um strukturelle Ausgrenzung bzw. strukturel-

len Rassismus. Wir verlieren uns bei Identitätspolitik aber oft auf der symbolischen Ebene. Dann geht es um Sprache und darum, was an den Toiletten hängt. Oder um zur Frage zu kommen: „Kant und Rousseau lesen wir nicht mehr an der Uni, da rassistische Worte ausgesprochen werden. Da stehen wir auf oder schreiben einen offenen Brief gegen den Prof.“ Ich frage mich, ob wir das eigentliche Problem, die strukturelle Diskriminierung und Ausgrenzungsformen, die eingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben damit wirklich bekämpfen. Ich denke nicht.

Der Blick auf die feministische Bewegung der 1980er/90er Jahre zeigt wie wichtig die Frage der Definitionsmacht ist. Was Frauen damals z. B. als Vergewaltigung definierten, wurde nicht bestraft, weil es eine von Männer geprägte Justiz gab. Es war ein totales Moment von Empowerment, zu sagen: Wir definieren, was ein Übergriff ist. Das ist ja im Grunde übertragbar. Das beinhaltet diese ganzen Momente von Infragestellung, von struktureller Ungleichheit und ermöglicht Solidarisierung. Die Frage ist natürlich immer: Was passiert dann im nächsten Schritt? Karsten hat es als etwas Emanzipatorisches beschrieben, was sich mit der Cancel Culture verbindet, dieses Aufstehen, erst einmal Stopp zu sagen. Das ist ja auch ein Übungsfeld für gelebte Solidarität, die im Kleinen etwas in Frage stellt, was dann als „partikulare Solidarität“ wirkt. Warum liegt darin eigentlich etwas Fortschrittlich-Emanzipatorisches?

KS: Ich habe gerade mit einem Kollegen einen Artikel veröffentlicht, in dem wir einen Begriff von konstruktivistischer Identitätspolitik erarbeiten und damit in diese Debatte intervenieren, die die Identitätspolitik als essentialistisch kritisiert, worauf dann dieser Vorwurf der Spaltung aufgebaut wird.³ Da legen wir besonderen Wert darauf zu betonen, dass es bei Identitätspolitik, politiktheoretisch und soziologisch betrachtet, vor allem um die Konstruktionsprozesse von Identität geht. Das heißt, es geht in erster Linie um ein politisch-kulturelles, gemeinsames Lernen mit dem Ziel, seine eigene soziale Position als politisch zu verstehen. Das heißt erstmal, dass es gar kein flaches Aufeinander-reduziert-Werden von sozialer Position und Einstellung oder Haltung gibt, denn Standpunkttheorien

3 Schubert, Karsten / Schwiertz, Helge (2021): Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, S. 1–30. DOI: 10.1007/s41358-021-00291-2

zeigen, dass ein Standpunkt nicht einfach so gegeben ist, sondern erarbeitet wird, und zwar gemeinschaftlich in Communities von Betroffenen. Das sind keine hermetisch abgeriegelten Prozesse, sie finden statt in einer Auseinandersetzung mit den allgemein geteilten, aber noch nicht realisierten Normen des Demokratischen, also Gleichheit und Freiheit. Und insofern geht es bei Identitätspolitik darum, beim Partikularen, bei standpunktabhängigen Erfahrungen anzufangen, und dann in einem Kommunikationsprozess unter Bezug auf universelle Werte gemeinsame, transformative und solidarische Politik zu entwickeln. Diese identitätspolitischen Kommunikationsprozesse sind eine der zentralen Quellen für eine kritische und solidarische Haltung – ohne solchen Bezug auf die partikularen Erfahrungen von Minderheiten bleibt Solidarität leer und das Denken eindimensional. Daraus wird auch schon klar, dass politische Bildungsarbeit einen ganz entscheidenden Anteil an solchen Prozessen haben sollte. Sie kann zum aktiven Herausbilden und Kreieren von partikularen Perspektiven und deren Übersetzung in allgemeine solidarische Politiken beitragen. Eine solche Politik der Partikularität ist nicht demokratiezersetzend, sondern im Gegenteil die notwendige Voraussetzung dafür, dass die aktuellen Institutionen mit ihren Ausschluss-Prozessen weiter geöffnet und demokratisiert werden können.

Ich wollte noch etwas zu den Grenzen der Political Correctness sagen. Ich glaube, man kann keine allgemeine Grenze ziehen. Bei der Kritik von spezifischen Phänomenen geht es darum, sich diese genau anzusehen. Ich habe den Eindruck, dass da ziemlich viel durcheinandergeht. Ich wurde bis jetzt noch nicht davon überzeugt, dass Kant von den Syllabi gestrichen werden sollte. Mir sind keine diskursmächtigen Positionen bekannt, die das fordern. Dass es eine Debatte über den strukturellen Rassismus bei unseren Aufklärungsdenkern gibt, ist aber eine sinnvolle und wichtige Sache. Ich nehme das alles als viel differenzierter wahr als oft gesagt wird, auch wenn es manchmal zu solchen Verflachungen kommt, nach dem Motto: Es ist rassistisch, Kant im Seminar zu lesen. Und wenn es zu solchen flachen Äußerungen kommt, dann überzeugen sie nicht. Solche Positionen setzen sich nicht durch. Die Aufregung, mit der über sie gesprochen wird, ist deshalb völlig unberechtigt, und meiner Einschätzung nach Teil des konservativen Abwehrkampfes, über den ich eingangs sprach.

Eine andere interessante Sache ist das Beispiel mit den Toiletten bei dem Workshop. Das ist spannend: Aus der Perspektive der politischen Bildungsarbeit, bei der es um ein Workshop-Thema wie z. B. Rassismus geht, sind da

jetzt zwei, drei Queer-Aktivist:innen, die gerade das Single-Issue haben, dass überall endlich die Toiletten von der Zweigeschlechtlichkeit befreit werden müssen. Dieser politische Aktivismus ist für den Ablauf der Veranstaltung kontraproduktiv. Aber inspiriert von der radikalen Demokratietheorie, die die Fortentwicklung von gesellschaftlichen Normen nicht als reibungslos – man redet über die Dinge und dann passiert schon der Fortschritt – beschreibt, müsste man eine Wertschätzung dafür haben, dass emanzipativer Fortschritt auch immer was mit Störung und Protest zu tun hat, der über die gegebenen Formen hinausschießt, teilweise auch gewalttätig. Auch wenn es nervt: Es ist ein Teil des Aktivismus, dieses Thema an verschiedenen Orten auf die Agenda zu rücken.

SNC: So viel Verständnis kann ich in der Praxis nicht haben. Das ist für mich unmöglich. Um den Begriff Verflachung aufzunehmen: Verflachung ist einfach im Trend. Wir reden vor allem auf einer symbolischen Ebene. Es ist nämlich einfacher zu fordern, nur Schwarze dürfen Schwarze übersetzen und dass wir All-Gender-Toiletten brauchen. Die Forderungen sind einfach zu stellen, und sie klingen sympathisch. Diese sind übrigens für Rechte leichter zu vereinnahmen, als wenn wir z. B. über das Thema Schule und Diskriminierung sprechen: Warum bekommen Jugendliche mit Migrationsgeschichte immer noch keine Gymnasialempfehlung in der vierten Klasse? Wer macht Abi? Wer geht studieren? Und wer nicht? Es geht doch auch um die gläserne Decke für migrantisierte Menschen hier in Deutschland. Darüber müssten wir sprechen. Das klingt halt nicht so aufregend.

Ich möchte auch auf den Punkt der „Partikularinteressen transformieren“ eingehen. Karsten hat gesagt, aus partikular wird irgendwann universal. Das ist genau der Punkt. Ich glaube nicht, dass das gerade passiert, wenn ich z. B. an den Vorfall im Düsseldorfer Schauspielhaus vor ca. zwei Jahren denke: Es geht um einen Schwarzen Schauspieler, der während einer Improvisationsprobe ziemlich krass rassistisch, auch mit dem N-Wort, von einem Schauspielerkollegen beleidigt worden ist. Daraufhin hat sich der Schauspieler beim Chef-Intendanten beschwert. Sein Vorwurf: „Niemand ist auf mich zugekommen und es wurde einfach so hingenommen. Rassismus ist hier im Theater ganz normal. Als Schwarzer Schauspieler ist man im Deutschen Theater nicht sicher.“ Damit gingen weitere Themen einher: Schwarze spielen immer nur Schwarze Personen etc. Soweit würden wahrscheinlich alle sagen, dass es total wichtig und richtig ist, dass er das problematisiert. Aber, Stichwort Partikularinteressen: Was jetzt gefordert wird, →

ist ein Schwarzes Theater in Düsseldorf, ein Safe Space-Theater nur für Schwarze Schauspieler*innen. Ich sehe das als ein großes Problem. Es geht hier jetzt nicht mehr darum, den Konflikt intern anders zu regeln, die Strukturen zu verändern und über Repräsentation im Theater generell zu sprechen, sondern die Etablierung eines neuen Raumes. Dann haben wir morgen ein muslimisches Theater und irgendwann auch ein Queer-Theater und da dürfen nur bestimmte Leute rein. Das erinnert mich an eine Debatte in Frankfurt vor einiger Zeit: Von muslimischer Seite gab es die Forderung, es solle ein Schwimmbad nur für Muslime geben. Ähnliche Problematik! Wir müssten es doch eigentlich hinkriegen, dass die Menschen es aushalten, wenn Frauen mit Burkini in so ein Becken springen – und umgekehrt: Genauso müssten muslimische Männer es aushalten, wenn sie hier Frauen im Bikini sehen. Das hinzubekommen ist doch eigentlich das Ziel, wenn wir von einer pluralen Gesellschaft reden. Anstatt zu sagen: Wir schaffen jetzt einen Safe Space für die Muslime und dann sind sie dort und die anderen dort. Dann sind halt keine Muslime mehr zu normalen Zeiten im Schwimmbad und auch keine Schwarzen Schauspieler mehr im Düsseldorfer Schauspielhaus.

KS: Das ist spannend und ich würde vieles tatsächlich anders sehen. Erstens bei der Bewertung der Phänomene vor Ort und zweitens mit Blick auf die Zielperspektive. Ich spreche da auch als Queer-Theoretiker und aus einer schwulen Perspektive. Insofern sind meine Analysen auch von dieser Position mitgeprägt, aber ich spreche trotzdem verallgemeinernd, als politischer Theoretiker. Ich denke, dass solche subkulturellen Orte ganz entscheidend sind, um die immer herrschende gesellschaftliche Normalität zu durchbrechen. Das führt mich wieder zur konstruktivistischen Identitätspolitik. Ich glaube, dass solche Orte der Partikularität und der Minorität notwendig sind, damit entsprechende Subjektivitäten, die mit einem kritischen Blick auf die Gesamtgesellschaft einhergehen, überhaupt herausgebildet werden können. Aus einer queeren Perspektive läuft die Struktur dieses Arguments, das Saba angeführt hat, letztlich auf die Abschaffung von Schwulsein, Lesbischsein hinaus. Es macht einfach keinen Sinn, in der Mehrheitsgesellschaft aufzugehen, sondern man braucht die minoritären Orte. Die Demokratisierung und die Transformation richten sich in dieser radikaldemokratischen Perspektive weniger darauf, ein irgendwie stark identitär definiertes Allgemeines herauszubilden (im Sinne von: „Es wäre doch schöner, wenn wir als Gesellschaft irgendwie alle alles zusammen machen“), sondern sie richten sich

eher darauf, die politischen Institutionen und strukturellen Diskriminierungen, Inklusions- und Exklusionsmechanismen auf dieser formalen Ebene möglichst egalitär zu gestalten – aber mit ganz viel Bewusstsein dafür, dass man nicht so etwas wie eine Leitkultur vorgibt, sondern mit einer genuinen Wertschätzung für Partikularität. Und deswegen: Bezüglich des Schwarzen Theaters in Düsseldorf kann ich mir – je nachdem, wie es gemacht wird – vorstellen, dass das eine gute und wichtige Sache ist. Die identitätspolitischen Orte, die ich meine, sind dann auch trotz des Feierns der Partikularität in der Kommunikation nicht geschlossen, sondern immer intersubjektiv anschlussfähig. Sie bringen aus dieser Kultur wichtige Inputs für den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs.

Damit steht die These im Raum, dass Identitätspolitiken letztlich einen emanzipatorischen, demokratisierenden Effekt haben. Aber, aus der praktisch politischen Perspektive geht es doch auch darum, Mehrheitsmeinungen zu beeinflussen, Diskurse mit der sogenannten normalisierten Mehrheit zu führen und eben nicht nur Marginalität als zentrale Perspektive zu definieren. Wie kann es gelingen, über Identitätspolitiken Demokratisierung in Gang zu bringen, wenn letztendlich die Auseinandersetzung mit Mehrheitsmeinungen in der Weise nicht stattfindet? Wie gelingt es, über Identitätsdiskurse miteinander ins Gespräch zu kommen, Allianzen und Bündnispolitiken für den Abbau von strukturellen Diskriminierungen zu bilden?

SNC: Ich habe nicht gesagt, dass die Kategorien alle wegfallen müssen. Ich denke, dass das Streiten für Individualität im Pluralismus wichtiger ist als für Partikularinteressen. Aber das ist das Ergebnis. Es geht hier nicht um Farbenblindheit und darum, dass irgendwie alles egal ist. Die Kategorien sind sehr wichtig, aber wir müssen fragen, für was, für welchen Zweck? Auch dass es Safe Spaces geben soll: Definitiv! Aber sobald wir dazu kommen zu fragen, wer ist eigentlich Schwarz, wer ist muslimisch usw., wird das schwierig. Wer darf dann dahin und wer nicht? Reicht es, wenn mein Opa Muslim war? Bin ich dann auch muslimisch oder nicht? Nach welcher Definition gehen wir? Vor solchen Definitionen habe ich Angst. Das äußert sich auch in diesem Critical Whiteness-Ansatz. Wenn es dazu Bildungsprogramme gibt: Wer geht in Raum A und wer geht in Raum B? Ein konkretes Beispiel aus einem Workshop: Eine Frau, die aus Brasilien nach Deutschland gezogen ist, meinte: „In Brasilien würde ich auf jeden Fall in Raum A zu

den Weißen gehen, aber hier würde ich eigentlich in den anderen Raum gehen. Aber ich sehe jetzt gar nicht so aus. Was machen wir jetzt?“ Und der Workshop-Leiter sagte: „Du gehst lieber mal in den Raum mit den Weißen.“ Darauf meinte sie: „Aber meine Erfahrungen decken sich null mit denen der Weißen.“ Das finde ich schwierig. Wohin führt das? Dieser Transformationsprozess ist von einem großen Vermittlungsproblem gekennzeichnet, weil nicht klar ist, worum es eigentlich geht: Warum braucht es bestimmte Schutzräume? Wer wird damit vor was eigentlich geschützt? Das müssen wir besprechbar machen, damit die Mehrheitsgesellschaft mitgenommen wird. Das ist in meinen Fortbildungen das Hauptthema, deren Teilnehmende meist Menschen der Mehrheitsgesellschaft sind. Da gibt es vor allem Fragezeichen. Es geht viel um Dürfen und Nicht-Dürfen, um Sprachverbote, um keine realen Dinge, denn die Sprachverbote gibt es gar nicht. Es wird nie eine Sanktion geben, wenn jemand das N-Wort ausspricht. Das kommt auch immer wieder vor. Sie kennen nur die Verletzungsebene: Ich darf es nicht sagen, weil es Menschen irgendwie verletzt. Aber andere wiederum sehen es anders. Dann kommt immer der eine Schwarze, der das N-Wort doch okay findet, wenn man es sagt. Das heißt, mit der Verletzung ist es auch nicht so ganz einfach. Eigentlich müssten wir wegkommen von dieser emotionalen Ebene. Eigentlich müssten wir es hinkriegen, in eine konstruktive Debatte um Sprache zu kommen. Dass wir das Z-Wort nicht verwenden, liegt nicht daran, dass sich Sinti und Roma verletzt fühlen, sondern weil es einen Kontext gibt, der etwas mit Verfolgung und Ermordung zu tun hat. Und in diesem Kontext ist der Gebrauch des Wortes einfach problematisch. Und wenn ich es nicht sage, dann zeugt das von einem politischen, gesellschaftlichen Bewusstsein für eine plurale Gesellschaft. Und es hat zunächst bzw. nicht nur mit einer Verletzung zu tun. Daher nenne ich dies ein Vermittlungsproblem.

Wir schauen natürlich aus der Perspektive politischer Bildung auf das Thema. Wo sind die Orte der – idealerweise – konstruktiven Aushandlung? Wenn wir immer wieder sagen, Diversity ist die neue Mehrheit, und wenn wir das mit der privilegierten Mehrheitsgesellschaft mal auflösen und sagen: Die Mehrheit ist divers. Wie verhandeln wir da? Das Phänomen der Opferkonkurrenzen ist ja eigentlich ein Kampf um mangelnde Ressourcen und um Aufmerksamkeit. Und in diesem Kontext ist es interessant, wie das in den Feuilletons und über soziale Medien aufgegriffen wird, die ein Ver-

stärker für die eigenen Geschichten, aber auch Verstärker im Sinne von Empowerment sind. Wo gibt es diese Orte, an denen dieser konstruktive Streit möglich ist? Was sind die Methoden? Was müssten wir als politische Bildner*innen für Qualifizierungen haben? Brauchen wir erst einmal eine Mediatoren-Ausbildung?

KS: Ich wollte kurz auf die vorherige Frage eingehen und die Einschätzung etwas relativieren. Das hörte sich so an, als ob es quasi eine völlige Sprachlosigkeit gäbe. Das sehe ich nicht so. Eher sehe ich einen großen allgemeinen Fortschritt, große gesamtgesellschaftliche Lernprozesse. Es ist dabei wichtig, dass die verschiedenen gesellschaftskritischen Projekte zusammenfinden und Allianzen schmieden. Eigentlich funktioniert das ganz gut. Es gibt doch große Allianzen zwischen diesen emanzipatorischen, identitätspolitischen Projekten. Leute, die ein queeres Commitment haben, haben meist auch ein antirassistisches Commitment und sind für soziale Umverteilung etc. Insofern glaube ich, dass diese starke Kommunikations- und Sprachlosigkeit so überhaupt nicht besteht.

Eine andere Frage ist dann die der politischen Bildungsarbeit konkret. Ich habe vor ca. acht Jahren in Berlin queere Aufklärungsveranstaltungen gemacht. Klassische Bildungsarbeit mit einem Peer-Education Ansatz in Schulen. Und selbstverständlich geht man da nicht rein und sagt: „Ihr dürft niemand schwul-homophob beleidigen“, wie das übrigens die französischen Kolleg*innen in ähnlichen Projekten gemacht haben. Dann hat der clevere Banlieue-Gymnasiast sofort gesagt: „Aber ich hab’ doch Meinungsfreiheit!“ So als imperatives Vortragen von Verboten funktioniert Aufklärungsarbeit natürlich nicht, sondern nur durch einen kommunikativen und wertschätzenden Ansatz. Das ist dann aber nochmal etwas anderes als die Auseinandersetzung, die sich eher auf einer diskursiven Ebene in der Öffentlichkeit allgemein abspielt, im Journalismus, in der Wissenschaft, in den Medien, die ich überwiegend analysiere. Es entspricht letztlich der Realität des Politischen, wenn da auch mit harten Bandagen gekämpft wird. Daher rührt mein Versuch, solche Phänomene wie „Cancel Culture“ als Teil eines solchen Demokratisierungs- und Emanzipationskampfes neu zu perspektivieren.

Ich wollte noch eine andere Sache sagen, die ich nach teilnehmender Beobachtung in linken Projekten wichtig finde: Ich glaube, es gibt dort oft ein Missverständnis zwischen struktureller Kritik und individuell moralisierender Kritik. Eine Kritik von Heteronormativität als Kritik gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Privilegierungsverhält- →

nisse impliziert ja überhaupt keine individual-moralische Abwertung von Menschen, die z. B. in ganz klassischen, romantischen Zweierbeziehungen leben. Das geht aber manchmal durcheinander, wenn von einer Strukturkritik unmittelbar eine moralische Handlungsschablone für individuelles Handeln abgeleitet wird. Bei diesen Prozessen der strukturbezogenen Gesellschaftskritik geht es aber in erster Linie um die Erhöhung des Reflexionslevels in Bezug auf Normen, Privilegiertenstrukturen usw. Die konkreten Handlungen, die daraus folgen, stehen auf einem ganz anderen Blatt und können nicht unmittelbar daraus abgeleitet werden. Das scheint oft unter den Tisch zu fallen.

SNC: Ich würde gern unterstreichen, dass es eine enorme gesellschaftliche Sensibilisierung für diese Themen gibt. Es ist ein Erfolg, dass – egal wie – in konservativen Feuilletons über Rassismus gesprochen und gestritten wird. Ich habe einen optimistischen Blick auf diese Debatte. Auf der einen Seite muss man sich mit den Sackgassen auseinandersetzen, wenn es nicht mehr weitergeht, man sich untereinander zerfleischt und es Vermittlungsprobleme gibt. Auf der anderen Seite sehe ich, dass diese Themen als Querschnittsthemen in der Gesellschaft und der politischen Bildungsarbeit immer mehr ankommen. Ich mache das mal an drei Beispielen fest: Im letzten Jahr habe ich eine Fortbildung zu Rassismus mit Hebammen gemacht. Zudem haben wir jetzt mit Flughafen-Mitarbeiter*innen und mit der Feuerwehr eine feste Vereinbarung, um regelmäßig zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu arbeiten. Ich erwähne diese Gruppen deshalb, weil wir meist nicht an Berufsgruppen denken, sondern eher an pädagogische Orte und die relevanten (betroffenen) Communities. In diesen Berufsgruppen ist der Querschnitt der Gesellschaft viel eher zu finden. Und auch diese wollten sich nach den Black Lives Matter-Protesten mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen. Es ist ein Thema, das viele bewegt (hat). Sie haben sich die Frage gestellt: Was hat Rassismus eigentlich mit mir zu tun?

Auf der einen Seite, darauf habt ihr hingewiesen, hat die Sensibilisierung für Diversitätsperspektiven und -politiken zugenommen, aber auf der anderen Seite gibt es auch eine Reihe von sich als marginalisiert wahrnehmenden Bevölkerungsteilen, die sich genau von diesen Diskursen abgehängt fühlen, die damit nichts anfangen können und die Abwehr propagieren. Das ist für die politische Bildung auch eine Problematik. Wie gehen wir damit um?

SNC: Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Mit wem arbeite ich eigentlich zusammen? Das ist ganz divers. Schaut man sich die Wahlergebnisse von Sachsen-Anhalt an, wer die AfD-Wähler*innen gewesen sind, sind das zu einem großen Teil die unter 30-Jährigen, aber dann auch ein hoher Prozentanteil von denen, die wirtschaftlich schlecht aufgestellt sind. Es ist aber eine sehr verkürzte These zu sagen: Das sind die Verlierer*innen und deshalb wählen sie rechts. Aber es ist schon wirklich krass, dass die 17- bis 30-Jährigen, die gerade eine Berufsausbildung oder Schulausbildung abgeschlossen haben, die idealerweise auf dem Arbeitsmarkt gefragt sein sollten, rechts wählen. Damit beschäftigen wir uns noch viel zu wenig. Was ist deren Motivation, die Veränderungen und die Pluralisierung der Gesellschaft abzuwehren? Es ist zu vereinfacht zu sagen, es sind alles Rassisten. Wir müssten uns viel mehr mit den Ursachen auseinandersetzen. Und wenn Personen, die teilweise rechtspopulistische Positionen vertreten, bei mir im Seminar sitzen, sind Spaltungs- und Radikalisierungstendenzen nicht hilfreich. Ist das Ziel nicht eigentlich, zu sagen, dass wir uns nicht spalten lassen, dass wir zusammenwachsen können, trotz der ganzen Probleme? Das klingt immer ein bisschen kitschig, aber es ist doch das eigentliche, das ur-linke Ziel: eine gerechte Gesellschaft für alle.

KS: Die steigende Tendenz an rechten Wählern ist natürlich ein großes Problem. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass es so einen nationalkonservativen Grundstamm von 10–20 % – je nachdem wie man zählt – seit langem gab.

Ich möchte auch nochmal auf die Strategiediskussion der gesellschaftlichen Linken und der Sozialdemokratie zurückkommen – darüber gibt es ja auch eine sozialwissenschaftliche Diskussion: Gerade die Position à la Fraser und Wagenknecht, dass die Linke zerfalle und die Wähler wegliefen, weil nur noch progressiver Neoliberalismus gemacht werde, wird häufig artikuliert. Das ist eine Verdrehung. Was stimmt ist, dass es am progressiven Neoliberalismus liegt, aber eben nicht an dem Progressiven daran, sondern am Neoliberalismus. Die SPD hat sich vor ungefähr 20 Jahren entschieden, die linke Politik grundsätzlich zu verlassen und wirtschaftsliberale Politik zu machen. Dadurch hat sie sich den Boden unter den Füßen weggezogen. Das ist der Grund, warum die Arbeiter*innen die SPD nicht mehr wählen und nicht, weil da jetzt weitere emanzipative Projekte mit aufgenommen werden – übrigens nur extrem schleppend und mit ganz viel Widerstand. Man muss viel deutlicher sagen, dass es tatsächlich nicht

um Identitätspolitik etc. geht oder gehen sollte in diesen Debatten, sondern wir brauchen eine radikal andere Wirtschaftspolitik und eine radikale Umverteilung. Das steht nicht im Widerspruch zu den identitätspolitischen Emanzipationsprojekten, sondern gehört eigentlich zusammen. Mehr noch, das Bewusstsein für die Notwendigkeit von mehr Umverteilung und Solidarität wird durch Identitätspolitik gefördert.

Vielleicht in einem abschließenden Statement: Was wird passieren? Wo geht es hin? Habt ihr noch einen Tipp oder einen Wunsch für die konstruktive gesellschaftliche Auseinandersetzung?

KS: Ich glaube, der liberaldemokratische Rechtsstaat ist gefährdet und diese Gefahr kann nur gebannt werden, wenn wir mit der Austeritätspolitik aufhören und soziale Ungleichheit bekämpfen, indem Vermögen radikal umverteilt werden. Rechtspopulistische Parteien bekommen sonst immer mehr Zulauf. Es braucht wirklich eine starke linke Politik. Es ist ein Skandal, dass das Thema Vermögensungleichheit nicht stärker im politischen Diskurs ist, bei der krassen Schuldenneuaufnahme und den Finanzierungen der Corona-Hilfen. Und nochmal, ich sehe keine Inkompatibilität zwischen einer solchen linken Wirtschaftspolitik und den Anliegen der unterschiedlichen identitätspolitischen Projekte.

SNC: Für mich wäre auf jeden Fall die soziale Frage wichtig, die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen das auf minorisierte Gruppen hat. Eigentlich hängt das alles unmittelbar miteinander zusammen. Ich bin mir sicher, dass wir in 20 Jahren lachen werden über diese Konflikte innerhalb identitätspolitischer Zusammenhänge. Ich glaube, es werden einige, vielleicht auch ich mich, sich nicht nur schämen, sondern den Kopf schütteln und sich fragen: Haben wir wirklich darüber diskutiert? Ich bin mir echt sicher, dass das passieren wird. Aber vielleicht gehört es auch dazu. Auf jeden Fall werde ich diese Jahre – als Zäsur sehe ich übrigens den Einzug der AfD in den Bundestag – als eine sehr entscheidende Phase sehen, in der die Themen von marginalisierten, von betroffenen Gruppen auf der Top-Agenda waren, auch im politischen Programm.

Wir danken Euch ganz herzlich für das spannende Gespräch!

Zur den Interviewpartner*innen



Saba-Nur Cheema ist Politikwissenschaftlerin, pädagogische Leiterin der Bildungsstätte Anne Frank und Dozentin an der Frankfurt University of Applied Sciences. Zu ihren Veröffentlichungen gehören u. a. der im Interview erwähnte Band „Triggerwarnung“ (s. Fußnote 2), „(K)Eine Glaubensfrage. Religiöse Vielfalt im pädagogischen Miteinander. Grundkenntnisse und praktische Empfehlungen für Schule und außerschulische Bildungsarbeit“ (2017). Im Interview spricht sie insbesondere aus einer bildungspolitischen Perspektive und mit ihrer jahrelangen Erfahrung in der politischen Bildungsarbeit.

scheema@bs-anne-frank.de



Dr. phil. Karsten Schubert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und geschäftsführender Assistent an der Professur für Politische Theorie, Philosophie und Ideengeschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der zeitgenössischen kritischen politischen Theorie und Sozialphilosophie: Radikale Demokratie, Rechtskritik, Michel Foucault, Biopolitik, queere und schwule Theorie und Intersektionalität. Gegenwärtig forscht er an der Schnittstelle von radikaler Demokratie und Theorien der Identitätspolitik. Zuvor promovierte er in Philosophie an der Universität Leipzig.

www.karstenschubert.net
karsten.schubert@politik.uni-freiburg.de

Zur den Interviewerinnen



Dr. Beate Rosenzweig, Politikwissenschaftlerin, ist stellvertretende Direktorin des Studienhauses Wiesneck – Institut für Politische Bildung Baden-Württemberg e. V., Buchenbach, und Honorarprofessorin am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Sie ist Mit-herausgeberin der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.

beate.rosenzweig@wiesneck.de



Petra Barz ist seit ihrem Studium der Sozialpädagogik in der politischen und interkulturellen Jugend- und Erwachsenenbildung aktiv. Nach Tätigkeiten als Bildungsberaterin und Projektentwicklerin in Hamburg, Marseille, Amsterdam und Paris gründete sie 2006 den gemeinnützigen Bildungsverein dock europe e. V. in Hamburg. Hier ist sie als pädagogische Mitarbeiterin und Beraterin zu den Themen Vielfalt, Diskriminierung und sozialräumlicher Zusammenarbeit, als Koordinatorin in deutsch-französischen Bildungsprojekten sowie als Moderatorin von Veranstaltungen tätig. Sie ist zudem Mitglied im Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.

petra.barz@dock-europe.net

Provokation oder Beleidigung

Ein Kommentar von Alexej Boris

Gibt es eine Grenze zwischen Provokation und Beleidigung? Klar doch. Das spürt doch jeder Mensch. Intuitiv. Mit einem kleinen „aber“.

Diese Grenze liegt für jeden Menschen woanders und DAS ist das Problem. Da wir nicht wissen, wo diese Grenze bei den anderen Menschen liegt, macht doch das ganze Zusammenleben so kompliziert.

Manche fühlen sich doch schon von der Kleidung der anderen provoziert und dadurch beleidigt. Minirock? Lange Haare? Stiefel? Ja. Aber doch nicht bei einem Mann! Damit meine ich die Stiefel und nicht den Minirock. Tattoos? Wenn ich in der Sauna bin, bin ich gefühlt der Einzige, der nicht tätowiert ist? Beleidige ich die anderen oder die anderen mich? Oder ist es Provokation? Bunte Haare? Zu kurze Haare? Seit 20 Jahren trage ich als kräftig gebauter Schauspieler eine Glatze. Nun unterstellen (!) mir aufgrund meines Aussehens manche Gastronomen politische Gesinnung und fühlen sich dann, nachdem sie mich für sich selbst zurecht konstruiert haben, so sehr von meiner Erscheinung beleidigt, dass sie mir Getränke verweigern und mir die Tür weisen.

Wenn die nur wüssten! Sie beweisen Zivilcourage, indem sie einen jüdischen Menschen rausschmeißen, weil er wie ein Neonazi aus den 90ern aussieht. Wenn das mal keine Stand-Up-Nummer ist!

Und fühlen Sie sich schon gereizt und provoziert durch diese Geschichte? Möglich. Oder doch nicht? Vielleicht sind Sie sogar einer dieser Wirtsleute gewesen ...

Dann fahren wir doch fort.

Wenn die Menschen meinen leichten Akzent hören und fragen, wo ich herkomme (obwohl ich seit 30 Jahren in Deutschland lebe), werte ich das meistens als Neugier. Es liegt dann bei mir die passende Antwort zu formulieren. Eine schnippische – von Zuhause, eine aktuelle – aus Stuttgart oder eine ausführliche – ich bin in der Sowjetunion geboren.

Aber manche Leute reagieren bei dieser Frage weit-aus gereizter. Sie unterstellen (schon wieder!) den anderen dabei eigentlich die unlauteren Absichten.

Mit dieser Meinung bin ich bei einem Podiumsgespräch aber auch mal in die Schusslinie zweier Kontrahentinnen geraten. „Dies ist immer eine Beleidigung“

gegen „Das ist doch bloß Neugier“. Beide Standpunkte wurden, wie es für eine politische Diskussion in Deutschland gehört, mit einem Absolutitätsanspruch vertreten. Dabei lag die Wahrheit doch wie immer in der Mitte ... nämlich bei mir. Bei wem denn sonst?!

Unsere Kommunikation besteht zu 80–90 Prozent aus Körpersprache und der „Tonalität“. Wird die Frage dabei abschätzig oder interessiert gestellt? Daraus lassen sich auch Schlüsse auf die Motivation der fragenden Person zurückführen.

Sie fragen sich, wie verhalte ich mich in den beschriebenen Situationen. Da handle ich nach der Maxime meiner Mutter, die sie mir eingebläut hat – beleidigt ist nur der, der beleidigt werden will.

Dabei kann aber „bewusstes“ Beleidigen natürlich als feine Waffe eingesetzt werden.

Im Theater gibt es einen Trick, um die Leute zu beleidigen, ohne dass sie beleidigt sind.

Zugegeben, das mache ich sehr gerne von der Bühne aus. Hinter der Maske einer Figur „beschimpfe“ ich die Leute und sie lachen. Wie geht es? Ganz einfach. Meine Figuren denken, sie wären klug oder klüger als das Publikum, dabei ist es genau andersrum.

Das ist auch das Phänomen des Hofnarren. Dieser Figur ist es erlaubt übergreifend zu werden, Grenzen zu überschreiten, die Wahrheit zu sagen. Wichtig ist, dass die Figur am Ende selber „auf die Schnauze fällt“.

Die Menschen haben also nicht grundsätzlich ein Problem damit beleidigt zu werden, sondern von welcher Warte aus sie beleidigt oder provoziert werden.

Leider gelingt es uns selten die Wahrheit zu sagen oder auf die Missstände hinzuweisen, ohne zu belehren.

Ich empfehle aber nicht die Lehrkeule, sondern das Florett des Narren. Allerdings sind nicht alle Menschen mit der Gnade des feinen Humors gesegnet.

Und solange Sie von den Neandertalern mit der Lehrkeule umgeben sind, hier das schmerzlindernde Mantra: Beleidigt ist nur der, der beleidigt werden will.

Zum Autor



Alexej Boris, Schauspieler und Kabarettist, geboren in Leningrad, UdSSR, besuchte die Hochschule für Film und Theater in Leningrad und die Schauspielerschule in Stuttgart. Er geht mit eigenen Stücken unter dem Namen „BORIS&Konsorten“ auf Tourneen.

www.boris-und-konsorten.de

Foto: Sabine Haymann

Alles auf einer Karte

Empowerment als Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Suchtprävention

Dieser Text konstruiert eine Schnittstelle zwischen Suchtprävention und rassistus-kritischer, diskriminierungssensibler politischer Bildung. Diese erscheint als ein interdisziplinärer „Empowerment-“Begriff, welcher die Zielgruppe der jungen Erwachsenen mit der geteilten Erfahrung der (Flucht-)Migration stärken- und ressourcenorientiert bei der Bewältigung von Lebensaufgaben unterstützen möchte. Vor dem Hintergrund eines Praxisbeispiels am Landesinstitut für Schule Bremen werden ein Methodenvorschlag und drei Reflexionsimpulse skizziert. von Nabila Badirou und Ole Schwabe

Transformation durch Erfahrung: Ein Verständnis politischer Bildung

Politische Bildung verstehen wir als einen Transformationsprozess, in dessen Verlauf sich (vor allem von Diskriminierung betroffene) Subjekte handlungswirksam erfahren können. Politische Bildung eröffnet (soziale) Räume, in denen sich Menschen mit gesellschaftlichen Phänomenen beschäftigen und Wechselwirkungen zwischen ihrem individuellen Wirken und struktureller Involviertheit reflektieren können.

Bildung verstehen wir dabei mit *Hans-Christoph Koller* gesprochen, als „einen Prozess der Erfahrung“, in welchem politischen Bildner*innen die Aufgabe zukommt, jene (sozialen) Räume zu schaffen, zu halten und zu gestalten, die den Teilnehmenden die Möglichkeit geben, sich in ihrer Lebensrealität zu zeigen. Räume, die es ihnen ermöglichen an jenen Transformationsprozessen teilzuhaben, welche „nicht nur das Denken, sondern das gesamte Verhältnis des Subjekts zu Welt, zu anderen und sich selber“ verändern (Koller 2012, S. 9). Diese Erfahrungen können grundsätzlich in den unterschiedlichsten Settings gemacht werden, wobei wir uns hier auf ein non-formales und außerschulisches Setting konzentrieren.

Politisch wird Bildung unserer Auffassung nach (spätestens) dann, wenn ein expliziter und/oder impliziter Bezug zu strukturellen Ungleichheitsverhältnissen vorliegt: wenn jener „Prozess der Erfahrung“ transformativen Anspruch erhebt, also beispielsweise Machtmechanismen entlarven und Widerstandspotenziale diskriminierter Subjekte verstärken möchte, z. B. indem eine gemeinsame (Bild-) Sprache entwickelt wird, um die eigenen und geteilten Lebensrealitäten sichtbar zu machen.

Um eine selbstwirksame und emanzipatorische Reflexion der komplexen Selbst-Weltverhältnisse zu ermöglichen, sollte politische Bildung unseres Erachtens nach stets eine differenzsensible Grundhaltung und einen diskriminierungskritischen Grundansatz verfolgen. Beide Vorzeichen sind durchaus als Querschnittsaufgabe zu verstehen, deren Bewältigung sich durch die verschiedenen Elemente der formalen wie non-formalen Kette politischer Bildung zieht. Und somit auch vor disziplinären Grenzen (beispielsweise zwischen politischer und kultureller Bildung oder Prävention) und den entsprechenden Trägerstrukturen nicht Halt machen sollte.

→

Sucht und Diskriminierung: Verhältnisprävention politisch gedacht

In der modernen Suchtprävention, deren grundsätzliches Ziel in der Förderung von Gesundheit besteht, wird mit dem Ziel einer differenzierten Benennung von Faktoren zwischen zwei Ansätzen unterschieden: Verhaltens- und Verhältnisprävention. Die *Verhaltensprävention* betrifft dabei direkt das einzelne Subjekt und setzt bei dessen individuellem Gesundheitsverhalten an. Ziel ist, die eigene Gesundheitskompetenz zu stärken, indem Risikofaktoren wie beispielsweise Fehl- oder Mangelernährung reduziert werden. *Verhältnisprävention* berücksichtigt darüber hinaus mit Faktoren wie den Lebens- und Arbeitsverhältnissen (z. B. Wohnumgebung, Einkommensniveau, Bildungsstand) genuin gesellschaftspolitische Felder. Lebensweltliche Schnittstellen wie die hier genannten „Lebens- und Arbeitsverhältnisse“ werden dabei strukturell von der Frage geprägt, ob ich als Individuum von den mich umgebenden sozialen Strukturen frei von Diskriminierung, Ausgrenzung und gewaltvollem Verhalten als gleichberechtigtes Subjekt anerkannt werde. Individuelles Sucht-*Verhalten* ist in dieser Lesart eng verflochten mit sozialen und gesellschaftspolitischen *Verhältnissen*, die dieses Verhalten begünstigen und in Teilen mit hervorrufen. Während die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht/geschlechtlicher Zuschreibung dahingehend bereits anerkannt wurde und in Form von geschlechtersensiblen Präventionsmaßnahmen bereits Verankerung im sogenannten Präventionsgesetz¹ gefunden hat, besteht in Bezug auf andere Diskriminierungsformen, beispielsweise aufgrund rassistischer Zuschreibungen, nach wie vor eine Leerstelle. Rassismus ist dabei unserer Auffassung nach in diesem Kontext als eine Ausgrenzungsform zu verstehen, die in einem Spektrum von alltäglich erlebten und subtilen Ausschlüssen, beispielsweise über die Frage „Wo kommst du eigentlich wirklich her?“ über diskriminierende Ausschlüsse aus dem Wohnungsmarkt bis hin zum Sterben von Schutzsuchende auf dem Mittelmeer wirkmächtig ist. Mit *Amma Yeboah* gesprochen lautet „Die Botschaft (...) in jedem Fall: Du gehörst nicht in diesen sozialen Resonanzraum. Du bist (sozial) tot.“ Gewaltvolle Erfahrungen wie diese können bei betroffenen Subjekten traumatisch wirken und selbstverletzendes Verhalten sowie Suchtverhalten begünstigen.

Moderne Suchtprävention operiert unserem Dafürhalten nach nun differenzsensibel und diskriminierungskritisch genau an jenen Verwobenheiten zwischen Verhalten und

Verhältnissen. Auch sie bezieht sich, wie eingangs in Bezug auf die politische Bildung formuliert, hierbei auf strukturelle Ungleichheitsverhältnisse (z. B. rassistische Diskriminierung und ihre Auswirkung auf die Gesundheit, z. B. in Bezug auf – potenzielle – Suchterkrankung der Betroffenen). Auch moderne Suchtprävention möchte, dass sich Subjekte im Zuge eines Transformationsprozesses als handlungswirksam zwischen struktureller Involviertheit und individuellem Wirken erfahren.

Um eine selbstwirksame und emanzipatorische Reflexion der komplexen Selbst-Weltverhältnisse zu ermöglichen, sollte politische Bildung stets eine differenzsensible Grundhaltung und einen diskriminierungskritischen Grundansatz verfolgen.

Im Folgenden werden wir diese Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Suchtprävention am Beispiel eines interdisziplinären Empowerment-Begriffs kurz skizzieren. Die darauffolgenden Abschnitte befassen sich vor diesem Hintergrund dann mit dem Projektbeispiel „Take Care – Strategien fürs Leben“ am *Landesinstitut für Schule Bremen*, einem Methodenvorschlag sowie einer abschließenden Auswahl an Reflexionsimpulsen.

Empowerment: Eine Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Suchtprävention

Der Begriff „Empowerment“ zählt unseren subjektiven Eindrücken nach zu einer der beliebtesten Vokabeln zwischen Pädagogik, Sozialer Arbeit, Gesundheitsförderung und eben politischer Bildung. Die Prozesse seiner Aneignung von einem Konzept der Schwarzen, US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung hin zu einem interdisziplinären und entsprechend vielschichtigen Phänomen wollen wir hier nicht nachzeichnen. Es geht uns, wenn wir Empowerment hier an eine mögliche Schnittstelle von politischer Bildung und Suchtprävention setzen, nicht um begriffliche Trennschärfe oder disziplinäre Verortung. Vielmehr möchten wir mit dieser Setzung für eine Haltung werben, die Verschränkung von Verhaltens- und Verhältnisprävention differenzsensibel und diskriminierungskritisch in der eige-

¹ Vgl. dort den § 20 Absatz 1 Satz 2 PrävG



Inseln schaffen, auf denen die Teilnehmer*innen sich wohlfühlen Foto: Ole Schwabe

nen Praxis als politischer Bildner*in aufzuspüren und einzubinden. Und zwar so, dass die Teilnehmenden dabei unterstützt werden, die eigene Wirkmächtigkeit im Angesicht (tagtäglich) erlebter Ungleichwertigkeiten zu steigern. Als Querschnitt zwischen individuellem Verhalten und struktureller Involviertheit bietet sich der Komplex der Gesundheit hierfür besonders an. In der Praxis einer solchen politischen Bildung geht es darum, Dinge zusammenzudenken und soziale Räume zu schaffen, in denen Teilnehmende eben dies – unterstützt durch Empathie, transdisziplinäre Informiertheit und dynamische Versinnbildlichungen – sicher und exemplarisch ausprobieren können.

Wie dies konkret in einer methodischen Rahmung aussehen kann, zeigt der folgende Praxiseinblick in das Projekt „Take Care – Strategien fürs Leben“ sowie die Skizze eines methodischen Settings.

Zwei exemplarische Zitate zeigen an dieser Stelle die Bandbreite unseres Empowerment-Begriffs:

„Empowerment bedeutet die Freiheit, als Selbst existieren zu können, ohne sich Handlungszwängen zu beugen, die von außen aufgrund sozialer Kategorien (wie „Rasse“, „Klasse“, Gender, Disability u. a.) an uns herangetragen werden und die uns in unserer Sozialisation prägen.“ (Nassir-Shahnian 2013, S. 16)

„Empowerment (...) bezeichnet biografische Prozesse, in denen Menschen ein Stück mehr Macht für sich ge-

winnen – Macht verstanden als Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen (...) oder aber als gelingende Bewältigung alltäglicher Lebensbelastungen (...).“ (Herriger 2014, S. 39)

Praxisbeispiel: Ressourcenorientierung, Empowerment und der Blick auf die Verhältnisse

„Take Care! Strategien fürs Leben“ ist ein lebenskompetenz- und empowermentorientiertes Projekt, das eine gesunde und suchtfreie Entwicklung seiner Teilnehmenden fördern soll. Es ist am Landesinstitut für Schule Bremen¹² im Referat Gesundheit und Suchtprävention angesiedelt und hat Jugendliche und junge Erwachsene mit der geteilten Erfahrung der (Flucht-)Migrationsgeschichte als Zielgruppe.¹³ (Flucht-)Migrationsgeschichte wird dabei als Risikofaktor für die Entwicklung einer Suchterkrankung verstanden. →

² Das Landesinstitut für Schule der Freien Hansestadt Bremen ist eine Einrichtung der Senatorin für Kinder und Bildung.

³ (Flucht-)Migrations- und Rassismuserfahrungen sind als voneinander getrennte Erfahrungsräume zu verstehen, die unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen berühren. Da Rassismuserfahrungen in Deutschland nicht erhoben werden, werden wir im Folgenden nicht klar zwischen Rassismus- und (Flucht-)Migrationserfahrungen differenzieren. Wir gehen davon aus, dass Menschen mit (Flucht-)Migrationserfahrungen mehrheitlich auch Rassismuserfahrungen in der Dominanzgesellschaft in Deutschland machen.

Im Rahmen einer 5-tägigen Projektwoche werden soziale Räume geschaffen, in denen sich die Teilnehmenden mit eigenen sowie gruppenbezogenen Ressourcen auseinandersetzen. Des Weiteren werden gemeinsam Strategien der Lebensgestaltung und individuellen wie gesellschaftlichen Problem- sowie Herausforderungsbewältigung erarbeitet. Diese bewegen sich in einem Spannungsfeld, welches Krisen explizit in den Blick nehmen und gleichermaßen entlasten und Ressourcen stärkend wirkt. Kernkompetenz der beiden freiberuflichen Bildner*innen in diesem Projekt ist es, diesen verschiedenen Formen der Belastungserfahrungen Aufmerksamkeit zu schenken sowie De-Thematisierungen und Stigmatisierungen zu unterbinden. Ihnen kommt die Aufgabe zu, den Raum über eine kritische Haltung und ein empathisches Gespür zu begleiten und informiert zu entscheiden, wann und wie interveniert werden muss. Ein Grundprinzip besteht dabei darin, dass diese Entscheidung zur Intervention nicht zu Lasten der Betroffenen geht. Die Herausbildung und Weiterentwicklung dieser Kompetenzen wird von Seiten der Trägerstruktur in Schulungen prozessorientiert begleitet.

Für Bildner*innen ist es unerlässlich, eine möglicherweise unbewusst vorhandene Defizitorientierung in Bezug auf die Teilnehmenden abzulegen und den gemeinsamen Raum so zu gestalten, dass vorhandene Ressourcen Wertschätzung erfahren und gestärkt werden.

Das Projekt findet täglich von 9 bis 14 Uhr in außerschulischen Lernräumen statt. Jeder Tag hat eine inhaltliche Fokussierung, welche der übergeordneten Zielsetzung des Projekts, der Stärkung der Teilnehmenden im Umgang mit lebensweltlichen Herausforderungen, verpflichtet ist.

Am ersten Tag wird unter dem Titel *Blick auf mein Leben* mit biographischen Methoden gearbeitet, um den Raum für die Reflexion und Anerkennung bereits vorhandener Kompetenzen der Teilnehmenden zu öffnen. Unter der Prämisse der Ressourcenorientierung werden diverse Lebenswege miteinander geteilt. Die Mehrsprachigkeit der

Teilnehmenden wird bereits an dieser Stelle als Expertise explizit anerkannt.

Am Folgetag arbeiten die Teilnehmenden und Bildner*innen in Kooperation mit Erlebnispädagog*innen und Klettertrainer*innen des *DAV-Kletterzentrums Bremen*. Unter dem Tagestitel *Gemeinsam stark* werden gezielt gruppenbezogene Ressourcen aktiviert.



Einen individuellen Raum für sich in der Landschaft gestalten

Foto: Ole Schwabe

Der Tag *Umgang mit Problemen* wird maßgeblich von den freiberuflichen Bildner*innen des Kooperationspartners *Wilde Bühne e. V.* gestaltet. ⁴ Die Teilnehmenden setzen sich an diesem Tag explizit mit Substanzkonsum auseinander. Theaterpädagogisch begleitet werden sie dabei vom Bühnen-Ensemble, welches aus cleanen und trockenen Menschen mit Suchterkrankung sowie der künstlerischen Leitung besteht.

Bevor am letzten Tag der Projektwoche ein Blick in die nähere Zukunft der Teilnehmenden geworfen wird, rücken an Tag vier die Verhältnisse in den Blick. In diesem Zusammenhang wird derzeit auch die im Anschluss vorgeschlagene Methode „On the map“ erprobt. An dieser Stelle der Projektwoche wird der gemeinsam hervorgebrachte Raum für die Reflexion gesellschaftspolitischer Einflussfaktoren auf die individuelle Gesundheit geöffnet. Die diskriminierungskritische Haltung ist zu diesem Zeitpunkt nicht nur Grundpfeiler der Arbeit, sondern Gegenstand der gemeinsamen Auseinandersetzung. Ähnlich wie die Thematisie-

⁴ Wer sich für die Arbeit der Wilden Bühne interessiert kann gerne die Website besuchen oder in die Folge 2 des Podcasts „Präv&Talk. Der Podcast mit ohne Suchtfaktor“ reinhören: www.lis.bremen.de/fortbildung/suchtpraevention/news-aus-der-suchtpraevention/podcast-der-suchtpraevention-mit-ohne-suchtfaktor-587864

rung von Sucht gesellschaftlich tabuisiert wird, ist auch das Sprechen über Rassismuserfahrungen in der weißen Dominanzgesellschaft von De-Thematisierungs- und Abwehrtendenzen bedroht. Als strukturelles Phänomen gehört Rassismus jedoch zur Lebensrealität vieler Menschen mit (Flucht-)Migrationserfahrungen. Belastungen, die mit intersektionalen Diskriminierungserfahrungen einhergehen, werden im sozialen Raum des Projekts *Take Care*, unter dem Dach der Suchtprävention, besprechbar gemacht. Diskriminierungsbezogene Erfahrungen in einem um Schutz bemühten Raum zu teilen, in diesen Erfahrungen ernst genommen zu werden und mit anderen Personen, die ähnliche Alltagserfahrungen machen, Handlungsstrategien zu teilen, ermöglicht Teilnehmenden, eigenen Gefühlen nachzuspüren und Grenzen zu benennen. Es werden zudem Strategien aus den vorherigen Projekttagen, wie beispielsweise „sich als Community zusammenschließen und Widerstand potenzieren“ aufgegriffen und in ihrem stärkenden Charakter für politisches Handeln fruchtbar gemacht.

Für Bildner*innen ist es in diesem Kontext unerlässlich, eine möglicherweise unbewusst vorhandene Defizitorientierung in Bezug auf die Teilnehmenden abzulegen und den gemeinsamen Raum so zu gestalten, dass vorhandene Ressourcen Wertschätzung erfahren und gestärkt werden. Aufgabe ist es, eine Reflexion über Belastungen, Herausforderungen oder Risikoverhalten anzuregen und dabei Handlungsmöglichkeiten zur positiven Lebensgestaltung und zur Bewältigung von Krisen zu stärken. Hierzu zählt auch Fachwissen zu weiterführenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten, auf welche bei Bedarf verwiesen werden kann.

Methodenvorschlag: On the map

Als Angebot der non-formalen, außerschulischen Bildung geht es dem Methodenvorschlag „On the Map“ um Perspektivwechsel durch symbolische Repräsentation (in Form eines selbstgewählten Tokens), Versinnbildlichung durch ästhetische Praxis (z. B. in Form von Kartierung und Landschaftsgestaltung) und ressourcenorientiertes Empowerment (z. B. durch das Ausprobieren sozialer Handlungen in einem geschützten Rahmen). Hier geht es zudem, eingewoben in diese drei Grundsätze, um eine rassismuskritische und diskriminierungssensible Grundhaltung – indem sie den Teilnehmenden auf verschiedene Weise Raum lässt, die komplexen Schnittstellen aus „Politik“, „Gesundheit“, „Kultur“ und „Gesellschaft“ im Rahmen der Methode aufzuspüren, zu benennen, zu besprechen, zu besetzen und zu gestalten.

Rahmenbedingungen

- *Zielgruppe*: Jugendliche und junge Erwachsene mit der geteilten Erfahrung der (Flucht-)Migration
- *Gruppengröße*: 5–15 Personen (je nach Raumverfügbarkeit, Materialeinsatz und Betreuungsschlüssel und thematischer Ausrichtung)
- *Betreuung*: mind. zwei mit der Methode vertraute Bildner*innen (Wobei eine wechselseitige Aufteilung in Moderation und Materialbereitstellung sinnvoll sein kann; je nach Kontext und Ausrichtung kann es zudem interessant sein, als anleitende Person selbst an der Übung teilzunehmen.)
- *Dauer*: zwei Stunden bis zwei Seminartage (à jeweils fünf Zeitstunden); stark abhängig von thematischer Ausrichtung, Gruppengröße, Materialeinsatz.
- *Material*: abhängig von thematischer Ausrichtung, der zur Verfügung stehenden Zeit- und Raumkapazitäten und der Gruppengröße; falls möglich, gerne die Gruppe an der Materialauswahl beteiligen.
- *Token*: Für die Token eignen sich prinzipiell verschiedene Materialien: Holz, Ton, Speckstein oder Beton ebenso wie einfacher zu bearbeitende Materialien wie Knete oder Pappe. Je nach thematischer Ausrichtung und verfügbarer Zeit können auch persönliche Gegenstände der Teilnehmenden oder Tier- und Spielfiguren (z. B. aus dem Modellbau) verwendet werden.
- *Landschaften*: Als Landkarten oder Landschaftsgrundlagen eignen sich ebenfalls verschiedene Materialien: leere Packpapierflächen ebenso wie 2D-Landschaften (z. B. auf der Basis von Stadtplänen hergestellte Spielteppiche zur Repräsentation eines bestimmten Kiezes sowie abstrakte Landschaften, die verschiedene Ebenen der Handlungsfähigkeit adressieren und gesellschaftliche Strukturen metaphorisch repräsentieren) als auch 3D-Landschaften (z. B. Gelände-Rohlinge aus dem Modellbau).

Je nach thematischer Ausrichtung und Zusammensetzung der Gruppe kann es von den Teilnehmenden als stärkend empfunden werden, wenn die Gestaltungskompetenz der Landschaft ganz in ihre Hände gegeben wird und sich im Verlauf der Methode dynamisch entwickeln kann. Steht hingegen ein (potenziell) gemeinsamer Sozialraum der Gruppe im Fokus, kann sich ein grundsätzliches landschaftliches Framing dieses Sozialraums im Vorfeld sehr positiv auf die Annahme und Fokussierung durch die Teilnehmenden auswirken.

→

Ablauf

Zu Beginn besprechen Bildner*innen und Teilnehmende die zentrale Leitfrage der Einheit und ihre Dauer. Falls möglich, entscheidet man sich gemeinsam für ein Material für die Token oder wählt je einen individuellen Token aus einer zur Verfügung gestellten Vorauswahl (z. B. einer Sammlung aus Tierfiguren) aus. Im Anschluss beschreiben die Teilnehmenden in wenigen Sätzen kurz, warum sie sich für diesen Token entschieden haben, welche Eigenschaften sie mit ihm verbinden und was das alles in diesem Kontext mit ihnen zu tun hat. Welche Sprachen sie hierfür verwenden, ist ihnen freigestellt. Anschließend platzieren sie ihren Token auf der zur Verfügung stehenden Landkarte – zunächst ohne konkrete Vorgaben. Es können zu diesem Zeitpunkt auch für die Teilnehmer*innen zentrale, nicht-anwesende „Akteure“ mittels eines Tokens platziert werden, zum Beispiel „Schule“, „Familie“, „Geld“ oder „Politik“.

Je nach gewählter Landschaft-Token-Kombination wird der eigene Standplatz nun gestaltet. Im Fall der Beispielbilder geschieht dies, indem die Teilnehmer*innen mit Wachsmalstiften Inseln für ihre Tierfiguren (Token) malen. Ziel ist es, einen individuellen Raum für sich in der Landschaft zu gestalten, der einem für die Dauer der Übung eine Basis bildet. Auch Schriftsprache kann hier, etwa durch Beschriftungen der Inseln mit Namen, zentralen Werten oder Slogans bereits eingesetzt werden.



On the map Foto: Ole Schwabe

Die Bildner*innen können in diesem Teil der Methode bereits Aspekte der vorher mit den Teilnehmenden festgelegten Leitfrage ansprechen, falls dies nicht aus der Gruppe selbst heraus geschieht. Nach Absprache können außerdem Bewegungen zwischen den einzelnen Token und/oder des Akteurs-Tokens vollzogen werden, etwa um politische Prozesse (Was ist Politik und wie wirkt sie auf dein

Leben? Wie wirkst du auf die Politik?) oder soziale Konstellationen (Wo befinden sich die Anderen im Verhältnis zu dir in dieser Landschaft? Wie entsteht Diskriminierung und Ausgrenzung? Welche Strategien habe ich, um mit Diskriminierung umzugehen? Wie schütze ich mich? Welche Gefühle löst diese Erfahrung bei mir aus?) sinnbildlich nachzuvollziehen und exemplarisch durchzuspielen.

Häufig kommen dabei Themen wie Selbstgrenzen, Diskriminierungserfahrungen, Unsicherheit, Zuversicht, Wut und Ohnmacht zur (Bild-)Sprache. Mit Klebezetteln können wichtige Phänomene (z. B. Solidarität, Selbstliebe) festgehalten werden. Für die Bilder*innen besteht die Herausforderung darin, nicht nur im Kontext der Leitfrage kompetent und (bild-)sprachlich verständlich zu sein, sondern auch in angrenzenden Bereichen (z. B. formal-politische/juristische Frage). Sowie darin, dieses Wissen auf dem schmalen Grat zwischen Beratung, Anleitung, Moderation und Vermittlung so zur Verfügung zu stellen, dass für die Teilnehmenden Stärkung, Ermächtigung, Selbstwirksamkeit in Bezug auf das eigene Verhalten und die jeweiligen Verhältnisse symbolisch erfahrbar werden.

Eine grundsätzliche Gelingensbedingung besteht, neben der Arbeit an und mit den eigenen diskriminierungssensiblen Handlungsgrundsätzen, in der kontextspezifischen Anpassung und dem zielgruppenspezifischen Einsatz der Methode.

Eine grundsätzliche Gelingensbedingung besteht, neben der Arbeit an und mit den eigenen diskriminierungssensiblen Handlungsgrundsätzen, in der kontextspezifischen Anpassung und dem zielgruppenspezifischen Einsatz der folgenden Elemente der Methode. Mehr noch als andere Methoden der (non-formalen) politischen Bildung erfordert diese unserer Erfahrung nach, dass sich die Bildner*in mit ihren ästhetischen, narrativen und prozessoffenen Charakteristika sicher und verbunden fühlt. Hierzu zählt aus unserer Sicht insbesondere die Kompetenz, spontan fachliche Inhalte (z. B. zu formalen politischen Prozessen oder rechtlichen Grundsätzen) ebenso wie geteilte Erfahrungen der Teilnehmenden (z. B. aus eigenen Diskriminie-

rungs- und/oder Suchterfahrungen) empathisch zu moderieren und in das Geschehen einzubinden.

Take-Home-Reflexionsimpulse für politische Bildner*innen

Inwiefern bin ich als Subjekt von den hier adressierten (multiplen) Diskriminierungsformen (nicht) betroffen? Und inwiefern strukturiert diese (Nicht-)Betroffenheit „meine“ Zugänge, Narrative und Bewältigungsstrategien? Welche Rolle spielt all das für die jeweiligen Entscheidungen, den Raum für das Sprechen über (diskriminierungsbezogene) Herausforderungen und Probleme zu halten bzw. zu schließen?

Welche Beispiele, Biografien oder Phänomene für die hier theoretisch skizzierten „Verwobenheiten zwischen Verhalten und Verhältnissen“ kenne ich aus meinem (Arbeits-)Alltag? Mit welchen Adjektiven beschreibe ich meine diesbezüglichen, inneren Haltungen und Gefühle?

Was reizt mich an einer Durchführung des Methodenvorschlags? In welchem Setting würde ich die Methode gerne einsetzen? Und welche Erwartungen verknüpfe ich damit?

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

Zur Autor*in / zum Autor



Nabila Badirou ist Pädagog*in und Referent*in für diversitätssensible und diskriminierungskritische Bildung mit den Schwerpunkten Macht- und Rassismuskritik, (künstlerisches) Empowerment, Intersektionalität und Geschlecht. Nabila Badirou bietet hierzu freiberuflich verschiedene Formate an. Nabila Badirou hat zudem die Leitung des Projekts „Take Care! Strategien fürs Leben“ im Referat Gesundheit und Suchtprävention am Landesinstitut für Schule Bremen inne, schreibt aus einer Schwarzen, cis-weiblichen, ableisierten Perspektive, ist Erstakademiker*in und hat Kunst-Medien-Ästhetische Bildung und Germanistik auf Lehramt studiert.

nabila.badirou@posteo.de

Foto: Corvin Sieg



Ole Schwabe studierte Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus (B. A.) sowie Transkulturelle Studien (M. A.). Er schreibt in Auseinandersetzung mit einem von Privilegien strukturierten Erfahrungswissen eines weißen cis-Mannes, arbeitet seit vielen Jahren freiberuflich sowie angestellt zwischen politischer und kultureller Bildung, u. a. als Geschäftsführer (wortbau e. V.), pädagogischer Mitarbeiter (Landesinstitut für Schule Bremen), Bildungsreferent (Landkreis Osterholz) und Projektkoordinator (Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven). Aktuell arbeitet er als Referent für koordinierende Arbeiten bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa im Projekt „Jugendberufsagentur Bremen und Bremerhaven“.

hallo@oleschwabe.de

Foto: Farina Holle

Literatur

Herriger, Norbert (2014): Empowerment-Landkarte: Diskurse, normative Rahmung, Kritik. In: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 13–14/2014 zum Thema „Rassismus und Diskriminierung“. Berlin: bpb, S. 39–46

Koller, Hans-Christoph (2012): Bildung anders denken. Einführung in die Theorie transformatorischer Bildungsprozesse. Stuttgart: W. Kohlhammer

Nassir-Shahnian, Natascha (2013): Dekolonisierung und Empowerment. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Empowerment. Berlin: Böll, S. 16–25

Kritisch Weiß-Sein in der politischen Bildung

Überlegungen aus dem privilegierten „Wir“ heraus

Politische Bildung funktioniert aus der Gesellschaft heraus. In Programmen, Angeboten und internen Strukturen spiegelt politische Bildung die Gesellschaft wider, die sie politisch bilden soll. Damit ist sie immer auch selbst Gegenstand der kritischen Auseinandersetzung. Also: Wie steht es um Weiß-Sein und Diversität? Ein paar subjektive Überlegungen aus der Sicht einer Privilegierten. von Anja Dargatz

„Critical Whiteness“¹ ist die kritische Auseinandersetzung mit der Figur des Weißen als norm-stiftend. Ein als weiß wahrgenommenes Äußeres ist das Normale, während Phänotypen, die als Schwarz/dunkelhäutig/mit Wurzeln oder XY-stämmig wahrgenommen werden, die Abweichung sind und erklärt werden müssen. Diese Form der gesellschaftlichen Hierarchie ist subtiler als ein brutaler Angriff von kahlgeschorenen Neo-Nazis auf Menschen, deren Aussehen nicht in ihr Gesinnungsweltbild passen. Von solchen Taten und Akteuren distanziert sich ein liberaler weltoffener Mensch ohne Zögern. Vom eigenen Weiß-Sein kann man sich nicht distanzieren. Wer sich strukturellem Rassismus stellen will, muss sich auch selbst stellen.

Ja, ich finde es anstrengend zu überlegen, ob ich nun „Schwarz“ oder „schwarz“ schreibe, „weiß“ oder „*weiß*“. Wenn ich die Begriffe „markiert“ oder „jemand wird gele-

sen“ benutze – ist das genau richtig oder klingt das akademisch-belehrend? Dann doch besser „Wurzeln“ oder „Hintergrund“? Mache ich einen sprachlichen Unterschied zwischen formellen und umgangssprachlichen Situationen? Bin ich besonders nett zu Menschen, von denen ich glaube wahrzunehmen, dass sie auf Grund ihres Aussehens von der Mehrheit im Seminar ausgeschlossen werden? Ist das dann „besonders nett“, diskriminierend oder einfach sehr kompliziert gedacht? Suche ich als Referentin gezielt einen Menschen of Color, damit meine Veranstaltung diverser wird? Aber darf das Aussehen ein Kriterium sein? Wie gehe ich in Gremien-Sitzungen damit um, wenn ein erfahrener politischer Bildner sein Leid klagt, dass man nun Menschen ja nicht mal mehr nach ihrer Herkunft fragen darf? Hole ich ihn verständnisvoll ab oder setze ich bei Bildungsprofis die Grundstrukturen von anti-rassistischem Verhalten voraus und konfrontiere ihn? Ich habe im Ausland gelebt und gearbeitet, als einzige *Weiß*e unter Schwarzen: Trage ich auf diese Weise das koloniale Erbe weiter oder leiste ich meinen Beitrag, um den Schaden, den die Kolonialmächte in der Welt angerichtet haben, zu lindern?

Der Alltag in der politischen Bildung ist voll von solchen und ähnlichen Überlegungen. Es ist vor allem deshalb an-

1 „Critical Whiteness“ wird korrekt übersetzt mit „Kritischer Weißseinsforschung“. Neben der Wissenschaft sind damit aber auch immer Handeln und die Aktion verbunden. Eine gute Einführung gibt dieser Radio-Beitrag: www.deutschlandfunk.de/critical-whiteness-weissein-als-privileg.1184.de.html?dram:article_id=315084 (Zugriff: 06.09.2021)

strengend, weil es in der Regel kein Richtig und kein Falsch gibt. Bücher und Trainings helfen, strukturellen Rassismus besser zu erkennen und geben Hilfestellung – aber die konkrete Entscheidung nimmt einem niemand ab.

YouTube-Videos statt mich auf der Straße solidarisch mit #BLM zeigen?

Die Anti-Rassismus-Trainerin *Jamie Schearer* beschreibt diesen Prozess so: „Beziehungen aufbauen und genauer verstehen wie ich mit Schwarzen und Menschen of Color in Beziehung bin. Und das bedeutet: Entschleunigung. Lesen, Zuhören, Reflektieren, auf die eigenen Handlungsweisen schauen, nochmals überdenken, sich in unbequeme Situationen bringen, in dem ich Feedback erfrage und zulasse und die *weiße* Komfort-Zone verlassen.“ (Interview in der AB 3/2021, S. 60) Stillarbeit statt Demo? YouTube-Videos anschauen, statt mich auf der Straße solidarisch mit #BLM zeigen? Beides? Es ist anstrengend, weil es widersprüchlich ist und es ist anstrengend, weil es meine Blase ist: Menschen wie ich: Mittelschicht, gut gebildet, politisch interessiert und demokratisch überzeugt, *weiß* und damit nicht von Rassismus betroffen. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist wesentlich leichter als mit mir selbst.

Vom Feminismus lernen!

Große Fragen, schwierige Fragen – aber sind sie wirklich so neu? Ist *Weiß-Sein* im Bezug zu strukturellem Rassismus *die* neue große Herausforderung, der wir uns stellen müssen und die einige überfordert? Klare Antwort: Nein. Ein Blick auf die jüngere Geschichte des Feminismus hilft. Wir haben uns alle an einen Grundstock gender-sensibler Sprache gewöhnt. Erinnern wir uns an das Geschrei und die Sorge um die deutsche Sprache, würden wir uns vom generischen Maskulinum verabschieden. Nun ist das „Liebe Kolleginnen und Kollegen“, sind die „Bürgerinnen und Bürger“ die Norm und weitere sprachliche Differenzierungen im regen Gebrauch. Niemand trauert mehr dem „Fräulein“ hinterher. Sexismus ist zwar weiterhin in der gesellschaftlichen Struktur verankert – aber die Fortschritte in den letzten Jahrzehnten sind sichtbar. Bestimmte Verhaltensweisen sind mittlerweile schlicht nicht mehr gesellschaftsfähig. Die Reihe der Beispiele lässt sich im unmittelbaren Arbeitsumfeld fortsetzen. Feministische Fragestellungen sind mittlerweile fester Bestandteil des internen Weiterbildungskalenders. Droht ein Podium rein männlich zu werden, suchen wir gezielt nach weiblichen Referentinnen. Gelingt uns das nicht, erklären wir uns vor

dem Publikum. Bei Praktikumsbewerbungen bevorzuge ich männliche Bewerber bei gleicher Qualifizierung, weil sich in unserem Büro fast ausschließlich Frauen bewerben. Es gibt überzeugende zwischenmenschliche Gründe so zu handeln: Menschenfreundlichkeit, Respekt, Anerkennung, Wertschätzung. Aber auch Sachargumente, die in unsere DNA übergegangen sind: Diverse Teams lernen und arbeiten besser. 50 % der Weltbevölkerung dürfen nicht unsichtbar bleiben. Und wenn wir die Gesellschaft in unseren Veranstaltungen abbilden wollen – wozu meines Erachtens öffentlich finanzierte Bildungseinrichtung verpflichtet sind – muss man steuernd eingreifen. Weil: Wir sehen nur, was wir kennen. Um die zu erreichen, die nicht in unserer Blase sind, müssen wir aktiv werden – sei es bei Referent*innen oder bei Zielgruppen. Schlussendlich ist auch in den Köpfen etwas geschehen: Politische Aktionen und Forderungen werden begleitet durch ein Umdenken in Bezug auf Rollen- und Familienbilder auch im Privaten – von Frauen *und* Männern. Sowohl Aktion als auch Stillarbeit sind selbstverständlich geworden. Übrigens definiert sich auch „Feminismus“ immer als beides: als akademische Wissenschaft und als politische Aktion. Vielleicht hilft dieser Blick auf den Feminismus, etwas Gelassenheit in den Umgang mit dem eigenen *Weiß-Sein* zu bringen: Nicht alles wird sich etablieren, aber einiges – in Bezug auf Verhalten, Sprache, in Bezug auf Quoten und Auswahlkriterien.

Vom eigenen Weiß-Sein kann man sich nicht distanzieren. Wer sich strukturellem Rassismus stellen will, muss sich auch sich selbst stellen.

Wer ist dieses „Wir“, das alle diese Instrumente zur Hand hat, das an all diesen Schraubchen drehen kann? Das Einfluss darauf hat, wer eingestellt wird, wer einen Honorarvertrag bekommt, wer den Praktikumsplatz? Allein, dass „wir“ uns darüber Gedanken machen, wie „wir“ diverser werden könnten, zeigt die Kluft zu denen, für die „wir“ uns öffnen wollen. Menschen of color bleiben diese Privilegien verschlossen oder sie sind nur mit weit mehr Anstrengungen zu erreichen, als wenn „wir *Weiß*“ danach streben. Allein die Möglichkeit, das „Wir“ zu definieren, ist ein Privileg, das „uns“ zufällt ohne uns erklären zu müssen – denn „Wir“ sind die Norm und haben die Deutungshoheit. Gäbe es dieses „Wir“ nicht, wären alle Öffnungsbe- →

mühungen überflüssig: Podien und Bewerber*innen wären automatisch divers. Aber es gibt das „Wir“ mit den damit verbundenen Privilegien. Wenn wir es mit Diversität ernstnehmen, müssen wir diese Privilegien am Schopfe packen und für die Sache einsetzen.

Privilegien verstehen und handeln

Ist man sich seiner Privilegien bewusst ist, ist einem auch bewusst, dass es in der Verantwortung der *Weiß* ist, solche Ungleichheiten anzugehen. Dann beginnt das Handeln:

- Wie wäre es mit einem Critical-Whiteness-Seminar im internen Weiterbildungs-Kalender? Als Thema eines betriebsöffentlichen „Brown-Bag-Lunches“?
- Gibt es eine Betriebskultur, in der man rassistische Äußerungen von Kolleg*innen, die häufig auch unbedacht und aus Unwissenheit entstehen, ansprechen kann? Bin ich selbst bereit, ein solches Feedback anzunehmen?



Foto: Ryoji Iwata / unsplash.com

- Warum bewerben sich bei uns keine Menschen of Color? Was müssen wir verändern, damit sie es tun?
- Warum ist unser Pool an Referent*innen und Teamer*innen überwiegend *weiß*?
- Setzen wir uns bei der Strategieplanung von Projekten im Globalen Süden auch mit der eigenen kolonialen Rolle auseinander? Analysieren wir uns selbst genauso präzise wie Akteure, Zielgruppen und Multiplikatoren?
- Was passiert, wenn ich die Planungsmatrix der internationalen Projekte auf die Arbeit in meinem jetzigen Gastland Baden-Württemberg anwende? Meine persönliche Erfahrung: Während ich außerhalb Deutschlands sehr viel schneller *den* einen richtigen

Transformationsprozess und seine Förderer und *spoiler* definiere, tue ich mich in Deutschland schwer damit. Meine Analyse in Baden-Württemberg ist sehr viel differenzierter, das Urteil in Projektländern sehr viel pauschaler.

- Während es unsere Regularien ohne weiteres vorsehen, dass Delegationen aus dem Globalen Süden nach Deutschland auf Informationsreise kommen, sind umgekehrt „Expert_innen-Einsätze“ vorgesehen. Zum Lernen, nicht zum Beraten, in den Globalen Süden zu reisen, fordert Verwaltungsstrukturen heraus. Förderrichtlinien, die streng nach Inland und Ausland getrennt sind, verhindern einen Dialog auf Augenhöhe.

Veränderungen brauchen Zeit – aber was sind einige Jahrzehnte im Vergleich zu jahrhundertelanger Ausgrenzung?

Jeder Lernprozess ist anstrengend, aber dem Lernen sollte sich niemand verschließen. Schon gar nicht in der politischen Bildung.

Und wenn ich bei meiner Wortwahl doch mal wieder danebenlag? Dann erinnere ich mich an eine Mitarbeiterin eines „Eine-Welt-Ladens“, die ich mal gefragt habe, wie sie auf Menschen reagiert, die weiterhin den Begriff „Dritte Welt“ verwenden. Sie lächelte entspannt und sagte: „Dann weiß ich, dass sie sich mit dem Thema einfach noch nicht eingehend beschäftigt haben.“ Jeder Lernprozess ist anstrengend, aber dem Lernen sollte sich niemand verschließen. Schon gar nicht in der politischen Bildung.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

Zur Autorin



Anja Dargatz leitet seit 2016 das Fritz-Erler-Forum, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart.

Anja.Dargatz@fes.de

Schwarz-Weiß-Denken

Kritische Anmerkungen zum AdB-Jahresthema 2021

Der AdB entscheidet sich in jedem Jahr für ein Jahresthema, um aktuelle gesellschaftliche Themen in den Fokus zu rücken, zu diskutieren und Ideen für die Praxis politischer Bildung zu entwickeln. Das Jahresthema 2021 lautet „Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung“. In einem heterogenen Verband wie dem AdB werden immer wieder unterschiedliche, teilweise kontroverse Positionen sichtbar, die auch die gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln. Ganz im Sinne des Kontroversitätsgebotes ist es wichtig und notwendig, die unterschiedlichen Debattenbeiträge abzubilden um – gerne auch in dieser Zeitschrift – eine Diskussion anzustoßen. In diesem Sinne wird in der nächsten Ausgabe ein weiterer Beitrag, der sich kritisch mit der hier vorgetragenen Position auseinandersetzt, erscheinen.

von Christian Hesse

Jeder ist gegen Rassismus. Kaum etwas fällt dem liberalen, akademisch gebildeten, sich selbst in der politischen Mitte – oder im Zweifel links davon – verortenden Mitteleuropäer leichter, als jede Form von Rassismus weit von sich zu weisen. Gleichzeitig vertreten gerade aus diesem Personenkreis sehr viele die Meinung, dass Rassismus ein großes gesellschaftliches Problem sei – das im Regelfall aber andere betrifft. Auch ohne konkreten empirischen Beleg ist es nicht vermessen zu behaupten, dass die in der politischen, sozialen, historischen und kulturellen Bildung Tätigen eine hohe Schnittmenge mit eben diesem Personenkreis aufweisen dürften. Von daher ist es grundsätzlich ein lobenswerter Ansatz des AdB, mit dem Jahresthema 2021 und dem Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ etablierte Denk- und Verhaltensweisen, vermeintliche Wahrheiten und politische Glaubenssätze in Frage zu stellen.

Was ist also das Problem? Der vom AdB verfolgte Ansatz stützt sich im Wesentlichen auf die Theorien der postkolonialistischen Rassismuskritik und der sogenannten *Critical Whiteness*. Obwohl ich im Folgenden meine Probleme mit und Kritik an diesem Ansatz, den zugrundeliegenden Annahmen und Schlussfolgerungen darstellen

und argumentativ begründen möchte, will ich gleich zu Beginn etwas grundsätzlich anmerken: Ja, es gibt strukturellen oder systemischen Rassismus. Es gibt unbewusste Vorurteile und es gibt das, was der französische Historiker *Fernand Braudel* als lange Wirkungszeit (*longue durée*) der Geschichte bezeichnete. Einige Vorstellungen über die Welt sind – subtil und dennoch tief – in uns verankert, selbst, wenn wir sie bei bewusster Betrachtung ablehnen.

Die vom AdB in den Fokus gestellte Form der Rassismuskritik läuft aber aus meiner Sicht Gefahr, dem guten Ansinnen einen Lichasdienst zu erweisen. Mögen auch in der rassismuskritischen Theorie heterogene Ansätze bestehen, so kann die grundlegende Prämisse nicht losgelöst von gesellschaftlichen Diskussionen (man könnte auch sagen, einem Kulturkampf) betrachtet werden, die insbesondere in Europa und Nordamerika derzeit mit äußerster, polarisierter Schärfe geführt werden. Stichwörter wie „Identitätspolitik“, „Cancel Culture“, „kulturelle Aneignung“ und „Wokeness“ sind zu ideologischen Kampfbegriffen geworden, die auf Kopfdruck bestimmte Mechanismen auslösen.

Der ehemalige Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* hat am 22. Februar 2021 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Gastbeitrag mit dem Titel „Wie viel →

Identität verträgt die Gesellschaft?“ verfasst. Damit hat er nicht nur in seiner Partei, der SPD, heftige Reaktionen ausgelöst. „Debatten über Rassismus, Postkolonialismus und Gender werden heftiger und aggressiver. Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemeinsinn zerstört.“ (Thierse 2021) Die *Neue Zürcher Zeitung* kommentierte: „Der traditionelle Linke Thierse verteidigt die Errungenschaften der Moderne, des Liberalismus und des Individualismus gegen eine Haltung, die sich für noch linker und progressiver hält. In Wirklichkeit ist sie antimodern und ziemlich reaktionär. Die Protagonisten der neuen Identitätspolitik schließen an uralte Traditionen kollektiver Politik an.“ (Gujer 2021) Diese Aussage mögen viele als provokant empfinden, sie verdeutlicht aber, dass die sehr reale Gefahr besteht, alte Stereotype durch neue zu ersetzen, Menschen anhand bestimmter oberflächlicher Merkmale Etiketten aufzudrücken und dem Senden bestimmter „korrekter“ Codes größere Bedeutung einzuräumen als der unvoreingenommenen Auseinandersetzung mit einem Sachverhalt.

Ich möchte gerne meine Probleme des bisherigen Umgangs mit dem komplexen Thema in einigen Punkten erläutern.

Bereits der Titel des Jahresthemas „Was WEISS ich?“ suggeriert – selbst wenn er lediglich verfestigte Einstellungen aus dem Blick der Mehrheitsgesellschaft hierzulande meinen soll(te) – dass Rassismus ein genuines Problem von „weißen“, europäisch-stämmigen Menschen gegenüber dem Rest der Welt sei. Es ist richtig, dass insbesondere in der Zeit des Hochimperialismus aus Europa, in Form von Rassentheorien und Völkerpsychologie, pseudowissenschaftliche Grundlagen für rassistische Ressentiments und Diskriminierungen geliefert wurden, die auch in anderen Teilen der Welt, z. B. in Ostasien, auf fruchtbaren Boden fielen. Dennoch verkennt es die Tatsache, dass Rassismus – in vielen Fällen eher kultureller Chauvinismus – ein Phänomen ist, welches die gesamte Menschheitsgeschichte durchzieht und überall auf der Welt zu finden ist. In Geschichte und Gegenwart gibt es zahllose ethnische Konflikte und rassistische Einstellungen, die mit Europa, dem Westen oder den „Weißen“ überhaupt nichts zu tun haben. Der Ansatz ignoriert auch den Unterschied zwischen diffusem Rassismus gegenüber weitgehend unbekanntem Völkern „in der Ferne“ (wie er in der Zeit des Kolonialismus kennzeichnend war) und Rassismus gegenüber Minderheiten in der Gesellschaft, denen real im Alltag begegnet wird.

„Die rassistischen Wissensbestände gründen insbesondere auf kolonialen und nationalsozialistischen Vorstellungen“,

schreibt der AdB in seiner Stellungnahme (www.adb.de/stellungnahme/was-weiss-ich-rassismuskritisch-denken-lernen; Zugriff: 06.09.2021). Das ist nicht falsch, aber sehr verkürzt und politik- wie geschichtswissenschaftlich einseitig. Um einmal eine andere Perspektive zu verdeutlichen, hier ein Beispiel, welches der Schweizer Diplomat *Hans Jakob Roth* beschreibt: „In Ostasien hingegen ist noch heute ein oft erschreckender Rassismus gegenwärtig (...) und zwar in einer Art, wie es heute in Europa nicht mehr möglich ist.“ *Roth* führt weiter aus, dass die ethnische Homogenität der Bevölkerungen in China, Japan und Korea sehr hoch sei, dies die Eigen- und Fremdwahrnehmung relativ einfach mache und dieser Umstand mitunter politisch missbraucht werde. „Die Abgrenzung gegenüber den anderen ist zudem auch darum einfach, weil innenpolitisch kaum dagegen opponiert wird – man gehört ja dazu. (...) Einfacher Rassismus ist in nichteuropäischen Ländern tendenziell auch deshalb ausgeprägter, weil sich der Einzelne im Gegensatz zu Europa nie vom Ganzen gelöst hat. Während Renaissance und Aufklärung im Westen zur Individualisierung und zur Schwächung der Gruppenbindung führten, erfolgte in anderen Weltregionen nie eine vergleichbare Loslösung. Daher ist die Einteilung der Welt in Eigengruppe und Fremdgruppen hier nach wie vor stärker wirksam als im europäischen Kontext.“ (Roth 2020)

Ohne die existierenden Probleme leugnen zu wollen, kann durchaus behauptet werden, dass im globalen Kontext nirgendwo (harter wie auch subtilerer) Rassismus weniger akzeptiert ist als in der sogenannten westlichen Welt. Nicht rassistische Einstellungen nehmen zu, sondern die Sensibilität gegenüber diesen.

Auch wenn es in der Rassismuskritik und der aktivistischen identitätspolitischen Bewegung vielfach anders behauptet wird, ist es auch nicht so, dass Menschen mit weißer Hautfarbe grundsätzlich über einen privilegierten Status verfügen. Dies kann in einem bestimmten Kontext so sein, und er ist sicherlich nicht selten, Gegenbeispiele finden sich allerdings ebenso. In den USA gibt es den Begriff des „white trash“, deren Angehörige sich mit Sicherheit nicht privilegiert gegenüber einer nicht-weißen amerikanischen Mittelschicht (die es ja auch gibt) fühlen und es de facto wohl auch nicht sind.

Der Philosoph *Philipp Hübl* meint hierzu: „Inspiriert von der ‚Critical Race Theory‘ ist im Extremfall jetzt jeder ein Rassist, wenn er einer Gruppe angehört, die im Mittel sozioökonomisch bessergestellt ist als eine nicht-weiße oder zugewanderte Minderheit. Darauf folgt oft der Fehlschluss, jeder Weiße würde vom ‚System‘ irgendwie ‚profitieren‘.“

Diese Annahmen beruhen nicht mehr auf empirischen Daten, sondern auf diffusen Vorstellungen von Macht und implizierten Stereotypen, die sich angeblich ‚reproduzieren‘. Doch die Forschung zu vermeintlichen ‚unbewussten Vorurteilen‘ ist extrem umstritten.“ (Hübl 2021)

Individuelle Haltungen sollten, trotz aller gesamtgesellschaftlichen Dimensionen, nicht zu Gunsten von Gruppenidentitäten nivelliert werden; im Positiven wie im Negativen.



Foto: AdB

Sozialwissenschaftlich problematisch – und für die Diskussion in einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft nicht ungefährlich – ist die Gleichsetzung von objektiven Benachteiligungen (divergierende Rechte und Pflichten, Einkommensunterschiede etc.) mit subjektiven, gefühlsbasierten Faktoren (Kränkung, Verletzung etc.) als gleichberechtigte Fakten. Das Zweite ist nicht nur empirisch kaum fassbar, sondern auch in höchstem Maße individuell, biografie- und kontextabhängig. Vorsicht ist auch immer bei Vereinnahmungen durch Interessengruppen geboten, die als Anwälte der Benachteiligten und moralische Autorität meinen definieren zu können, wie Millionen (wenn nicht Milliarden) von Menschen bezeichnet und behandelt werden wollen.

Der türkisch-stämmige Soziologe *Levent Tezcan* erklärt: „Seit einiger Zeit wird in Deutschland und der Welt heftig über Rassismus diskutiert. Die Debatte kann dabei, wie einige Indizien andeuten, auch eine gefährliche Wendung nehmen. Die Rassismuskritik führt dann nicht mehr zu neuer Solidarität, sondern dient dem Zelebrieren eines affirmierten Opferstatus und droht zur Selbstbestätigung auszuarten. (...) Diskriminierungswahrnehmung, diese scheinbar unbestreitbare Erfahrung, stattet ihre Sprecher gleich mit dem moralischen Anspruch aus, bereits dadurch

im Besitz der Wahrheit zu sein. Unablässig prangern sie das rassistische Ressentiment an, sind aber selbst voll Ressentiments gegenüber denjenigen, die sie für die Dominanten halten. (...) Während ‚Weiße‘ nicht keine Rassisten sein können, kann ich gar nicht rassistisch sein. Welch ein Glück? Ich fühle mich ganz und gar diskriminiert, wenn mir die Möglichkeit genommen wird, rassistisch sein zu können. Rassistisch sein zu dürfen, ist und bleibt ein ‚weißes Privileg‘.“ (Tezcan 2020)

Ebenso soll auch noch darauf hingewiesen sein, dass die Debatte derzeit stark von Szenarien und Akteuren in den USA dominiert wird. Die Situation in den Vereinigten Staaten lässt sich jedoch nur sehr bedingt auf die in Deutschland und Europa übertragen. Dies fängt mit der Bedeutung des Begriffes „race“ an, welcher eine ganz andere Bedeutung hat als das in der deutschen Sprache geächtete Wort „Rasse“. In den USA geht es dabei u. a. um Zensus-bezogene Selbstzuordnungen, bei denen auch sozioökonomische Faktoren eine Rolle spielen. Außerdem ist eine multiethnische Einwanderungsgesellschaft – mit historisch gewachsenen „Einwandererhierarchien“ – und einem auf dem *Ius soli* basierenden Staatsbürgerschaftsrecht nicht mit der historischen Entwicklung und der heutigen gesellschaftlichen Verfasstheit europäischer Nationalstaaten vergleichbar. Importiert man die gegenwärtige Diskussion in den USA einfach nach Europa, besteht die Gefahr, Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

Zusammenfassend gibt es vor allem drei Dinge, die mich an der postkolonialistischen Rassismuskritik und ihrem identitätspolitischen Aktivismus bzw. am Umgang des AdB mit diesem Ansatz stören.

Erstens verkürzt, vereinfacht oder negiert der theoretische Ansatz die tatsächliche Komplexität und Vielfältigkeit ethnisch-kultureller Konflikte und Formen rassistischer Denkweisen. Stattdessen presst er alles krampfhaft in das immer gleiche Erklärungsmuster westlicher kolonialer Intervention. Der eigentlich angeprangerte Eurozentrismus wird hier lediglich unter umgekehrten Vorzeichen bedient.

Zweitens, und das ist bedeutend wichtiger, besteht die Gefahr, Rassismus mit einem moralisch-aufklärerisch-verbrämten „Gegenrassismus“ zu beantworten. Es ist mir bewusst, dass Vertreter der Rassismuskritik den Begriff „Weiß“ nicht explizit auf die Hautfarbe beziehen, sondern allgemein auf Menschen, die keine Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit erfahren. Doch selbst wenn dies so wäre, ist es mindestens unglücklich, da dies im allgemeinen Sprachgebrauch bzw. Verständnis so nicht nachvollzogen wird und eher →

zu Abwehrreaktionen führt. Das Etablieren von Täter- und Opferhierarchien ist eine Anmaßung, die individuelle Verantwortlichkeit und Entscheidungsfreiheit letztendlich unmöglich macht. Das Recht, sich über alles in jeder Form äußern zu dürfen, wird von kollektivistischen Fremdschreibungen und selbsternannten politisch-moralischen Instanzen abhängig gemacht. „Individuelle Empfindungen, Meinungen oder Interpretationen einzelner dürfen nicht zu einer normierenden Beschränkung aller werden. Sonst wird ein Klima der Unsicherheit geschaffen, das die notwendige Freiheit der demokratischen Meinungsbildung und den rationalen gesellschaftlichen Diskurs behindert.“ (Brendel 2021)

Der dritte und letzte Punkt betrifft schließlich den bisherigen Umgang des AdB als Verband mit dem Thema unter den selbstgewählten Maßgaben der postkolonialistischen Theorie. Meinen dargelegten Standpunkt mag man teilen oder auch nicht. Er ist sicherlich (be-)streitbar und das sollte stets ein Grundpfeiler der politischen Bildung sein. Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* ist ein Verband durchaus heterogener Bildungseinrichtungen. Politische Bildung ist nicht wertneutral, sondern fußt auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten. Zweifelsohne ist die Positionierung gegen Rassismus ein Teil dieses gemeinsamen Wertekansons. Die zuvor beschriebenen wissenschaftlichen und politischen Annahmen – wie auch immer man zu ihnen steht – gehen darüber hinaus und stellen einen legitimen, aber eben nur einen Standpunkt dar. Das eigentliche Problem liegt darin, dass der AdB aus meiner Sicht eine Grenze von der (auch durchaus wertgebundenen) politischen Bildung zum politischen Aktivismus überschreitet, wenn er diesen als Faktum darstellt und von seinen Mitgliedern als handlungsleitend einfordert. Auch vor dem Hintergrund des Kontroversitätsgebots halte ich diese Fokussierung für bedenklich.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2021

Zum Autor



Christian Hesse, M. A., ist Bildungsreferent an der Akademie Biggese in Attendorn. Er studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Soziologie an der WWU Münster und Verwaltungswissenschaft an der DHV Speyer.

Hesse@akademie-biggese.de

Literatur

Brendel, Detlef (2021): Kampf der Kulturen. In: Novo – Argumente für den Fortschritt; www.novo-argumente.com/artikel/kampf_der_kulturen (Zugriff: 11.10.2021)

Gujer, Eric (2021): Identitätspolitik hält für Deutschland eine gefährliche Pointe bereit. In: Neue Züricher Zeitung, 12.03.2021; www.nzz.ch/meinung/wolfgang-thierse-hat-recht-identitaetspolitik-ist-gift-ld.1606241 (Zugriff: 05.09.2021)

Hübl, Philipp (2021): „Struktureller Rassismus“ Ein irreführender Begriff. Ein Kommentar. In: Deutschlandradio Kultur, 21.03.2021; www.deutschlandfunkkultur.de/struktureller-rassismus-ein-irrefuehrender-begriff.2162.de.html?dram:article_id=494392 (Zugriff: 07.09.2021)

Roth, Hans J. (2020): Rassismus kann jeder – auch und gerade im kollektiv denkenden Ostasien. In: Neue Züricher Zeitung, 07.08.2020; www.nzz.ch/feuilleton/rassismus-kann-jeder-das-gilt-auch-fuer-die-laender-ostasiens-ld.1569728#back-register (Zugriff: 06.09.2021)

Tezcan, Levent (2020): Gefährliche Wendung. Selbst Liberale und Linke sind nicht mehr davor gefeit, als Rassisten gebrandmarkt zu werden. Das ist eine neuartige Maßlosigkeit. Ein Kommentar. In: taz, 28.07.2020; <https://taz.de/Debatte-ueber-Rassismus/15699235> (Zugriff: 11.09.2021)

Thierse, Wolfgang (2021): Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft? In: Frankfurter Allgemeine, 22.02.2021; www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html (Zugriff: 05.09.2021)

Rezensionen

Nina Degele: *Political Correctness*

Warum nicht alle alles sagen dürfen



Weinheim 2020
Beltz Juventa, 233 Seiten

VON SONGÜL CORA Die Debatten um gendersensibles Sprechen und Schreiben oder um die Ansprache von migran-tisch markierten Personen stehen exemplarisch für das Thema um Political Correctness (PC). Dass diskriminierungs-kritisches und spezifisch gendergerechtes Sprechen und Handeln in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs Eingang findet bzw. finden soll, löst(e) in einigen Teilen der Gesellschaft verschieden begründetes Unverständnis und auch gewaltigen Widerstand aus. Die als Titel formulierte Hauptthese von Nina Degele, warum nicht alle alles sagen dürfen, prononciert diesbezüglich die Notwendigkeit eines sprachsensiblen Umgangs miteinander aus „einer solidaris- ch distanzierenden Positionierung – weil Political Correct- ness eine Nicht-Positionierung unmöglich macht“ (S. 20 f.).

Die essayistische, kritisch-reflektierte Darlegung der His- torie von, Auseinandersetzungen mit und Positionen zu PC nimmt neben den drei Ungleichheitsdimensionen gender, race und class ebenfalls das sprachbedingte Potenzial zur Ge- walt, wie es sich aktuell im digitalen Raum in Form von hate speech äußert, bis hin zu rassistisch motivierten Anschlägen wie in Hanau, sowie das Konzept der Identitätspolitik in den Blick. Die Themenbereiche werden in acht Kapiteln bespro- chen, wobei es immer Überschneidungen und Verknüpfun- gen einzelner Aspekte gibt, was die Komplexität der Debatte um PC aufgrund der Verwobenheit verschiedener Diskrimi- nierungsformen angemessen zum Ausdruck bringt.

Zu Beginn bestimmt Degele PC als Korrektheithand- deln, in dem das Denken, Sprechen und Handeln kongru-

ent zueinanderstehen, d. h. die eigene Haltung und eige- nen Voraussetzungen reflektiert, sich an anerkennende Sprachcodes orientiert und das Handeln auf das Gesagte abgestimmt wird. Ziel ist es, ein gesellschaftliches Mitein- ander zu ermöglichen, in dem die Sichtbarkeit und Aner- kennung benachteiligter, von Diskriminierung betroffener Menschen zu fördern, welches wiederum eng mit einer gesellschaftlichen Ungleichheitsanalyse zusammenhängt. Allerdings läge hier ein Antagonismus von PC, einerseits „zu einer Zivilisierung gesellschaftlicher Diskurse beitragen zu wollen, damit aber geradezu zwangsläufig auch Streit zu provozieren und zu produzieren“ (S. 21), was für die Entwicklung der Gesellschaft letztendlich kontraproduktiv ist. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Zivilisierung und Polarisierung ist für das Korrektheithandeln grundlegend.

In dem historischen Abriss stellt die Autorin Überblick gebend dar, wie PC eine Bedeutungsverschiebung vollzog. So wurde der Begriff zunächst als Adjektiv innerhalb der community mit positiver Wertung verwendet und darauf- hin angetrieben von negativen Berichterstattungen und Gegner*innen ironisiert, verpönt und diskreditiert, was zu der Folge hatte, dass „(n)icht Rassismus, Sexismus o. ä. als die eigentlichen Gefahren gesehen (wurden), sondern *Denkpoli- zei, Sprachhegemonie* und *Tugendwahn*“ (S. 34). In Deutsch- land umfasst der Begriff zusätzlich den „richtige(n) Umgang mit der eigenen kollektiven Vergangenheit“ (S. 37) sowie die Forderung nach historischer Korrektheit. Hiermit ist ebenfalls die Reflexion des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs verbunden, der durch den autoritären Nationalradikalismus wieder aufkeimt. Auch bei expliziter Positionierung gegen PC, wie es Trump oder die AfD häufig tun, ist weniger der dis- kriminierende Inhalt Gegenstand von Diskussionen. Vielmehr wird politisch unkorrekt sein mit dem Mut gleichgesetzt, „die Wahrheit“ auszusprechen, wobei „(d)ie permanente Wieder- holung bei Nicht-Sanktionierung zur Verschiebung der Sag- barkeitsgrenzen nach rechts (führt)“ (S. 122).

In Bezug auf *race* greift Degele beispielsweise die Diskus- sionen darum auf, wie Rassismen auf welche Weise wirken und welche Ansprüche auf Korrektheithandeln in welchen Kontexten an wen gestellt werden. So ist mit Blick auf PC von vornherein festzuhalten, dass „Rassismus nicht mit sprachli- cher Hetze und *hate speech* beginnt, sondern viel früher, bei ausgrenzendem und Anerkennung verweigerndem Spre- →

chen“ (S. 57). Mit welchen Herausforderungen PC zusammenhängen kann wird auch im Hinblick auf die Diversität sexueller Identitäten deutlich. Eine Sensibilität dafür scheint unmöglich, da jede*r unterschiedliche Voraussetzungen und Ressourcen hat, um auf den aktuellen Stand gendersensibler Bezeichnungen zu kommen. An diesem Kritikpunkt wird die Akademisierung sozialer Fragen am deutlichsten, die sich an die Diskurse zu sozioökonomischen Ungleichheiten anbinden und intersektional betrachten lässt. Das Buch endet mit einem Plädoyer für politisch korrektes Handeln, wofür Kriterien ausgelotet und diskutiert werden. Grundsätzlich sollte gelten: „nicht nach unten treten“ (S. 175).

Zusammenfassend eröffnet das Buch eine differenzierte Perspektive auf das kontrovers diskutierte Thema unter Einbeziehung verschiedener Ungleichheitsdimensionen. Mit der Förderung einer solidarischen Streitkultur kommt die politische Bildung ins Spiel, die Räume dafür schaffen kann, marginalisierte Stimmen sichtbar zu machen, sensiblen Sprachgebrauch stets neu auszuhandeln und ein demokratisches Zusammenleben in einer Vielfalt von Identitäten und Stimmen zu ermöglichen.

Songül Cora ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg-Essen und dort im Projekt GABO zum Thema arbeitsorientierte Grundbildung tätig.

Britta Schellenberg: Training Antidiskriminierung

Den Menschen im Blick. Schwerpunkt
Rassismus



Frankfurt am Main 2020
Wochenschau Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH, 224 Seiten

VON **STEPHAN SCHACK** Alltagsdiskriminierungen haben an Relevanz deutlich zugenommen, nicht zuletzt durch die Soci-

al-Media-Kanäle zeigt sich, dass Abwertungen gegenüber anderen Menschen, Rassismus oder andere Formen von Diskriminierungen den gesellschaftlichen Diskurs stark beeinflussen und ihn verändert haben. Angesichts dieser fast bedrohlichen Situation ist vor allem die politische Bildung herausgefordert, darauf zu reagieren. Eine Möglichkeit sind Trainings zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Das vorliegende „Training Antidiskriminierung: Den Menschen im Blick“ ist in einem Projekt der LMU München mit einem bundesweiten Netzwerk von Partner*innen entwickelt worden. Das Konzept greift Aspekte auf, die derzeit in der Gesellschaft (neu) diskutiert werden müssen und soll fit machen für das Leben und Arbeiten im pluralen Deutschland. Zielgruppe sind Mitarbeitende in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen.

In einem Grundlagenteil werden als Einführung in das Konzept Ziele und Inhalte des Trainings beschrieben und mit praxistauglichen, eigens für das Programm entwickelten Arbeitsdefinitionen, die Begriffe „Diskriminierung“ und „Rassismus“ geklärt. Leitmotive, Handlungsaspekte sowie der methodische Zugang werden beschrieben und so eine kompakte und sehr hilfreiche Hinführung für das Verstehen des Konzeptes gegeben. Im Themenfeld erfahrene Trainer*innen bekommen einen guten Überblick, um was es im Training gehen soll und wie sich die Autorin das methodische Vorgehen vorstellt. Für Einsteiger*innen halte ich das Buch eher nicht geeignet, da der hohe fachliche Anspruch ein gehöriges Maß an Trainingserfahrungen voraussetzt. Das ist kein Nachteil des Bandes, sondern dient lediglich der Einordnung, für wen er wirklich geeignet scheint. Das Projektteam bietet auch Train-The-Trainer-Seminare an, was ich für eine sehr wertvolle Ergänzung halte.

Im zweiten Teil finden sich insgesamt 19 Übungen, die sehr detailliert beschrieben als Methodenbaukasten für die konkrete Zusammenstellung eines Trainings ausgewählt werden können. Es gibt keinen fertigen Vorschlag für eine vorgegebene Abfolge von Übungen und das ist ein sympathischer Ansatz, dieses Buch wirklich als Werkzeugkoffer für das individuelle Handeln und die Vorlieben von Trainer*innen zur Verfügung zu stellen. Jeder Übung ist ein inhaltliches Schlaglicht zugeordnet, in denen Herausforderungen beschrieben, fachliche Hintergründe fokussiert, weiterführende Informationen gegeben sowie Erfahrungen mit Thema und Übung dargestellt sind. Ein interessantes Konzept, Übungen mit Hintergrundinformationen zu koppeln. Insgesamt kommt mir die Auswahl der Übungen jedoch etwas verkopft vor. Auch wenn eine methodische

Vielfalt angekündigt ist, setzen viele der Übungen vor allem auf Vermittlung von Wissen. Einige der Arbeitsmaterialien enthalten sehr umfangreiche Informationen, die von Teilnehmenden auch gelesen (und verstanden) werden müssen. Ich persönlich vermisse mehr die unmittelbar an individuellen Erfahrungen der Teilnehmenden anknüpfenden methodischen Zugänge, die auch die emotionale Ebene und damit verbundenen Prägungen mit in den Blick nehmen. Der Bedeutung von Emotionen sollte m. E. in der politischen Bildung und eben auch in der Antidiskriminierungsarbeit weitaus mehr Raum gegeben werden. Angesichts der jüngsten Veränderungen der gesellschaftlichen Debatten sind zudem manche Inhalte der Übungen durch die Zeitläufte schon wieder etwas überholt.

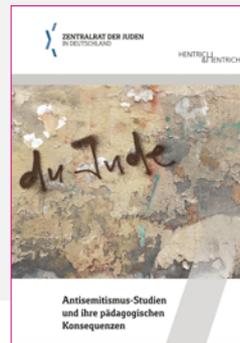
Ein kleiner Anhang mit einem Index wichtiger Begriffe und einer Darstellung des beeindruckenden Netzwerkes der Projektmitwirkenden und der Autor*innen des Trainingskonzeptes runden das Handbuch ab. Ergänzt wird das Buch um die Möglichkeit zum Download der Arbeitsmaterialien für die Übungen in einem PDF-Dokument sowie weiterer Zusatzmaterialien, die im Training genutzt werden können.

Ein insgesamt sehr wertvolles Buch für Trainer*innen in der Antidiskriminierungsarbeit. Dennoch zwei Kritikpunkte zu diesem Handbuch: Mir fiel es schwer, mich im Buch zu orientieren. Das ist dem etwas monotonen Layout geschuldet, was aus dem Wochenschau Verlag leider nicht überrascht. Die Gestaltung hat mir keine Lust gemacht, mich noch intensiver damit zu befassen. Und die an sich tolle Idee, QR-Codes anzubringen, um weiterführendes Material aus dritten Quellen anzubieten ist bei einigen Versuchen gescheitert, da die Halbwertszeit der verlinkten Websites offenbar abgelaufen ist. Abgesehen von diesen kritischen Anmerkungen enthält das Buch wichtige Anregungen für Trainer*innen und in Kombination mit einem bereits oben erwähnten TTT-Seminar hat es meine klare Empfehlung.

Stephan Schack, Trainer, Berater & Coach für Demokratie- und Menschenrechtsbildung und Kognitive Neurowissenschaften, Naumburg (Saale)

Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.): „Du Jude“

Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen



Leipzig 2020
Hentrich & Hentrich, 272 Seiten

VON LEA GÜSE Nicht bloß in den zahlreichen Verschwörungsmithen der Querdenker*innen, in Angriffen auf Juden, Jüdinnen sowie Synagogen oder in Boykottaufrufen, die den israelischen Staat treffen sollen, artikuliert sich Antisemitismus. Auch auf dem Schulhof oder im Jugendtreff ist antisemitische Gewalt in Wort und Tat omnipräsent. So enthält „Du Jude“ als Schimpfwort eine Weltanschauung, in der Juden etwas Negatives zugeschrieben wird und zielt auf ihre Herabwürdigung. Diese erfordert ein ernstgemeintes Vorgehen: auf politischer, juristischer sowie pädagogischer Ebene. Letzterer widmet sich dieser Sammelband und diskutiert neueste Erkenntnisse aus der Antisemitismusforschung hinsichtlich möglichem und nötigem pädagogischen Handeln.

Einführend werden im ersten Teil „Positionen und Problembestimmungen“ die Aktualität und Virulenz der Judenfeindschaft – 76 Jahre nach Auschwitz – von Personen aus Politik und Zivilgesellschaft deutlich gemacht. So äußert sich Salomon Korn zu der Schwierigkeit, den Antisemitismus „zu fassen, weil es einem Chamäleon gleich seine Erscheinungsform ändert und unterschiedlichen Gegebenheiten anpasst“ (S. 15). Dabei sollen Studien helfen den Begriff weiter einzugrenzen, deren Erkenntnisse effektiv für pädagogische Konzepte genutzt werden sollen. Dr. Felix Klein plädiert einerseits für ein Sichtbarmachen von Juden und Jüdinnen als „Gestalter der deutschen Geschichte, Kultur und Wissenschaft“ (S. 21) und nicht nur als Opfer im Schulunterricht. Andererseits macht er auf das lebendige jüdische Leben in Deutschland aufmerksam, das zu beschützen Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft sei. →

Im zweiten Teil „Antisemitismus: Kontinuitäten und Metamorphosen“ befassen sich Wissenschaftler*innen mit zeitgenössischen Erscheinungsformen des Antisemitismus sowie ihrem historischen Wandel. Yael Kupferberg beschäftigt sich mit dem Antisemitismus, der nach der Shoah mit einem Tabu belegt wurde. Dieser gesellschaftliche Konsens, in dem Antisemitismus in die Latenz gedrängt wurde und jegliche Grenzübertretung sanktioniert wird, droht u. a. mit dem Erstarken der AfD weiterhin aufzuweichen und jüdenfeindliche Ressentiments salonfähiger zu werden. Als eine Eigenschaft der „autoritären Persönlichkeit“, die in den „Studien zum autoritären Charakter“ des Instituts für Sozialforschung in den 1930er Jahren erforscht wurde, wird die Weigerung Erfahrungen zu machen in dem Artikel der Erziehungswissenschaftlerin Christiane Thompson aufgegriffen. Diese nimmt sowohl die Verbindung von Autoritarismus und Antisemitismus in den Blick, als auch den wegweisenden Radiovortrag Theodor W. Adornos „Erziehung nach Auschwitz“.

Im dritten Teil „Studien und Befunde“ werden aktuelle Erhebungen der Antisemitismusforschung und ihre pädagogischen Implikationen vorgestellt. Die Historikerin Stefanie Schüler-Springorum setzt einleitend ein paar ausgewählte Studien in den historischen Kontext der Nachkriegszeit und fordert die sogenannte Mitte der Gesellschaft in den Blick und in die Verantwortung zu nehmen. Die Studie von Julia Bernstein und Florian Diddens beschäftigt sich mit den Perspektiven Betroffener auf Antisemitismus in Schulen. In der Studie von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz wurden ebenfalls in einem Teil Erfahrungen Betroffener mit Antisemitismus erfragt. In einem zweiten Teil richtet sich dann das Erkenntnisinteresse u. a. auf den Umgang mit Antisemitismus von Lehrkräften.

Im vierten und letzten Teil „Antisemitismuskritische Bildung“ werden Fragen, Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen eines pädagogischen Handelns gegen Antisemitismus diskutiert. So sieht Thomas Eppenstein ein zentrales Spannungsfeld antisemitismuskritischer Bildungsarbeit zwischen latentem und manifestem Antisemitismus einerseits und „einem gleichlaufenden Desinteresse am Thema und entsprechend einem fehlenden Lerninteresse“ (S. 223) andererseits. Deborah Krieg beschäftigt sich mit der Frage, wie der Heterogenität der Bildungsnehmer*innen Rechnung getragen werden kann und schlägt einen pädagogischen Raum vor, in dem weniger Identitäten, vielmehr Erfahrungen im Vordergrund stehen.

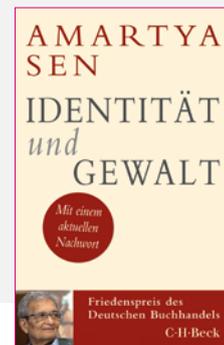
Insgesamt sind die Artikel in ihrer Argumentation nachvollziehbar und bieten in Gänze einen guten Überblick

über aktuelle Fragestellungen und Erkenntnisse der Antisemitismusforschung, wie der politischen und historischen Bildungsarbeit und nehmen Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen wahr. Eine besondere Stärke dieses Sammelbandes liegt meines Erachtens auch darin, dass nicht nur antisemitische Einstellungen und pädagogische Antworten darauf in den Blick genommen werden, sondern auch die Perspektiven von Betroffenen. Stimmen, die sich im politischen sowie medialen Diskurs nicht in ausreichendem Maße Gehör verschaffen können und sich in ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst genommen fühlen.

Lea Güse ist Erziehungswissenschaftlerin und Bildungsreferentin im LidiceHaus Bremen, Modellprojekt „akriba – Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“.

Amartya Sen: Identität und Gewalt

Friedenspreis des Deutschen
Buchhandels



München 2020
C. H. Beck, 214 Seiten

VON JOEL WARDENGA Treffen sich ein Muslim, ein Christ und ein Jude ... Was sich wie der Anfang eines mäßigen Witzes anhört, ist in den letzten Jahren erschreckend oft sowohl zur analytischen Prämisse politischer Diskussionen als auch um Frieden und Dialog bemühter interreligiöser Veranstaltungen mutiert. Den problematischen Folgen einer derart auf das Merkmal kulturell-religiöser Differenz reduzierten Betrachtung zwischenmenschlicher Konflikte widmet sich Amartya Sen in seinem Werk „Identität und Gewalt“. Ursprünglich bereits 2008 veröffentlicht, ist es eine Antwort auf die zu Beginn des 21. Jahrhunderts florierende Rede von einem „Kampf der Kulturen“. Die jetzt erschienene Ta-

schenbuchausgabe hat die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den Autoren zum Anlass und ist um ein aktuelles Nachwort ergänzt. Dabei ergänzt es andere in der jüngeren Vergangenheit erschienene wichtige Werke über die gewalttätige Ausbeutung von Zugehörigkeit, wie etwa „Gegen den Hass“ der früheren Preisträgerin Carolin Emcke oder „Kampfabsage – Kulturen bekämpfen sich nicht, sie fließen zusammen“ von Ilija Trojanow und Ranjit Hoskote.

Seinen Hauptgedanken bringt Sen analytisch klar und unumwunden auf den Punkt: Menschen haben stets vielfältige Identitäten und ihre Freiheit besteht darin, diesen unterschiedlichen Aspekten ihrer Identität je nach Kontext unterschiedliche Bedeutung beizumessen. Die Idee eines einzigen zentralen Identitätsmerkmals verfehlt daher nicht nur die Vielfalt von Personen, sie bedroht auch ihre Freiheit durch die gewaltvolle Zuschreibung von Identität. Denn besagter Witzanfang über die drei Mitglieder unterschiedlicher Religionen verrät uns weder etwas über andere Aspekte der Identität der drei Personen – ob sie beispielsweise Jazz oder Rock lieben, sich vegan oder omnivor ernähren, für die Rechte sexueller Minderheiten streiten oder um die „heilige Familie“ besorgt sind – noch welche Bedeutung sie diesen Aspekten beimessen. Denn wie der queere Muslim und die an die Sonderstellung der Ehe zwischen Mann und Frau glaubende Jüdin sich begegnen können, hängt nicht etwa von ihrer religiösen oder geschlechtlichen Identität ab, sondern von ihrer Bewertung dieser und anderer Identitäten. Vielleicht schätzen beide ihr geteiltes Menschsein, die vielfältige Unterschiedlichkeit von Personen oder auch die Zugehörigkeit zum selben Stadtviertel höher als die Differenzen ein – und es entsteht erst gar kein „Kampf der Kulturen“.

Das Buch liest sich in neun Kapiteln wie eine Meditation auf dieses Thema und arbeitet sich durch viele wichtige Themen, wie die Konfrontation zwischen dem „Westen“ und „Anti-Westen“ oder auch den Umgang mit dem politischen Islam. Dabei ist es jedoch kein simpler Aufruf zu Dialog und Multikulturalismus. Denn Sen vermag auch aufzuzeigen, wie wohlmeinende Verfechter*innen eines interreligiösen Dialogs in die Falle tappen, die verkürzte Identitätsdebatte zu reproduzieren, oder ein konservativ aufgefasster Multikulturalismus mit der Freiheit der Einzelnen, sich zu ihren Zugehörigkeiten zu positionieren, in Konflikt gerät. Dagegen setzt er auf die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Stimmen in einem öffentlichen, möglichst globalen Diskurs, der auf der Freiheit und Würde der Individuen besteht.

Insbesondere in einer Zeit, in der rassistische Agitator*innen hierzulande sich auf das vermeintlich europäische Erbe der Aufklärung berufen, leistet der Autor viel damit, dass er die Identifikation liberaler Werte mit der „westlichen Kultur“ unterläuft. So wird durch anschauliche Argumentation und die Auswahl sehr unterschiedlicher Quellen greifbar, dass das Streben nach Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit ein Erbe der Menschheit in allen Kulturen und Religionen ist. Gegen die Vereinnahmung der Aufklärung durch rechtskonservative Ideolog*innen wird dabei klar, worin das universelle humanistische Erbe besteht: im Kampf gegen die „Illusion der Schicksalhaftigkeit“ des Zusammentreffens bestimmter Merkmale, wie beispielsweise ethnischer Zugehörigkeit und Verhalten, und in der Anerkennung der je auf vielfältige Weise verschiedenen Individuen.

Sens Werk zeigt auf sympathische und nachvollziehbare Weise, dass die Antwort auf die vielfältigen Krisen der heutigen Welt nicht in einer Konkurrenz ausschließlicher Identitäten bestehen kann und Hoffnung nur in der Einübung einer globalen Identität und Solidarität liegt. Für mit dem Thema bewanderte und am deutschen Kontext von Identitätsdebatten interessierte Leser*innen mag es nicht weitgehend genug sein und der Griff zu Emckes bereits erwähntem und im Geiste verwandten Werk „Gegen den Hass“ näherliegen. Dennoch liegt mit „Identität und Gewalt“ nun ein kurzweiliges, ungebrochen wichtiges und vor allem trotz der Komplexität der Themen zugängliches Werk im Taschenbuchformat vor. Ein Denkanstoß, der gerade für Menschen geeignet sein dürfte, denen die Unterscheidung der Menschen anhand der ihnen zugeschriebenen kulturell-religiösen Herkunft durchaus (noch) plausibel erscheint.

Joel Wardenga ist freischaffender Philosoph und Referent für politische Bildung. Sein Fokus liegt auf der Sensibilisierung für Diskriminierungsformen und dem Nachdenken darüber, was Pluralismus und Demokratie konkret bedeuten.

Klaus Koziol / Manuela Pfann (Hrsg.): Zwischen Digitalisierung und Pandemie

Begegnung neu bewerten



München 2020; Schriftenreihe Mensch und Digitalisierung, Band 5, herausgegeben von der Medienstiftung der Diözese Rottenburg-Stuttgart kopapaed Verlag, 131 Seiten

VON ANNE SCHULZ Was macht eine gute Begegnung aus? Können sich Menschen im digitalen Raum so wertschätzend und produktiv austauschen, wie das im persönlichen Kontakt gelingt? Die Sturz-Digitalisierung, die Corona verursachte, verleiht den Fragen, die im fünften Band der Reihe „Mensch und Digitalisierung“ verhandelt werden, eine höchst aktuelle Bedeutung.

Wenn als Einführung die Exegese einer Papst-Enzyklika gewählt wird, ist dies eher unüblich in der Medienfachliteratur. Im vorliegenden Buch befragt Manuela Pfann ihren Mitherausgeber Prof. Dr. Klaus Koziol, wie aus Sicht des Papstes menschliche Begegnung und Dialog unter Pandemie-Bedingungen neu bewertet und gestaltet werden können. Der Sammelband umfasst insgesamt neun Beiträge, in denen Expert*innen ein weitgespanntes Themenspektrum behandeln: von digitalen Kunstprojekten bis zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Kommunikation in Unternehmen wird ebenso in den Blick genommen wie die Folgen der diversen Lock- und Shutdowns für Kinder und Jugendliche, die (überraschend intensiven) Begegnungen einer modernen Einsiedlerin oder die Dramatik des einsamen Sterbens.

Die Texte bewegen sich auch jenseits der gewohnten Diskursstränge. Die Informatikerin Prof. Dr. Doris Aschenbrenner befasst sich mit Arbeitsprozessen. Durch den steigenden Einsatz von digitaler Kommunikation und virtueller Kollaboration gewinnt für Aschenbrenner „der Faktor Mensch neu an Bedeutung“ (S. 15). Sie reflektiert die Forschungsergebnisse der Wissenschaftsdisziplin „Computer-supported collaborative work“ (Computergestützte Zusam-

menarbeit) (S. 17). Diese setze sich bereits sehr lange mit dem „Phänomen“ auseinander, „welches wir mittlerweile täglich in Videokonferenzen oder anderen virtuellen Kollaborationstools beobachten“, nämlich das „irgendwie der ‚Informationsdurchsatz‘ bei einem realen Gespräch von ‚Angesicht zu Angesicht‘ doch höher sei als bei ‚anderen Methoden‘“ (S. 17). Bei rein virtueller Zusammenarbeit sei es schwieriger, ein gemeinsames Verständnis („common ground“) zu entwickeln (S. 22). Trotz vermeintlicher Effektivität und Sachlichkeit im beruflichen Kontext: Digitale Kommunikation kann weniger effektiv sein als eine Präsenzveranstaltung mit (Fach-)Geplauder in der Kaffeepause. Die Kombination verschiedener Methoden ist gefragt.

Über die Traumata einer „begegnungsarmen Kindheit“ berichtet dagegen der Psychiater Dr. Gottfried Maria Barth. Er stellt aber auch fest: „Die Folgen der Pandemie waren zunächst völlig andere als erwartet.“ (S. 70) So führte die Atmosphäre der allgemeinen Bedrohung und das auch erzwungene Zusammenrücken der Familien nicht dazu, dass vermehrt Kinder und Jugendliche in Beratungsstellen oder junge Patient*innen in kinder- und jugendpsychiatrischen Akutstationen betreut worden wären. Aus Sicht einer Notfallambulanz sei es sogar so, dass sich die Wartezimmer erst mit Schulbeginn wieder füllten. Auch wenn es keine validen Untersuchungen über die Gründe gibt, ist *eine* Vermutung, dass Kinder und Jugendliche „eine stark reduzierte Beschulung ohne Leistungsnachweise“ als „starke Entlastung“ (S. 68) erlebt hätten. Der gewöhnliche Alltag bringt den Stress, den Kinder und Jugendliche nicht alleine bewältigen können. Es ist eine differenzierte Wahrnehmung wichtig: Nicht nur Erwachsene scheinen die unverhoffte Entschleunigung genossen zu haben.

Gute Begegnungen sind für Menschen ein Lebenselixier, wird immer wieder betont, und Interaktion ist unerlässlich, gerade in Lernprozessen. Ja, Begegnung macht uns erst zu Menschen, so eine These. Auch wenn manches weltanschaulich verortet ist – wie die Begegnung mit Gott – und diese Einschätzungen deshalb sicherlich nicht von allen Leser*innen geteilt werden, so zieht sich doch das ehrliche Bemühen, die neue Realität mit allen Vor- wie Nachteilen zu erfassen, durch alle Texte. Und dies nicht auf der Ebene der oft gehörte Talkshow-Palaver mit ihren erwartbaren Argumentationsmustern, deren Berechtigung keineswegs in Abrede gestellt werden soll, sondern unter Hinweisen auf die jeweiligen theoretischen Modelle und Gedankengebäude, sodass es über die pure Meinung hinweg etwas zu lernen gibt. Interessante Hinweise auf andere Texte und vielfältige Projekte sind eine Einladung zum Weiterrecherchieren und Diskutieren.

Zugleich ist das Buch aber auch eine Momentaufnahme. Und so ist ja auch der gesamte gesellschaftliche Prozess, in dem wir stehen, von dem Immer-wieder-Neuerorten geprägt. Es ist in einer Welle nie einfach, den Kopf oben zu behalten. Aber es nützt, wenn wir eine klare Vorstellung von oben/unten/rechts/links haben. Und wenn der Mut bestärkt wird, einfach mal was Neues auszuprobieren ohne Bewährtes vorschnell zu verwerfen.

Anne Schulz arbeitet als Bildungsreferentin bei dem Gustav-Stresemann-Institut e. V. in Bonn, lebt in Köln und auf dem Land in Niedersachsen.

Rudolf Tippelt / Bernhard Schmidt-Hertha: Sozialisation und informelles Lernen im Erwachsenenalter



Bielefeld 2020
wbv Publikation von wbv media
GmbH & Co. KG, 163 Seiten

VON ELISABETH MISCHUR Das vorliegende Werk gliedert sich in die Lehrbuchreihe des Deutschen Instituts für Erwachsenen- und Weiterbildung „Erwachsenen- und Weiterbildung. Befunde – Diskurse – Transfer“ ein. Ziel dieses Lehrbuchs ist es, den Blick auf Sozialisation und informelles Lernen im Erwachsenenalter zu richten, um letztlich „neue Herausforderungen und Perspektiven für eine theoretisch und empirisch reflektierende Erwachsenen- und Weiterbildungsforschung“ zu formulieren (S. 11). Tippelt und Schmidt-Hertha setzen sich mit diesen beiden Begrifflichkeiten konkret im Erwachsenenalter auseinander, obgleich die Sozialisation vorherrschend ein Thema der Kindheit und Jugend darstellt. Für eine Planung greifbarer Praxis der Erwachsenen- und Weiterbildung, ist das Wissen über solche Sozialisationsprozesse im Erwachsenenalter sowie über das informelle Lernen eine wichtige Basis.

Das vorliegende Werk besteht aus 13 Kapiteln, die sich in vier Teile aufgliedern. Neben einer Einleitung findet der/ die Leser*in vorab einen Überblick bzw. Einblick in die vier Teile, welche sich wie folgt gliedern: Erkunden – Begriffe und theoretische Grundlagen (1); Erforschen und Vermitteln – Kontexte von Sozialisation und informellem Lernen und deren Bedeutung für die Erwachsenen- und Weiterbildung (2); Erforschen von sozialer Ungleichheit als Herausforderung für die Praxis der Erwachsenen- und Weiterbildung (3); Perspektiven für Forschung und Praxis (4). Dieser Aufbau bietet den Leser*innen die Möglichkeit, theoretische Grundlagen zu verstehen, ehe der Bezug bzw. ein Transfer in die Praxis – hier insbesondere in die Erwachsenen- und Weiterbildung – hergestellt werden. Die Charakteristik eines Lehrbuchs kommt dadurch zu Tage, dass die einzelnen Kapitel didaktisch und methodisch ansprechend aufbereitet sind: Es finden sich Lernziele, Merksätze sowie anschließende Fragen und Aufgaben und weiterführende Literatur. Darüber hinaus sind Einschübe unter der Überschrift „Wissenswertes“ zu finden.

Der erste Teil befasst sich mit Grundlagen und Begriffen, welche die Sozialisation tangieren. So werden die Bedeutung und die Funktion des Sozialisationsprozesses erläutert, wobei auf Emile Durkheim Bezug genommen wird. Bourdieu und dessen Habitus- sowie Kapitalbegriff werden ebenfalls aufgegriffen. „Vor diesem Hintergrund werden (...) die Lebenswelt- und Weiterbildungsforschung sowie neuere Ansätze der Milieuforschung als sozialtheoretische Basis dargelegt und auf die (erwachsenen-) pädagogische Praxis angewendet.“ (S. 7) Sozialisation und die individuelle Entwicklung sind ebenso Thema wie das informelle Lernen und dessen Einbettung in pädagogische und politische Diskurse. Der zweite Teil stellt prägende Sozialisationsinstanzen und -kontexte vor. Dabei wird bspw. auf informelles Lernen in Bildungseinrichtungen oder im Beruf eingegangen. Aber auch die Geschlechtersozialisation wird berücksichtigt. Teil 3 befasst sich mit soziostrukturellen und soziokulturellen Aspekten. Erstere beleuchten Einflüsse wie Übergänge im Lebenslauf als auch alters- und generationsbedingte Einflussfaktoren. Die Milieuforschung wird im Kontext der soziokulturellen Aspekte vorgestellt. Teil 4 arbeitet mit neun Thesen, welche verdichtete Aussagen der verschiedenen Forschungsbefunde und -aspekte zu Sozialisation und informellem Lernen zusammenfassen.

Zusammenfassend werden am Ende Forschungsbedarfe aufgezeigt und Folgen für die Erwachsenensozialisation und das informelle Lernen konstatiert. →

Bei dem vorliegenden Lehrbuch handelt es sich um ein sehr anschauliches und greifbares Werk, welches durch den Lehrbuchcharakter auch für Praktiker*innen geeignet ist. Bekannte und grundlegende Theorien bzw. Ansätze werden in ihrer Komplexität einfach erläutert. Bezüge zu diesen werden konstant in den jeweiligen Praxis- bzw. Transferkapiteln hergestellt. Das Werk liefert aktuelle Gesichtspunkte, welche für ein teilnehmerorientiertes Bildungsmanagement von Relevanz sind. Der milieuspezifische Ansatz ist in der erwachsenenpädagogischen Weiterbildungslandschaft recht bekannt; durch das Aufgreifen dieses Ansatzes wird seine Bedeutung und Praktikabilität bestätigt. Des Weiteren erweitert man sein Blickfeld, welche weiterführenden Aspekte für das Bildungsmanagement von Interesse und Relevanz sein können. So wird z. B. *Übergängen* (im Lebenslauf) eine Relevanz zu gesprochen, ein Bereich, dem die Erwachsenen- und Weiterbildung in der Praxis mehr Aufmerksamkeit schenken darf – insbesondere, wenn man den Übergang vom Berufs- in das Rentenleben in den Blick nimmt.

Elisabeth Mischur ist pädagogische Mitarbeiterin an einer Volkshochschule und dort für verschiedene Fachbereiche verantwortlich.

Eva von Redecker: *Revolution für das Leben*

Philosophie der neuen Protestformen



Frankfurt am Main 2020
S. Fischer Verlag, 320 Seiten

VON JOEL WARDENGA Häufig werden gesellschaftliche Missstände unserer Zeit – wie Rassismus, soziale Ungleichheit, Gewalt gegen Frauen und Umweltzerstörung – isoliert voneinander diskutiert. Eva von Redecker legt mit „Revolu-

tion für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen“ nun ein Werk vor, das in bester philosophischer Manier Zusammenhänge zwischen den unsere Welt bedrohenden politischen Herausforderungen aufzeigt, deren Geschichte erzählt und in einem stimmigen Gesamtbild vereint.

Dabei setzt sie auf erfrischende Weise bei den politischen Protestbewegungen der letzten Jahre an, in denen sie etwas genuin Neues ausmacht: Während frühere emanzipatorische Kämpfe vor allem die gleichberechtigte Teilhabe an bürgerlichen Rechten forderten, geht es den Klima-Rebell*innen von Fridays for Future und Extinction Rebellion, den Aktivist*innen der Black Lives Matter-Bewegung wie auch den neuen Frauen*-Bewegungen um den Schutz von Leben. Dieses Leben fassen die Aktivist*innen allerdings nicht mehr individualistisch auf. Denn gerade das Wissen um den notwendigen Zusammenhang von Leben, das kollektiver Pflege bedarf, wie auch der zunehmenden Zerstörung von Leben durch dessen Ausbeutung ist ihre gemeinsame Basis. Kurzum: Sie alle eint die Erfahrung, immer schlechter oder schon heute keine Luft mehr zu bekommen, und damit das Wissen um die ungleich verteilte Verletzlichkeit von Leben. Ein Wissen, für das die letzten Worte des von einem Polizisten ermordeten George Floyd „I can’t breathe“ zum schrecklichen Symbol geworden sind.

Das Buch geht daher an vielen Stellen unter die Haut. Schwer greifbares und auch schwer zu ertragendes vermag die Autorin dabei in sinnliche Bilder zu übersetzen und ihren Leser*innen nahezubringen. So bleibt es hängen, wenn sie globale Veränderungen wie die Freisetzung von CO₂ und Methan-Gasen in alltäglichen Erfahrungen zu fassen sucht und somit die Vorstellungskraft befeuert, darüber nachzudenken, was „die Klimaveränderung für das Leben auf der Erde bedeutet. (In einer dreieckigen Wasserlache stehend, mit Asche auf der Haut Sauerkrautgestank einatmen, während uns die Sonne durchs Gewächshausdach das Haupt versengt?)“ (S. 94)

Solche Bilder werden bei der Lektüre allerdings nicht zu bloßen Erschütterungen, sondern zum Ausgangspunkt für neue Perspektiven auf unsere Probleme. So wirft die Autorin nur selten gestellte Fragen auf – wie zum Beispiel die, was Eigentum bedeutet. Was verstehen wir heute eigentlich gesellschaftlich darunter, etwas zu besitzen? Wenn Unternehmen ganze Landstriche verwüsten und Ressourcen extrahieren, an wenige Einzelne den Profit verteilen und dann nicht für die Folgeschäden aufkommen müssen, dann macht auch hier die Antwort zunächst betroffen: Wir leben mit einer politisch verbrieften Eigentumsauf-

fassung, die das Recht zu missbrauchen beinhaltet, ein Recht, willkürlich über das Besessene zu verfügen und es auszubeuten.

Von der Vergegenwärtigung der so legitimierten Zerstörung und einer ungetrübten Perspektive auf deren Ursachen werden die Leser*innen dann aber stets auch zu konkreten Handlungsmöglichkeiten geleitet. Denn den weltzerstörenden Praktiken – wie eben beispielsweise der uneingeschränkten „Sachherrschaft“ über Natur und Arbeitskraft – stellt sie stets ein anderes, pflegendes Verhältnis zur Welt gegenüber. Diese Alternativen findet sie in den zeitgenössischen politischen Bewegungen, die die Möglichkeit einer Veränderung der Welt sichtbar machen. Diese Bewegungen überzeugen dadurch, dass ihr revolutionäres Ziel zugleich ihre Methode ist: Denn „eine Welt, in der wir pflegen, statt zu beherrschen, teilen, statt zu verwerten, regenerieren, statt zu erschöpfen, und retten, statt zu zerstören“ (S. 287) kann nur durch ein Handeln verwirklicht werden, das diese Grundsätze schon heute Wirklichkeit werden lässt.

Die politische Bildungsarbeit kann dieses Werk in vielerlei Hinsicht bereichern. Politisches Handeln und politische Identitäten können nur durch Erzählungen nachhaltig begründet werden, die auf die Frage nach dem großen Ganzen Antworten zu geben vermögen, auf das uns die einzelnen Ereignisse stets verweisen. Die „Philosophie der neuen Protestformen“ bietet hierfür zahlreiche Inspirationen anhand ganz aktueller Ereignisse. Zudem ist das Werk eine Herausforderung, sich auf kreative und radikale Weise mit großen Fragen auseinanderzusetzen. Die Einladung zu einer „Revolution für das Leben“ fordert zudem durch ihre Überzeugung heraus, dass ein wahrhaft politisches Denken nur dann möglich ist, wenn „Sorge und Solidarität den Umweg über die Dinge der Welt nehmen. Man bejaht sich nicht nur wechselseitig und in seinem menschlichen Wesen, man bejaht sich als Teil einer Welt.“ (S. 276) Konkret stellt es der politischen Bildung damit die Aufgabe, mit jungen Menschen die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Themen politischer Bildung zu ergründen, und so das geteilte Interesse an einer gemeinsamen Welt als Grundlage politischen Handelns in den Blick zu bekommen.

Joel Wardenga ist freischaffender Philosoph und Referent für politische Bildung. Sein Fokus liegt auf der Sensibilisierung für Diskriminierungsformen und dem Nachdenken darüber, was Pluralismus und Demokratie konkret bedeuten.

Martin Endreß / Sylke Nissen / Georg Vobruba: Aktualität der Demokratie

Strukturprobleme und Perspektiven



Weinheim 2020
BELTZ Juventa, 155 Seiten

VON STEPHANIE BÖHM Wer kennt sie nicht, die Ausrufe „Demokratie in der Krise“ bis hin zum Propagieren des Endes der Demokratie. Und zweifelsohne gibt es viele Entwicklungen, die Sorge bereiten und Anlässe bieten, über die aktuelle Verfasstheit unserer Demokratie sowie ihre grundsätzliche Verfasstheit nachzudenken. In der politischen Bildungsarbeit stellen sich diese Fragen allemal: zum einen, weil sie von Teilnehmenden in Diskurse eingebracht werden, zum anderen, weil es die genuine Aufgabe politischer Bildung ist, das Demokratieverständnis der Bürger*innen zu fördern.

In dem 155-seitigen Band, basierend auf einem Workshop, werden interessante Beiträge vereint, die zum Nachdenken anregen und fundierte Antworten geben, wie die Eingangsfragen analytisch beantwortet werden können und welche Folgerungen sich daraus ergeben. Dabei ist es den Autor*innen wichtig, bereits im Vorwort Position zu beziehen: „Es geht uns nicht um Entwarnung, sondern darum, die demokratiepolitische Aufmerksamkeit auf das Wesentliche zu richten: Demokratie ist kein Besitzstand, dessen man sich ein für alle Mal sicher sein kann.“ (S. 9)

Im ersten Teil des Bandes geht Martin Endreß dem historischen Vergleichspunkt „Weimar“ nach. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass die vielfach bemühten historischen Vergleiche überzeichnen. Vielmehr können soziologische Perspektiven helfen, strukturelle Schwächen der Gegenwart durch den Vergleich mit „Weimar“ zu erkennen. Das Dauerthema „Krise der Demokratie“ ist dann nicht mehr als „Krise“ anzusehen, sondern als „Routine“ der Demokratie: Dies ist ein Plädoyer für Pluralität und Ambiguität →

im Unterschied zur Propagierung von Einheit und Eindeutigkeit. Strukturell sei Demokratie auf Meinungsvielfalt angewiesen, sowie auf öffentliche Konfliktaustragung und eine effektive, immer wieder neu zu justierende Gleichheit der Bürger*innen. Demokratie ist demnach als ein „unvollendbares Projekt“, als „unabschließbarer Prozess“ zu begreifen. Nicht Apathie, nicht Alarmismus, sondern Aktivität – so das Plädoyer des ersten Teils (S. 52).

Der Frage, wie sich dies realisieren lässt, geht Sylke Nissen in Teil 2 nach: „Zur Ambivalenz von Bürgerbeteiligung“. Wie der Titel verrät, werden nicht nur Vorzüge aufgezeigt, sondern auch negative Konsequenzen. Angefangen mit der inhaltlichen Entwicklung dessen, was mit Begrifflichkeiten wie konventionelle und unkonventionelle Bürgerbeteiligung und Partizipation im historischen Kontext seit den 70er Jahren gemeint ist, dem Rückgang der Wahlbeteiligung und Parteizugehörigkeit, werden die Schattenseiten neuerer politischer Partizipationsformen (Instrumentalisierung, Selektivität) benannt und Erfolgsvoraussetzungen aufgelistet. Doch selbst bei Berücksichtigung von Gelingensbedingungen (Offenheit, Fairness und Transparenz) bleibt die Frage schwer zu überprüfen: „Werden die Anliegen der (Selbst-)Exkludierten von den Partizipierenden mitverfolgt oder mitberücksichtigt werden?“ (S. 94) So kommt die Autorin zu dem Schluss: „Es bleibt dabei, dass das demokratische System positive Rechte gewährt, aber nicht für alle Bürger die Voraussetzungen schafft, diese zu nutzen.“ (S. 95) Und daher sieht sie in allgemeinen, unmittelbaren, freien gleichen und geheimen Wahlen weiterhin das zentrale Element für politische Beteiligung.

In Teil 3 des Bandes geht Georg Vobruba dem „Einfachdenken in der komplexen Gesellschaft“ nach: das Volk, die repräsentative Demokratie und der Populismus. Dabei erläutert Vobruba zunächst die grundsätzliche Tendenz zur Komplexitätssteigerung der Gesellschaft im historischen Kontext, vorangetrieben durch das ökonomische System, und im Kontrast dazu das Kausalitätsschema im Alltagsdenken, welches als „Einfachdenken“ (S. 106) bezeichnet wird, und zeigt dessen Spannungsverhältnis auf. Genau hieraus zieht populistische Politik ihre Anziehungskraft. Da Politik im Kern am ökonomischen Erfolg gemessen wird, entstehen dann Legitimationsprobleme, wenn Verteilungskonflikte nicht mehr durch ein gemeinsames Wir-Gefühl kompensiert werden können. Somit kommt der Bedeutung der Begriffe „Volk“ (Einheit, aber nicht Einheit Gleicher) und „Gemeinschaft“ (Gesellschaft konfliktfrei denken) unter populistischen Ordnungsvorstellungen eine zentrale Rolle zu. Der Autor folgert: „Demokratische Repräsen-

tation und Gewaltenteilung sind vor Einfachdenken nur schwach geschützt.“ Doch was bedeutet es für die Zukunft des Populismus, wenn die Gesellschaft einfacher werden muss (so das Versprechen), aber das ökonomische Leistungsniveau nicht sinken darf, der Druck auf populistische Politik also wächst? „Das Programm, die Gesellschaft zu vereinfachen, ist unrealisierbar, aber nicht wirkungslos“, so der Autor, und er endet mit dem ernüchternden Satz: „Populismus hat die Tendenz, sich unter Druck gegen die Demokratie zu wenden.“ (S. 151)

Stephanie Böhm, Leiterin der Akademie Frankenwarte in Würzburg www.frankenwarte.de, geboren 1968, gelernte Dipl.-Volkswirtin und seit 1993 in der politischen Erwachsenenbildung tätig.

Manfred Faßler: Partizipation ohne Demokratie

Über die Folgen der Netz- und Geopolitik von Facebook, Google, Amazon & Co.



Paderborn 2020
Wilhelm Fink Verlag, 269 Seiten

VON CHRISTIAN JOHANN „Monopoly is the condition of every successful business.“ So gewährt der in Deutschland geborene Investor und Milliardär Peter Thiel einen Blick hinter die Kulissen des Silicon Valley. Mit seinem Zitat sprach er auch die langfristigen Ziele eines der Unternehmen an, in die er als erstes investiert hatte und das zu einer Chiffre für die Herausforderungen geworden ist, welche die Demokratie durch die sozialen Medien erfährt: Facebook. Und obwohl Monopole und immer auch die Furcht vor ihnen tausende Jahre älter sind als das Internet, gelten auch hier

die Marktdynamiken, die wir aus der wirklichen Welt kennen. Doch während in der wirklichen Welt Gesetze und Regeln dem Markt Grenzen setzen, sieht das im Virtuellen oft noch ganz anders aus.

Quasi unreguliert haben sich seit Aufkommen des Internets einige Monopole und neun Quasi-Monopolisten im Cyberspace etabliert – dies gelang schon allein deswegen, weil das Internet in den Gesetzestexten der Vor-Internetzeit nicht vorgesehen und nicht vorhersehbar war. In das Spannungsfeld zwischen geringem Regulationsgrad des Internets, dem wirtschaftlichen Phänomen der Plattformökonomie und der Demokratie begibt sich Manfred Faßler in „Partizipation ohne Demokratie“.

Faßler nähert sich der Frage, ob Online-Plattformen für Entscheidungen zu Wohl oder Wehe des Einzelnen mit demokratischem Verständnis überhaupt vereinbar sind – ja, ob sie nicht die Existenz von demokratischen staatlichen Strukturen in toto gefährden. Zentraler Leitgedanke ist die Fragestellung, dass es Sinn einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist, partikuläre Regeln, Privilegien und Monopole durch generelle Regulierungsmechanismen zu ersetzen und damit immerhin die Basis für eine Gleichbehandlung vor dem Gesetz herzustellen. Faßler bahnt damit Fragen den Weg, welche die politische Bildung in den kommenden Jahren beschäftigen werden: Welche Rolle spielen Datenkapital und Datenmonopol für die Wissensgesellschaft? Was macht eine Userin, was einen User im Vergleich zur Bürgerin und dem Bürger aus? Hier liegt einer der für die politische Bildung zentralen, wenn auch nicht immer ganz klar herausgearbeiteten Fragen des Werkes.

Faßler zeigt, dass das an technischen Belangen orientierte Internet an Staaten, Staat und Staatsformen vorbeiwuchs. Dies aber entzog auch die Einzelnen dem Schutz des Staates: Geschäftsbeziehungen zwischen User*in und Geschäftspartner*in regulierten fortan kommerziell orientierte und an privatwirtschaftlichen Interessen ausgerichtete AGB. Fern von staatlichen Zwängen beschert das der „anderen Seite“ durch Beobachtungs- und Kontrollmechanismen erhebliche Vorteile.

Die Demokratie hingegen sieht Faßler als Problemkind: auf philosophischer und auch auf praktischer Ebene. Er stellt nicht nur die Frage, ob und wie eine „Entdemokratisierung“ aufgehalten werden kann, wenn echte Debatten in der Gesellschaft nicht mehr stattfinden, sondern jeder innerhalb von Millisekunden Antworten der zuständigen Stellen erwartet. Faßler denkt auch über das Unmögliche nach: Wie Digitalgiganten demokratisiert werden könnten, wie Staaten oder bürgerschaftlich organisierte User*innen

privatwirtschaftlich orientierte Entscheidungsstrukturen von Monopolisten kapern, umbauen und übernehmen könnten. Nur so könne den „technologischen Volksrepubliken“ (S. 161) Google, Amazon oder Facebook etwas entgegengesetzt werden.

Immer wieder stößt „Partizipation ohne Demokratie“ in Dimensionen vor, die furchteinflößend sind und auf welche die Demokratien der Welt in den kommenden Jahren Antworten erst noch finden müssen. Wie gern hätte man sich mit Faßler über sein Werk unterhalten und gestritten – ganz im Sinne seiner Beobachtung vom flüssigen Aggregatzustand der Demokratie, deren Existenz nun einmal von der Erneuerung, dem Unerwarteten und der Debatte lebe. Dies ist leider nicht mehr möglich. Faßler verstarb überraschend im April 2021. Seine auch in „Partizipation ohne Demokratie“ aufgeworfenen Fragen und vorgeschlagenen Routen leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur andauernden weiteren Befassung mit und der Beobachtung von den Herausforderungen für die Demokratie durch das Virtuelle.

Dr. Christian Johann ist Direktor der Europäischen Akademie Berlin. Schwerpunkt seiner Arbeit in der politischen Bildung zu den Themen Europas liegt in der Verknüpfung lokaler und gesellschaftlicher Herausforderungen mit globalen Entwicklungen.

AdB Aktuell

Basis für künftige Zusammenarbeit der Standorte gelegt

Erstes Vernetzungstreffen der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente in Weimar



Eine Basis für die Zusammenarbeit schaffen Foto: AdB

Vom 17. bis 18. August 2021 hat in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) das erste Vernetzungstreffen der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente stattgefunden. Das zentrale Anliegen der Akademie ist, Kinder- und Jugendparlamente in den Kommunen durch bedarfsgerechte Angebote zu qualifizieren und damit zu stärken. Dazu wird in allen Bundesländern ein fester Standort etabliert, von dem aus die Qualifizierungsangebote umgesetzt werden. Das erste Vernetzungstreffen diente dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Austausch über die Vorhaben der jeweiligen Akademiestandorte.

Unter den insgesamt 26 Anwesenden war neben den Vertreter*innen der Akademiestandorte und des Teams der Koordinierungsstelle auch die Geschäftsführerin des Projektträgers Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), Ina Bielenberg. Sie begrüßte die Runde und brachte ihre Freude über die rege Beteiligung am Ausschreibungsverfahren und die künftige Zusammenarbeit zum Ausdruck. Als Vertreterin des Deutschen Kinderhilfswerkes (DKHW) stellte Lisa Fischer die Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ vor, in deren Rahmen die Akademie Qualifizierungsangebote zur Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten anbieten wird. Der eben-

falls zur Initiative gehörende Jugendbeirat wurde von dessen Mitgliedern Annika Adelman und Miguel Góngora selbst vorgestellt, die zugleich Ideen und Anregungen für die künftigen Akademieangebote formulierten. Zu Gast waren außerdem Juliane Kunst und Till Kopietz von der Servicestelle Mitbestimmung im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, die erst vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen haben. Sie nutzten die Gelegenheit, um in der EJBW Kontakte zum künftigen Akademiestandort in Thüringen und zum Thüringer Dachverband zu knüpfen, der durch Vincent Sipeer ebenfalls vor Ort vertreten war.

In einer Online-Schleife stellte Prof. Dr. Roland Roth, der gemeinsam mit Prof. Dr. Waldemar Stange die Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ wissenschaftlich begleitet, die Ergebnisse der in diesem Rahmen durchgeführten Studie (www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion-Kinderrechte/3_Beteiligung/3.0_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente/Broschue_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente.pdf) vor. Die daraus abgeleiteten Qualitätsmerkmale starker Kinder- und Jugendparlamente wurden mit der Runde geteilt und diskutiert. Bezugnehmend auf die formulierten Qualitätsmerkmale ging es anschließend in die konkrete Arbeitsplanung der Angebote an den Akademiestandorten. Es entwickelte sich ein lebhafter Austausch über die zahlreichen spannenden Ideen zur Umsetzung des Vorhabens, Kinder- und Jugendparlamente durch Qualifizierung zu stärken. Beeindruckend war, mit welchem Erfahrungsschatz und Elan sich die ausgewählten Standorte dieser Aufgabe widmen.

Mit dem ersten Vernetzungstreffen konnte somit eine tragfähige Basis für die künftige Zusammenarbeit im Rahmen der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente geschaffen werden, die beim nächsten Vernetzungstreffen vom 26. bis 27. Oktober 2021 in Berlin weiter gefestigt werden kann.

Respekt Coaches und politische Bildung

GEMINI Online Info-Lounge: Politische Jugendbildung



Foto: AdB

Was ist eigentlich politische Jugendbildung, was macht sie und wie passt sie zur Arbeit der Respekt Coaches? Zu diesen Fragen hat die GEMINI – die Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap zu einer ONLINE INFO-LOUNGE: POLITISCHE JUGENDBILDUNG eingeladen. Ziel war es, ein interaktives Informations- und Dialogformat umzusetzen, um sich als mögliche Kooperationspartner*innen für die Arbeit mit Schulen kennenzulernen.

Beide Online-Veranstaltungen am 7. und 8. September 2021 waren sehr gut besucht. Respekt Coaches und Mitarbeitende der Trägerorganisationen tauschten sich darin über Vorerfahrungen und Erwartungen an die politische Bildung sowie geschichtliche Hintergründe, Ansätze und Professionsverständnis der politischen Bildung aus. Im zweiten Schritt ging es um Strukturen des Bundesvorhabens, Rahmenbedingungen und Kooperationsmöglichkeiten für Respekt Coaches und politische Bildung.

In Kleingruppen entwickelten die Teilnehmenden erste Ideen und Konzepte für Gruppenangebote, welche im Anschluss zur Bereicherung und gegenseitigen Inspiration vorgestellt wurden.

Die Veranstaltung wurde von fünf bundesweiten Trägern der politischen Jugendbildung initiiert, die mit eigenen Projekten die Arbeit im Programm JMD Respekt Coaches begleiten und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert werden.

Dazu zählen die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB) mit dem Projekt „Religionssensible politische Bildungsarbeit“, der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) mit politischbilden.de, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben DGB/VHS e. V. (Arbeit und Leben) mit dem Projekt „Jugend und Religion“, der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) mit dem Projekt Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) mit dem Projekt „Alles Glaubenssache? Prävention und politische Bildung in einer Gesellschaft der Diversität“.

In der offenen Austauschrunde im Anschluss an die Veranstaltung bestand darüber hinaus die Möglichkeit, mit Vertreter*innen der einzelnen Projekte in Breakout-Räumen zu sprechen und sich weiter informieren zu lassen.

Das Format wurde von allen Beteiligten sehr positiv aufgenommen und soll im kommenden Jahr erneut angeboten werden.

Eine Sommerakademie für Berufseinsteiger in die politische Jugendbildung

Thema Rassismus und Kolonialismus im Fokus



Eine Sommerakademie unter besonderen Bedingungen Foto: Edward Mulenga

Über 70 Studierende aus Weimar, Thüringen, und 13 anderen Bundesländern sind vom 16. bis 21. August 2021 zur „Sommerakademie Politische Jugendbildung“ der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) angereist. Die Sommerakademie wird jährlich in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. angeboten und von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert.

Die Sommerakademie hat zum Ziel, Studierende für einen Berufsweg in der politischen Bildung zu begeistern und ihnen dafür Grundlagen zu vermitteln. Die Teilnehmenden erfahren, welche Ausbildung und Kompetenzen sie für den Berufseinstieg z. B. an einer Bildungsstätte mitbringen müssen, welche Qualitätsstandards in der Profession gelten, wie sie ein pädagogisches Konzept entwickeln und wie sie Stimme und Körper in der Seminarleitung effektiv einsetzen können.

In einem Einstiegsvortrag führte Finn Sörje (AdB) in die historische Entwicklung, Strukturen und Themen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland ein. Auch wenn Ziele und Aufgaben der politischen Bildung im Feld nie unumstritten waren, ist man sich doch weitgehend darin einig, dass ihr ein weiter Politikbegriff zugrunde liegt. Dieser bezieht sich auf gesamtgesellschaftliche Aushandlungsprozesse (und nicht nur auf staatliches Handeln) und will Menschen zu politischem Engagement und Teilhabe an gesellschaftlichen

Strukturen und Prozessen befähigen. Um in diesem Sinne gleichberechtigte Teilhabe zu fördern, richtet sich politische Bildung an alle in der Gesellschaft lebenden Menschen und bietet vielfältige Zugänge und Formate sowie zeitgemäße Themen an.

In diesem Jahr hat sich die Sommerakademie mit den Schwerpunktthemen Rassismus und Kolonialismus auseinandergesetzt. Dazu wurde die Ausstellung des „Netzwerk Anti-Rassismus Weimar“ gezeigt, die zuvor in der Stadt mehrfach zerstört worden war. Außerdem fand eine Stadterkundung unter dem Titel „Koloniales Erbe Weimar“ statt. Sie suchte kolonialhistorisch geprägte Orte in Weimar auf. Die Stadterkundung wurde von Denise Lee, Studentin an der Bauhaus Universität Weimar, für die Bildungsarbeit didaktisiert und wird in Kürze auf der Webseite der EJBW zur Verfügung stehen.

Auch ein Besuch in der Gedenkstätte Buchenwald gehörte mit zum Programm. Die Exkursion wurde mit den Teilnehmenden zuvor inhaltlich vorbereitet und anschließend aus verschiedenen Perspektiven reflektiert.

Die zweite Wochenhälfte widmete sich dann der Auseinandersetzung mit Fragen der eigenen Haltung, der Erarbeitung eigener Konzepte sowie in verschiedenen Workshops dem Handwerkzeug (Moderation, Körpersprache etc.) für die Umsetzung von Angeboten der politischen Bildung.

Als Abschluss der Sommerakademie hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, mit Personen aus unterschiedlichen Bereichen der politischen Bildung und unterschiedlichen Organisationen über ihre Werdegänge, Berufseinstiegsmöglichkeiten und gefragte Kompetenzen ins Gespräch zu kommen. Hier stellte u. a. Rebecca Arbeiter, zu diesem Zeitpunkt noch Leiterin des AdB-Projektes „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“, ihre Arbeit vor. Auch Kolleg*innen der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und festangestellte sowie freie Bildungsreferent*innen standen den Teilnehmenden Rede und Antwort.

Social Media Community Management für Bildungsstätten und Bildungswerke

Eine Fortbildung für das AdB-Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit



Die Teilnehmer*innen der Fortbildung Foto: AdB

Was ist eine gute Social-Media-Strategie für Einrichtungen der politischen Bildung und wie sieht ein passendes Community Management aus? Welche Ziele werden damit verfolgt und was sind die relevanten Zielgruppen? Dies sind einige der Fragen, die in der Fortbildung „Social Media Community Management für Bildungsstätten und Bildungswerke“ aufgegriffen wurden, die vom 13. bis 15. September 2021 in Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V. in Bovenden-Eddigehausen bei Göttingen stattfand.

Diese Fortbildung war bereits die siebente Veranstaltung einer Reihe, die der AdB für die Kolleg*innen ins Leben gerufen hat, die in den AdB-Mitgliedseinrichtungen für die Öffentlichkeitsarbeit und/oder für die Social-Media-Kanäle zuständig sind.

Für diese Fortbildung konnte Tamara Vogel (<https://tamaravogel.com>), Politikwissenschaftlerin und Journalistin, gewonnen werden. Sie arbeitet als Social-Media-Redakteurin bei WELT und war zuvor in der Social-Media-Redaktion des Handelsblatts tätig. Ihre beson-

dere Expertise liegt in der Entwicklung von Inhalten für verschiedene Social-Media-Kanäle, in der Erstellung von Foto- und Videoinhalten sowie Grafiken für die sozialen Medien. Damit war sie die ideale Referentin. Ihr gelang es, die unterschiedlichen Wissensstände und Erfahrungen der Teilnehmer*innen einzubinden und alle in einen fruchtbaren Austausch zu bringen.

Themenschwerpunkte waren u. a. die unterschiedlichen Social-Media-Kanäle und ihre Funktionsweisen, die Themenfindung und Content-Planung, das Monitoring und die Erfolgsmessung. Die Erarbeitung einer Social-Media-Strategie stand dabei im Zentrum: Wie kann die Einrichtung sich am besten präsentieren und kommunizieren? Was sind die Ziele? Die Analyse der Organisation sowie der aktuellen Trends sind dabei besonders wichtig. Zudem wurden rechtliche Fragen und der Umgang mit Hatespeech thematisiert. Immer wieder ging es um ganz konkrete Umsetzungsmöglichkeiten, die in kreativen Gruppenphasen konkret ausprobiert werden konnten (z. B. Erarbeitung von Postings und Beiträgen).

Die Schwerpunktsetzung innerhalb der Themen konnte – dank einer vorab durchgeführten Befragung – an den Wünschen der Teilnehmenden, den bisherigen Erfahrungen, dem Nutzerverhalten und den Interessen ausgerichtet werden.

Neben den inhaltlichen und methodischen Impulsen ist es immer auch Ziel der Fortbildung, einen Rahmen für den kollegialen Austausch und die Vernetzung zu schaffen. Dieser Rahmen war durch das gastfreundliche Tagungshaus, das hervorragende Essen und das schöne Wetter in besonderer Weise gegeben.

Politische Jugendbildung und Digitalisierung

Eine Session im Rahmen des 3. Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit



Foto: 3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit 2021

Digitale politische (Jugend)Bildung ist notwendig, um angesichts aktueller Anforderungen einer von Digitalisierung geprägten Gesellschaft selbstbestimmt und verantwortungsvoll handeln zu können und gesellschaftliche Entwicklungen mitzugestalten. Dabei spielen Ansätze des Peer-to-Peer Learning und Game-based Learning eine wichtige Rolle, denn durch diese Angebote setzen sich Jugendliche spielbasiert und erfahrungsorientiert mit Themen der politischen Bildung und (gleichzeitig) auch mit den genutzten Medien auseinander.

Gemeinsam mit dem JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) wurden diese Themen im Rahmen des 3. Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit am 20. September 2021 in einer Session diskutiert. Denn Digitalisierung hat uns in den vergangenen Monaten in allen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Was haben wir gelernt und woran müssen wir weiterarbeiten? Wie können wir Digitalisierung zum Thema machen? Welche spannenden Konzepte sind in der Pandemie neu entstanden? Welche Rolle spielt dabei die Auseinandersetzung mit Werten? Mit welchen Dilemmata sehen wir uns konfrontiert? Wie können wir in der Praxis damit umgehen?

Es gibt keinen Königsweg, aber wir können den Herausforderungen auf drei Ebenen begegnen: Bildung für die Digitalisierung (Mitgestaltung der digitalen Transformation in der Gesellschaft), Bildung über Digitalisierung (soziale, kulturelle, wirtschaftliche Auswirkungen der Digitalisierung in der Gesellschaft) und Bildung durch Digitalisierung (digitale Lern(t)räume, digitale Werkzeuge und Dienstleistungen).

Angeregter Fachdiskurs und inspirierende Methoden

Methodenwerkstatt „Politische Bildung mit Kindern I: Partizipative Herangehensweisen im Fokus“



Methodenwerkstatt – Teilnehmer*innen in Aktion Foto: AdB

Wie gestalten wir politische Bildung mit Kindern partizipativ? „Indem pädagogische Fachkräfte demokratische Strukturen klären und in ihrem Handeln so umsetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen demokratisch handeln können.“ – So fasste es Prof. Dr. Raingard Knauer zusammen und gab einleitend einen Überblick über Grundlagen, Strukturen und Methoden für die demokratische Partizipation von Kindern in der (außerschulischen) politischen Bildung.

Was das für die eigene Arbeit vor Ort konkret bedeutet, welche grundsätzliche Haltung und Rahmenbedingungen, aber auch welche Methoden und praktischen Kniffe dafür hilfreich sind, war der rote Faden für den angeregten Austausch im Rahmen der „Methodenwerkstatt politische Bildung mit Kindern I: Partizipative Herangehensweisen im Fokus“, die am 9. und 10. September 2021 im Rahmen

des Modellprojekts „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ stattfand.

Aleksandra Ola Bielesza (Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung), Kristina Quandt und Luca Dessombes (Modellprojekt „Hortdialoge & Beteiligung“, Soziale Bildung e. V.) stellten konkrete Methoden für die Erhebung von Kinderperspektiven vor, gaben Einblicke in ihre Erfahrungen und Arbeitsweisen und stießen damit einen engagierten Austausch an. Nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch wurden Methoden gemeinsam erfahren, diskutiert und weitergedacht.

Neben inhaltlichen und methodischen Impulsen bot die Methodenwerkstatt Raum für den fachlichen Austausch der Teilnehmer*innen. Das Haus Neuland in Bielefeld schaffte als Tagungsort den perfekten Rahmen für eine Präsenztagung mit sowohl hybriden Inputs, als auch interaktiven Workshop-Methoden vor Ort und dem kollegialen Austausch am Abend. So konnten die Teilnehmer*innen aus verschiedenen Kontexten der außerschulischen politischen Bildung viele Anregungen und neue Kontakte für die partizipative Gestaltung politischer Bildungsangebote für Kinder mitnehmen.

Eine Dokumentation der Methodenwerkstatt steht auf der Projektwebsite <https://demokratie-profis.adb.de> des Modellprojekts „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ zur Verfügung.

Internationale Begegnungsarbeit im Fokus sich stark verändernder Rahmenbedingungen

Tagung der AdB-Fachkommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit



Foto: AdB

Vom 22. bis 24. September 2021 tagte die AdB-Fachkommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit im Centre Français de Berlin. Schwerpunkt war die internationale Begegnungsarbeit vor dem Hintergrund fundamentaler Veränderungsprozesse in Deutschland und den Partnerländern innerhalb und außerhalb Europas. Zu nennen sind hier Entwicklungen wie Shrinking Civic Spaces, die Beeinflussung und Behinderung von NGO-Arbeit, aber auch politische Maßregelung, Gängelung bis hin zur Verfolgung von Bildungs- und Jugendorganisationen und den im Feld Aktiven in Russland, der Türkei und – ganz prominent – in Belarus.

Partner aus Belarus und aus Russland berichteten aus erster Hand über ihre aktuelle Situation und die verschärften Maßnahmen (Einschränkung, Schließungen, Verfolgung, Verhaftung und Folter mit Todesfolgen) gegenüber zivilgesellschaftlichen Jugend- und Bildungsorganisationen. Im Falle Russlands wurde die perfide Strategie der Kriminalisierung von Organisationen und Akteuren im Rahmen der Foreign Agents Laws und der Anti-Extremismus-Gesetze im Zusammenhang mit Auslandskontakten erörtert. Im Falle Weißrusslands berichtete eine aus dem Umfeld einer früheren AdB-Kooperation aktive NGO über die aktuell stattfindenden Verfolgungen von Aktivist*innen. Die Lage-schilderungen und die Berichte aus erster Hand sind emotional sehr schwer zu ertragen und verlangten der Gruppe einiges ab. Die Kommissionsmitglieder stellten sich vielfach die Frage, welche Konsequenzen das Arbeitsfeld der politischen Bildung und gerade auch der Verband zu verantworten bereit ist und welche Schritte konkret angegangen

werden sollten. Es bildete sich hierzu eine Arbeitsgruppe, die konkrete Vorschläge ausarbeiten wird.

In einer zweiten Perspektive erörterte die Kommission die Frage, wie sich internationale Begegnungsarbeit positionieren könnte, indem sie bspw. die politischen Rahmungen von Begegnungsarbeit hinterfragt, neu setzt und ausrichtet. Es muss dabei bedacht werden, dass auch der Diskurs politischer Bildung in Deutschland sich in mehreren Dimensionen wandelt (bspw. in Hinblick auf politische Aktion, Neutralität, Rassismuskritik und Diversität in der politischen Bildung) und neu ausrichtet. Politische Bildner*innen müssen im internationalen Kontext teilweise lernen, zwischen komplett gegenläufigen politischen Zielsetzungen und Vorstellungshorizonten in den Partnerländern zu agieren. – Willkommen in der Polarisation.

Worauf also den Fokus legen? Inhaltliche Schärfung und gleichzeitig an konkreten Bedarfen und Möglichkeiten der Partner orientierte Ausdifferenzierung der Programme und Kooperationen weltweit? Mit dem Deutsch-Griechischen Jugendwerk, dem neu gegründeten Deutsch-Afrikanischen Jugendwerk sowie den konkreten politischen Schritten zum Aufbau eines Deutsch-US-Amerikanischen Jugendwerks weitet sich aktuell die Welt der Möglichkeiten trotz Pandemie stark aus.

Der AdB ist mit mehreren Begegnungsschwerpunkten und Austauschprogrammen inhaltlich stark positioniert und involviert. Diese fachlich (durch Mobilitätsprogramme, Fokussierungen, Hospitationen) auszugestalten und gleichzeitig mit der Verantwortung einer in einem vergleichsweise sicheren Hafen stehenden Trägerstruktur zu navigieren, wird verstärkt zur Herausforderung und muss in der Kommission aber auch im Verband intensiv diskutiert und begleitet werden. Die Kommission hat versucht, dazu abschließend in einem Open Space-Format zu arbeiten um das Erörterte und Vertiefte auch in den Kontext eigener Praxis und Anliegen der Kommissionsmitglieder zu setzen.

Spaziert sind wir auch: Im Wedding konnten wir mit Christoph Kopp von Berlin Postkolonial e.V. eine Führung durch das Afrikanische Viertel im Wedding unternehmen und auf diese Weise als Kommission Verbindungen zum AdB-Jahresthema 2021 „Was weiss ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung“ herstellen.

Rassismus und rassismuskritische Bildungsarbeit im Blick

AdB-Fachkommission Erwachsenenbildung tagt in Magdeburg



Professorin Dr. Maisha Auma während ihres Vortrags Foto: AdB

Vertreter*innen der AdB-Mitgliedseinrichtungen, die überwiegend in der Erwachsenenbildung tätig sind, trafen sich vom 22. bis 24. September 2021 in der AdB-Fachkommission Erwachsenenbildung im Tagungshaus der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg (EJBM)/Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH. Ein zentraler Schwerpunkt der Sitzung waren die Themen Rassismus und rassismuskritische Bildungsarbeit.

Die Kommissionsmitglieder begrüßten es sehr, dass ein physisches Treffen möglich war – gerade bei diesem Themenschwerpunkt war das besonders wichtig, um ein offenes Gespräch zu ermöglichen und miteinander in den Austausch zu kommen.

Das Programm startete mit einer Vorstellung des Tagungsortes durch die dortige Leitung. Das ist ein wichtiger Aspekt der Treffen, ist es doch ein Anliegen, unterschiedliche Mitgliedseinrichtungen des AdB kennenzulernen.

Lea Jaenicke, Mitarbeiterin in der AdB-Geschäftsstelle, wurde per Video zugeschaltet, um die digitale Plattform politischbilden.de vorzustellen. Zentrale Frage war, wie die Erwachsenenbildung dort sichtbar werden kann und in welcher Form die Kommissionsmitglieder diesen Pool an interessanten Texten nutzen und durch eigene Expertise erweitern können.

Der Themenschwerpunkt für dieses Treffen, „Rassismus und rassismuskritische Bildungsarbeit“, wurde aus unterschiedlichen Gründen gesetzt: Die Kommission hatte sich bei ihrer konstituierenden Sitzung darauf verständigt, das Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung

stärken“ in besonderer Weise zu begleiten und sich intensiv mit den damit verbundenen Themen auseinanderzusetzen. Die Kommissionsmitglieder sahen Bedarfe für Fortbildungen, Begriffsklärungen und das Kennenlernen guter Praxis. Dass bei der Auseinandersetzung mit diesen Themen unterschiedliche Perspektiven und Positionen sichtbar und diskutierbar gemacht werden sollen, war ein Ziel. Positionspapiere von Kommissionsmitgliedern zeigten, dass es Anlässe für kontroverse Diskussionen, viele Fragen, Unsicherheiten sowie Klärungsbedarfe gibt. Die Beschäftigung mit dem Thema ist, so wird immer wieder deutlich, nur in einem längerfristigen Prozess möglich. So müssen auch diese Sitzung und die dort angestoßenen Gespräche als Schritte auf dem Weg verstanden werden.

Neben der Beschäftigung mit den Inhalten ging es ebenso um die Frage, wie die Zusammenarbeit in der Kommission gelingt. Daher war es gut, dass sich die Kommissionsmitglieder nach einem Input zum Thema „Deutsche Kolonialgeschichte mit Blick auf Anti-Schwarzen Rassismus“ durch Dr. Maisha Auma, Professorin für Kindheit und Differenz an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Gastprofessorin für Intersectional Diversity Studies, Diversity and Gender Equality an der TU Berlin, Zeit nahmen, um ein Zwischenfazit zu ziehen und einzelne Fragen und Aspekte aufzugreifen, die in der Gruppe sichtbar wurden. Eine moderierte Diskussion, unterstützt durch Katja Kinder, Geschäftsführerin der RAA Berlin, und Miriam Siré Camara, Geschäftsführerin von *akoma coaching & consulting*, eröffnete einen Reflexionsraum, der einen offenen Austausch über Themen, Meinungen, Befürchtungen, unterschiedliche Perspektiven und Positionen ermöglichen sollte. Durch Positionierungsübungen wurden unterschiedliche Positionen sichtbar und Sprechkanäle geschaffen. Die Bearbeitung eines Fallbeispiels sollte helfen, mit konkreten Situationen und Konflikten konstruktiv umzugehen.

Der dritte Tag eröffnete vor allem den Raum für die Planung der verbleibenden Kommissionsarbeit, der Kommunikation während und zwischen den Sitzungen. Es wurden die Themen gesammelt, die die Mitglieder in dieser Legislatur noch diskutieren und bearbeiten möchten.

Zwischen Rechtsgrundlage und Realität

Kommission Verwaltung und Finanzen tauscht sich zu mobilem Arbeiten und Homeoffice aus



Das Europahaus Aurich Foto: AdB

Die AdB Fachkommission Verwaltung und Finanzen tagte am 21. und 22. September 2021 im Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V. Achtzehn Mitglieder der Kommission tauschten sich zum Schwerpunkt „Mobiles Arbeiten und Homeoffice“ aus. Darüber hinaus wurde über die interne und externe Umsetzung der Hygienerichtlinien in den Einrichtungen gesprochen und die Themen der Sitzungen für das kommende Jahr festgelegt.

Auch die erste Präsenzsitzung der Fachkommission Verwaltung und Finanzen seit eineinhalb Jahren stand im Zeichen der Pandemie. Im Austausch zur externen Kommunikation sowie internen und externen Durchsetzung der jeweils gültigen Hygienerichtlinien wurde deutlich, dass die Erfahrungen der Einrichtungen unterschiedlich sind. Bei Zweifeln für die Festlegung der Hausregeln, kann in der Regel auf das Landesrecht zurückgegriffen werden.

Daraus ergeben sich ggf. auch Stornierungsbedingungen. Die Entscheidung für die 2G- oder die 3G-Regelungen ist unter anderem abhängig von der Zielgruppe des Trägers. Für junge Menschen und im internationalen Austausch ist die 2G-Regel aufgrund der eingeschränkten Impfpfehlungen und -möglichkeiten nicht geeignet.

Zum Schwerpunktthema mobiles Arbeiten und Homeoffice gab der Fachanwalt für Arbeitsrecht, Franz-A. Duin, einen Input. Er empfahl zunächst einen genauen Blick auf die Definition von mobilem Arbeiten und Telearbeit (Homeoffice) zu werfen. Telearbeit ist im § 106 der Gewerbeordnung (GewO) festgelegt. Mobiles Arbeiten muss durch die Art der Arbeit vorgegeben sein. Obwohl besonders seit Beginn der Pandemie bei nahezu allen Trägern und in der Geschäftsstelle Realität, gibt es bisher wenig gesetzliche Grundlagen zu dieser Thematik. Daher beschäftigen die Kommissionsmitglieder viele Fragen, z. B.:

- Wer ist für den Arbeitsplatz, die Arbeitssicherheit und den Arbeitsschutz beim mobilen Arbeiten bzw. bei Telearbeit zuständig?
- Wie können rechtssichere und für beide Seiten zufriedenstellende Regelungen etabliert werden?

Darüber hinaus diskutierten die Kommissionsmitglieder die Themen, die in den weiteren Sitzungen der Fachkommissionen Verwaltung und Finanzen aufgegriffen werden sollen.

Wie kann Digitalisierung geschlechtergerecht gestaltet werden?

Die Kommission Geschlechterreflektierte Bildung nimmt das Thema feministische Netzpolitik in den Blick



Die Mitglieder der Kommission Geschlechterreflektierte Bildung
Foto: AdB

Die AdB-Fachkommission Geschlechterreflektierte Bildung traf sich am 23. und 24. September 2021 zur gemeinsamen Sitzung im Salvador-Allende-Haus – Sozialistisches Bildungszentrum Haard e. V. in Oer-Erkenschwick. Thematischer Schwerpunkt der Sitzung war die feministische Netzpolitik.

Francesca Schmidt, seit September 2021 Referentin für intersektionales Erinnerungs- und Transformationswissen bei der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und Fachbereichsleiterin „Politische Bildung und plurale Demokratie“ am neuen bpb-Standort Gera, war digital zur Sitzung zugeschaltet. Sie hat viele Jahre im Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie – eine Einrichtung der Heinrich-Böll-Stiftung – als Referentin für Feministische Netzpolitik gearbeitet und sich dabei intensiv mit den Fragen digitaler Gewalt, Überwachung und Kon-

trolle, Algorithmen, Künstliche Intelligenzen und deren sozionormativen Implikationen befasst. 2020 ist ihr Buch „Netzpolitik. Eine feministische Einführung“ erschienen. Sie ist zudem Gründungsmitglied und Vorständin von Netzforma* e. V. – Verein für feministische Netzpolitik.

Sie ermöglichte einen einführenden Einblick in die Thematik feministischer Netzpolitik anhand von Beispielen wie digitale Gewalt und Überwachung und ging gemeinsam mit den Kommissionsmitgliedern der Frage nach, wie Digitalisierung geschlechtergerecht gestaltet werden kann.

Neben der Auseinandersetzung mit dem Themenschwerpunkt haben sich die Kolleg*innen über Materialien, Methoden, Literatur und Webinhalte zu aktuellen Fachthemen der geschlechterreflektierten Bildung ausgetauscht.

Im Fokus stand zudem das Nachdenken über die Gestaltung der Zusammenarbeit in der Kommission. Zentrale Fragen waren hier: Wie wollen wir weiter zusammenarbeiten? Wie kann die Kommission AdB-Mitgliedseinrichtungen mit ihrer Expertise unterstützen? Was wollen wir gemeinsam erarbeiten?

Nach der Handlungsempfehlung für eine geschlechtersensible und diskriminierungsarme Sprache, die die Kommission als anzustrebendes Qualitätskriterium für den Verband erarbeitet hat, planen die Kolleg*innen, ihre Expertise weiter in den Verband einzubringen. Geplant ist die Erarbeitung eines Schutz- und Präventionskonzeptes sexualisierter Gewalt als Vorlage für die AdB-Mitgliedseinrichtungen.

Rege Diskussionen und Austausch zum Programm „Politische Jugendbildung im AdB“

Infotagungen zur neuen Programmphase 2023–2028



Villa Böckelmann, Tagungshaus der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg Foto: AdB

Am 4./5. und 5./6. Oktober 2021 fanden in der Villa Böckelmann, dem Tagungshaus der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg (EJBM)/Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH, zwei Informationsveranstaltungen zur neuen Laufzeit des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ 2023–2028 statt. Neben der Vorstellung der geplanten Struktur und der Themenschwerpunkte gab es viel Raum für Fragen und Austausch. Die insgesamt rund 60 Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit zur regen Beteiligung und gaben hilfreiches Feedback zur Finalisierung der Themen und der dazugehörigen Beschreibungen. Dieses Feedback dient zur Vorbereitung der Entscheidungsgrundlage für die AdB-Mitgliederversammlung.

Nach einer Begrüßung durch die AdB-Vorstandsmitglieder Christine Reich und Martin Kaiser, stellte Christian Scharf, Leiter der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg, die Arbeit und Schwerpunkte des Tagungsortes vor. Im anschließenden Part informierte Sebastian Bock,

stellvertretender AdB-Geschäftsführer, mit einem Einblick in den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) über die Grundlagen des Jugendbildungsprogramms.

Rebecca Arbter, die neue Leiterin des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“, stellte dann die ab 2023 angestrebte Struktur und die vier Themenschwerpunkte dar. In einer modifizierten Form eines *gallery walks* sammelten die Teilnehmenden im weiteren Verlauf des Nachmittags zahlreiche gute Anregungen und Ideen dazu, wie es gelingen kann, eine diversitätsorientierte Weiterentwicklung im Programm und im AdB insgesamt zu erreichen.

Am zweiten Tag erarbeiteten die Teilnehmenden Feedback zu den vier vorgeschlagenen Themenschwerpunkten. Diese reichten von Vorschlägen zur sprachlichen Überarbeitung bis hin zu einer Schärfung der Themenbereiche.

In die finale Überarbeitung der Beschlussvorlage zum Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ für die im November stattfindende AdB-Mitgliederversammlung werden diese Hinweise und Anmerkungen einfließen.

Die Rückmeldungen zu beiden Veranstaltungen durch die Teilnehmenden waren sehr positiv. Die Möglichkeit sich zu beteiligen und einbezogen zu sein wurde positiv hervorgehoben. Aus Sicht der Teilnehmenden sollte dieser Beteiligungsprozess jedoch zukünftig mit mehr zeitlichem Vorlauf zur Mitgliederversammlung und Ausschreibungsphase beginnen.

Die Veröffentlichung der Ausschreibung für das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ 2023–2028 ist für Januar 2022 geplant.

Ausgezeichnete politische Bildung

Das AdB-Projekt DIGIT-AL erhält den Grundtvig Award 2021



Foto: EAEA

Die European Association for the Education of Adults (EAEA) hat das Projekt „DIGIT-AL – Digital Transformation in Adult Learning for Active Citizenship“ mit dem Grundtvig Award 2021 in der Kategorie „Transnationales Projekt“ ausgezeichnet. Die Verleihung fand im Rahmen der EAEA-Jahreskonferenz 2021 zum Thema „Demokratie lernen in einer digitalen Welt“ am 17. und 18. November 2021 statt.

„Der Grundtvig-Preis ist eine große Ehre. Er motiviert uns, unseren Weg fortzusetzen und daran zu arbeiten, dass mehr erwachsene Europäer*innen grundlegend über die Digitalisierung als wichtiges politisches und gesellschaftliches Thema lernen können.“ – so die Projektverantwortlichen im AdB, Georg Pirker und Nils-Eyk Zimmermann.

Das Projekt betrachtet die digitale Transformation als Thema der politischen Bildung. Es stellt die Frage in den Mittelpunkt, wie Demokratie- und Erwachsenenbildung auf die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur reagieren können. Es wird von der EU-Kommission (Strategische Partnerschaft Erwachsenenbildung Erasmus+) unterstützt. Es entwickelt Handreichungen für Pädagog*innen in der

Erwachsenenbildung und verbreitet gute Praxisbeispiele aus der Bildung über Digitalisierung in den verschiedenen Bereichen der Erwachsenenbildung.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten dankt allen Partner*innen im Projekt:

- DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe
- Partners Bulgaria Foundation (BG)
- Centro per la Cooperazione Internazionale (IT)
- Rede Inducar, CRL (PT)
- Education Development Center (LV)
- Jaan Tõnissoni Instituut (EE)

Der EAEA Grundtvig Award wurde 2003 von der EAEA ins Leben gerufen, um herausragende Leistungen in der Erwachsenenbildung anzuerkennen. Der Preis wird an eine Organisation oder ein Projektkonsortium verliehen, die das beste transnationale Projekt in der Erwachsenenbildung vorstellen, und steht jedes Jahr unter einem anderen Thema. Er soll Praktiker*innen, Kursanbieter*innen und Projektteilnehmer*innen dazu anregen, ihre Arbeit zu schätzen und sich miteinander zu vernetzen.

Zur Mitteilung der EAEA: <https://eaea.org/2021/10/13/eaea-awarded-digitalisation-and-democracy-in-adult-education>

Mehr zum Grundtvig Award: <https://eaea.org/our-work/capacity-building/eaea-grundtvig-award>

Weitere Informationen zum Projekt DIGIT-AL: <https://dttools.eu>; www.adb.de/projekt/digit-al

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Ende Oktober 2021 feierte das *Gustav-Stresemann-Institut e. V.* seinen 70. Geburtstag. Es wurde 1961 aus dem Büro des seit 1951 bestehenden „Jugendsekretariats der Europäischen Bewegung“ heraus gegründet und blickt nun auf 70 Jahre Bildungsarbeit für die europäische und internationale Verständigung zurück. Anlässlich des Festakts wurden der Gustav-Stresemann-Saal und der Aristide-Briand-Saal eingeweiht und eine Stresemann-Ausstellung eröffnet.

Das *LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho* feiert 2021 sein 75-jähriges Bestehen. Die Mitgliederversammlung im Oktober 2021 wurde zum Anlass genommen, auf den Jugendhof und seine Geschichte aufmerksam zu machen. In 2022 ist eine größere Jubiläumsveranstaltung geplant, bei der auch das Bettenhaus wiedereröffnet wird, das bis zum Frühjahr renoviert werden soll.

Im September 2021 hat die *Begegnungsstätte Schloss Gollwitz* einen Neubau eingeweiht. Hier hält die Brandenburger „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ Einzug.

Im Neubau selbst sind zwei größere Seminarräume sowie insgesamt zwölf Einzel- und Doppelzimmer geschaffen worden, an denen es im Schloss mangelte. Seit 2009 hat die Stiftung ihr Quartier im ehemaligen Schloss Gollwitz. Es dient als Begegnungsstätte für jüdische und nichtjüdische Jugendliche in der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und Rassismus. Außerdem werden Fortbildungen für Erwachsene angeboten und Klausurtagungen abgehalten.

Die *Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.* hat eine Auszeichnung als Lernort der Demokratiebildung durch das Niedersächsische Kultusministerium erhalten. Eingebettet ist die Auszeichnung in dem Bildungspolitischen Schwerpunkt „Demokratisch gestalten – Eine Initiative für Schulen in Niedersachsen“.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

In Zeiten abnehmender Texte – Zum Ausscheiden des langjährigen Herausgebers der Außerschulischen Bildung Paul Ciupke

Eine Zeitschrift für die politische Bildung herauszugeben gehört vielleicht nicht zu den aufregendsten Tätigkeiten in dieser Republik, aber sicher nicht zu den sinnlosen. Ganz im Gegenteil gilt auch hier das Motto aus der Beton-Werbung: „Es kommt immer darauf an, was man daraus macht.“ Und das gilt in diesem Fall für den langjährigen Herausgeber der Außerschulischen Bildung (AB), **DR. PAUL CIUPKE**. In den 16! Jahren seiner Amtszeit hat er aus der AB etwas gemacht. Paul Ciupke übernahm im Jahr 2004 die Herausgeberschaft als erstes Nicht-Vorstandsmitglied des AdB, denn bis dato war diese Position „Chefsache“ im Verband. Die AB hatte es nie einfach: Sie fungierte einerseits als Verbandsorgan bzw. Mitgliederzeitschrift des AdB, auf der anderen Seite als Fachzeitschrift für die Praktiker*innen der politischen Bildungsarbeit und drittens als Fachblatt für die Wissenschaft, vornehmlich im Bereich Pädagogik und Politikwissenschaften. Die große Zahl der Abonent*innen im eher überschaubaren Feld der politischen Bildung ist gleichzeitig auch eine Verpflichtung, deren Erwartungen und Interessen gerecht zu werden. In der Konsequenz bedurfte es einer Person als Herausgeber, der genau diese unterschiedlichen Perspektiven in sich vereint und weiterentwickeln kann. Paul Ciupke war als Herausgeber die Idealbesetzung. Als Mitglied im AdB (er vertrat das Bildungswerk der Humanistischen Union in Essen) verfügte er über tiefgehende Einblicke in den Verband und die Arbeit der Mitgliedseinrichtungen. Als Praktiker der politischen Bildung leitete Paul Ciupke für das Bildungswerk der Humanistischen Union jedes Jahr eine Vielzahl von Veranstaltungen, vor allem Studienreisen und Tagungen füllten den Kalender; zu erwähnen ist hier vor allem das einmal jährlich stattfindende Seminar in Klappholtal auf Sylt! Die Verbindung zur Wissenschaft und die Teilnahme an den Diskursen, vor allem zur Erwachsenenbildung, stellte Paul mit seinen zahlreichen Beiträgen (nicht nur in der AB) und Buchveröffentlichungen her. Darüber hinaus vertrat er den AdB im Verwaltungsrat des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE).

Das alles floss in seine Herausgeberschaft mit ein, die sich im Wesentlichen auf die konstruktive Zusammenarbeit mit den „Chefredakteurinnen“ Ingeborg Pistohl (bis 2013) und Friedrun Erben beim AdB und die Leitung der Sitzungen des Redaktionsbeirats konzentrierte. Hier traten die drei genannten Dimensionen wieder offen hervor, denn es ging darum, aus Ideen, Stimmungen, Ereignissen und Aktuellem Themen für die vier Hefte pro Jahr zu entwickeln, die über den Tag hinaus aktuell blieben. Dass dafür ein gewisses Gespür notwendig ist, wird jedem Leser und jeder Leserin bei der Lektüre der AB deutlich. In 38 Sitzungen entwickelte der Redaktionsbeirat unter Pauls Leitung 72 Themen für ebenso viele Hefte, dachte über notwendige Textbeiträge nach und sinnierte über die dazugehörigen Autor*innen. Pauls langjähriges Wirken war nicht nur sein persönlicher Beitrag zur Kontinuität in der AB, sondern auch sein Interesse, die Aktivitäten der politischen Erwachsenenbildung nicht zu kurz kommen zu lassen (vor allem nicht in zu kurzen Texten) und vor allem die entsprechenden historischen Bezüge dabei herzustellen. Anlässlich des 50jährigen Bestehens des AdB im Jahr 2009 übernahm Paul die Mammutaufgabe, aus z. T. unsortiertem Aktenmaterial in Form von Briefen, Stellungnahmen, Publikationen etc. die Geschichte des AdB aufzuschreiben. Zusammen mit weiteren Beiträgen ist eine beachtliche Chronik entstanden, die das Wirken des AdB zeitgeschichtlich einordnet und sein Wirken im Feld der politischen Bildung deutlich macht. Immer wieder nutzte Paul in seinen Beiträgen in der AB die Gelegenheit, seine Anforderungen an die Praxis der außerschulischen politischen Bildung zu formulieren. So z. B. auch in einer Rezension über drei Bände, die sich mit der Geschichte Ostdeutschlands befassen (erschieden in der AB 2/2020). Er konstatierte am Ende seines Beitrags, dass die Beschäftigung mit der „eigentlichen DDR-Geschichte in der außerschulischen politischen Bildung der letzten Zeit erheblich an Bedeutung und Umfang verloren“ habe. Das sitzt! Denn Paul ist ein versierter Kenner der Branche und seine Einschätzungen – oder sagen wir besser „Befunde“ – waren fundiert und nachweisbar.

Zum Werdegang der AB, die 1970 zum ersten Mal erschien, resümierte Paul kurz und knapp: „Die ‚ab‘ gehört auf die Seite der wirklichen Erfolge des AdB.“ Dass das nicht nur bis 2009 so war, sondern noch heute gilt, ist zweifellos der Verdienst des langjährigen Herausgebers, Vordenkers und Autors Dr. Paul Ciupke! Danke dafür sagen Vorstand, Redaktion, Mitglieder des AdB und die Leserinnen und Leser der AB!

Boris Brokmeier

In eigener Sache – Veränderungen im Redaktionsbeirat: Der langjährige Herausgeber der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“, DR. PAUL CIUPKE, ehem. Bildungswerk der Humanistischen Union (siehe vorstehender Text), und das Mitglied des Redaktionsbeirats, DR. MICHAEL SCHRÖDER, ehem. Akademie für politische Bildung, haben den Redaktionsbeirat verlassen. Wir danken beiden herzlich für ihr Engagement!

Veränderungen in der AdB-Geschäftsstelle: Seit August hat LYDIA BIRKENEDER die administrative Abwicklung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ in der AdB-Geschäftsstelle übernommen. Ende 2021 wird SABINE MERTIN, langjährige Personal- und Finanzreferentin, in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Bereits am 1. September 2021 hat STEFANIE RENATUS ihre Arbeit als Personal- und Finanzreferentin in der AdB-Geschäftsstelle aufgenommen. Sie wird nach und nach den Aufgabenbereich übernehmen.

Die Franken-Akademie Schloß Schney e. V. hat seit dem 15. September 2021 mit ANDREAS BERK einen neuen Geschäftsführer. Er löste DR. MARTIN MICHAEL LANG ab, der seit dem 1. März 2019 als Geschäftsführer tätig war.

Im Rahmen der 94. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) haben die Delegierten am 11. September 2021 in Magdeburg einen neuen Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende sind DANIELA BRODA, jugendpolitische Referentin der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) und WENDELIN HAAG, Bundesleiter der Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD). Beide waren bisher stellvertretende Vorsitzende im DBJR. Neue

stellvertretende Vorsitzende sind ÖZGE ERDOĞAN, Bundesvorsitzende vom Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ), LOREEN SCHRECK, Bundesvorsitzende von Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken sowie LEA HERZIG, ehrenamtliches Mitglied des Bundesjugendausschusses der Jugend im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB-Jugend). Außerdem als stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden DANIELA HOTTENBACHER, Bundesvorsitzende beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und RAOUL TASCHINSKI, Jugend des Deutschen Alpenvereins (JDAV). MARIUS SCHLAGETER, der sich im Ring deutscher Pfadfinder*innenverbände (rdp) engagiert, wurde in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender bestätigt.

Der Bundesausschuss für politische Bildung (bap) hat in seiner Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Der Vorstand setzt sich seit dem 22. September 2021 folgendermaßen zusammen: Erster Vorsitzender ist WILFRIED KLEIN, Geschäftsführender Vorstand und Leiter des Gustav-Stresemann-Instituts, der Europäischen Tagungs- und Bildungsstätte Bonn. Zweite Vorsitzende ist NATALI REZWANIAN-AMIRI, Geschäftsführerin bei der Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V. Beisitzer*innen sind UTE RAWERT, Geschäftsführerin des v.f.h. Verein zur Förderung politischen Handelns e. V., JULIA RIEDEL, Referentin für politische Bildung und U18 bei Deutscher Bundesjugendring (DBJR), ANDREAS MICHELBRINK, Geschäftsführer bei ver.di.

Seit dem 1. Oktober 2021 ist PROF. DR. SABINE WALPER neue Direktorin und Vorstandsvorsitzende am Deutschen Jugendinstitut. Die Psychologin und Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung ist seit fast zehn Jahren als Forschungsdirektorin am DJI tätig. Sie folgt auf PROF. DR. THOMAS RAUSCHENBACH, der sich nach fast 20 Jahren als Leiter des DJI in den Ruhestand verabschiedet.

Die bisherige Leiterin des Fachbereichs Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, DR. SABINE DENGEL, hat die bpb Ende September verlassen. Seit dem 1. Oktober 2021 ist sie neue Dezernentin für Bildung, Kultur und Jugend in Saarbrücken. Die Nachfolge wurde noch nicht benannt.

Zum Jahresende verlässt der bisherige Geschäftsführer, **DR. KARL WEBER**, den AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. Er wurde zum 1. Januar 2022 als Diözesancaritasdirektor und Vorstandsmitglied des Diözesancaritasverbandes im Bistum Limburg berufen. Die Stelle der Geschäftsführung wurde neu ausgeschrieben.

ANNA ALBERS, über 20 Jahre Mitarbeiterin im Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V. ist im September 2021 verstorben. Sie war Mitglied im AdB-Vorstand und viele Jahre Vorsitzende der AdB-Fachkommission Verwaltung und Finanzen.

Zum Andenken an Hermann Giesecke – Als ich ihn vor etwa 10 Jahren in Bovenden bei Göttingen besuchte, äußerte **HERMANN GIESECKE** sich etwas melancholisch über den Zustand der Wissenschaft von der politischen Bildung, aber auch zum Schreiben über politische Bildung. Er bevorzugte den essayistischen Stil, den aber wolle keiner mehr. Auch Giesecke litt unter den thematischen und methodischen Verengungen in den Erziehungs- und Politikwissenschaften seit Mitte der 1990er Jahre. Ideologe war Giesecke nie, vielmehr ein linksliberaler Pragmatiker und kritischer Beobachter, dessen Lebenslauf und Berufsbiographie, über die er auch ausführlich Auskunft in einer Autobiographie („Mein Leben ist lernen“) gegeben hat, geradezu paradigmatisch für seine Generation und die Alterskohorte der akademischen Gründung einer modernen politischen Bildung ist. 1932 in eine bildungsaufgeschlossene Arbeiterfamilie hinein geboren und in der grauen Ruhrgebietsstadt Duisburg-Hamborn aufgewachsen, studierte er in den 1950er Jahren in Münster auf Lehramt. Entscheidend wurde aber seine Mitarbeit im Studienkreis politische Bildung, der im Jugendhof Vlotho zunächst angesiedelt war und mit teilweiser Unterstützung von Landeszentralen Seminare für Ober- und Hochschulschüler, vor allem zu Ost-West-Fragen, in NRW, Hessen und Niedersachsen durchführte. Zu diesem Kreis nebenamtlicher Teamer gehörten junge Frauen und Männer, die noch studierten und später als Aktivistinnen des SDS und als politische Intellektuelle und Hochschullehrerinnen noch sehr bekannt werden sollten: darunter bekannte Historikerinnen wie Reinhard Rürup und Jürgen Kocka, der Psychiatriekritiker und -reformer Klaus Dörner, der Friedensforscher Ekkehard Krippen-

dorf, aber auch andere Politikwissenschaftler wie Wilhelm Bleek, Lothar Hack, Hartmut Neuendorf und später Sozialpädagogik lehrende Frauen wie Annelie Keil und Gertrud Hardtmann. Man bildete sich gemeinsam inhaltlich aber auch methodisch fort. Das Themenspektrum weitete sich von der Auseinandersetzung mit der DDR, der deutschen Teilung und dem Kommunismus sowjetischer Prägung hin zu einer kritischen Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft. Giesecke hat Mitte der 1960er-Jahre eines der einflussreichsten und das von den Auflagen gesehen vielleicht erfolgreichste Buch zu Theorie und Praxis der außerschulischen politischen Bildung verfasst, das unter anderem den Diskussionsstand des Arbeitskreises und seine praktischen Ansätze reflektiert. Die Argumentationen in der „Didaktik der politischen Bildung“ und seinem Zwilling „Die Jugendarbeit“ verkörpern einerseits eine „didaktische Wende“ aber auch die Orientierung an der zeitgenössischen Soziologie, z. B. an der Konflikttheorie von Ralf Dahrendorf. Giesecke sprach programmatisch von einer „politische(n) Didaktik als pädagogische Theorie des Politischen.“ Anfang der 1960er Jahre ging Giesecke zum Jugendhof Steinkimmen, dessen Leiter er dann auch bald darauf wurde. Den Studienkreis nahm er mit. Ab 1963 bis 1997 war er dann an pädagogischen Hochschulen und schließlich als Professor der Universität Göttingen tätig. Im AdB wirkte Hermann Giesecke unter anderem von 1966 bis 1977 als Mitglied des Pädagogischen Beirats. Aber vielleicht sollte man auch noch erwähnen, dass die Jugendhöfe Vlotho und Steinkimmen zu den wichtigsten und vorantreibenden Einrichtungen bei der Gründung des AdB gehörten. In späteren Jahren entfernte sich Giesecke teilweise von Disziplin und Profession der politischen Bildung und bezog, auch im Namen einer aufklärerischen Bildung, manchmal streitbare Minderheitenpositionen. Zum Schluss kritisierte er die Bologna-Reformen an den Universitäten, die neoliberalen Ausrichtungen im Bildungssektor generell und die um sich greifende Kompetenzorientierung in der politischen Bildung als „Verschwinden von Bildung“ sehr deutlich. Sein umfassendes Schrifttum hat er frühzeitig im Netz sozialisiert (www.hermann-giesecke.de). Im September 2021 ist Hermann Giesecke, den man getrost einen Pionier der außerschulischen Bildung nach 1945 nennen darf, gestorben.

Paul Ciupke

Aus Profession und Politik

Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums: Junge Generation braucht ein starkes neues Regierungsprogramm: Kinder- und Jugendpolitik stärken!

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) benennt aktuelle kinder- und jugendpolitisch relevante Themen, die einer weiteren Bearbeitung durch die zukünftige Bundesregierung bedürfen. Nicht zuletzt durch die Covid-19-Pandemie wurde deutlich, dass der Kinder- und Jugendpolitik in der nächsten Legislaturperiode ein noch größerer Stellenwert eingeräumt werden muss.

Die hohe Relevanz der Kinder- und Jugendpolitik wurde in den letzten Jahren u. a. im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung und der grundlegenden Reformen im Kinder- und Jugendhilfegesetz politisch unterstrichen. Daraus resultieren Gestaltungsherausforderungen, die von der zukünftigen Bundesregierung aus der Perspektive einer nachhaltigen Generationenpolitik zu beantworten sind. Um jungen Menschen diskriminierungsfreie und gleichberechtigte soziale Teilhabe zu ermöglichen, braucht es nach Ansicht des BJK Maßnahmen zur Kinder- und Jugendgrundsicherung und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die die unterschiedlichen Bedürfnisse

junger Menschen berücksichtigen und inklusive (digitale) Lösungen in allen Lebensbereichen anbieten. Eine nachhaltige Generationenbalance kann nur dann gelingen, wenn die Rechte junger Menschen weiter gestärkt werden. Es gilt daher, den Diskurs um die Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz fortzuführen, Antworten auf die Forderungen zur Absenkung des Wahlalters zu finden und darüber hinaus eine Politik zu gestalten, die das Recht junger Menschen auf Beteiligung und Mitbestimmung unterstützt und umsetzt. Das BJK plädiert dafür, bereits in den Koalitionsverhandlungen zentrale kinder- und jugendpolitische Themen zu benennen, auf die politische Agenda zu setzen und im Sinne der Generationengerechtigkeit zielstrebig im Rahmen der Regierungszeit zu verfolgen.

Quelle: Pressemitteilung des DJI vom 08.09.2021

Weitere Informationen und Download der Stellungnahme:
<https://bundesjugendkuratorium.de/presse>

„Was die Demokratie zusammenhält“ – Jahrbuch 2021 der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Konsens, Kompromiss und Kontroversität sind drei Schlüsselbegriffe des Jahrbuchs der politischen Jugendbildung mit dem Titel „Was die Demokratie zusammenhält“. Wie in jedem Jahr versammelt das Jahrbuch der Evangelischen Trägergruppe (et) Beiträge aus dem Netzwerk der et, die Erfahrungen aus der Praxis der politischen Jugendbildung vor Ort mit einer Reflexion von aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen verbinden. Die Beiträge behandeln Praxiskonzepte zum Umgang mit Verschwörungsideologien, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Populismus. Und sie zeigen Wege

auf, wie politische Jugendbildung diversitätssensible Bildungsräume gestalten und neue Kooperationsfelder, z. B. im Zusammenspiel mit Schule und Jugendsozialarbeit, erschließen kann.

Das Jahrbuch kann bei der et-Geschäftsstelle bestellt werden:
office@politische-jugendbildung-et.de

Quelle und weitere Informationen: www.politische-jugendbildung-et.de

DJI: Jugendstudie zu Corona-Auswirkungen

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat die Lebenslagen und den Alltag junger Menschen während der Corona-Pandemie untersucht und mit der Publikation „Jugend ermöglichen – auch unter Bedingungen des Pandemieschutzes“ veröffentlicht. Sie widmet sich zentralen Fragen nach Verselbstständigung, Beteiligungsformen oder Freiräumen im Alltag.

Diskussionen über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Jugendliche haben oft Bildungsthemen, psychische Belastungen oder Feiern und „Party machen“ im Blick. Zentrale Fragen nach Verselbstständigung, Beteiligungsformen oder Freiräumen im Alltag blieben bisher weitgehend außen vor. Die Publikation trägt nun dazu bei, das bisher gezeichnete Bild über Lebenslagen und Alltag junger Menschen zu erweitern. Auch zeigt sie auf, wie die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe mit den teils radikal veränderten Rahmenbedingungen während der Pandemie umgegangen sind. Die Publikation wurde von Dr. Nora Gaupp in Zusammenarbeit mit den DJI-Kollegen Bernd Holthusen, Dr. Björn Milbradt und Dr. Mike Seckinger sowie Dr. Christian Lüders herausgegeben.

In den Untersuchungen werden nicht nur krisenhafte, sondern auch mögliche positive Folgen, wie etwa die Weiterentwicklung einer digitalen Jugendarbeit, betrachtet.

Neben den Auswirkungen auf Jugendliche mit Behinderungen und queere junge Menschen untersuchen die Forschenden, wie Jugendliche und junge Erwachsene durch eigenes Engagement zur Bewältigung der Krise beitragen. Auch die Folgen auf die Angebote und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe werden analysiert und dargestellt.

Ein weiteres Thema ist Jugendgewalt in Pandemiezeiten. Die Wissenschaftler*innen kommen zum Ergebnis, dass sich problematisches Verhalten Jugendlicher verstärkt in öffentliche Räume verlagert hat und hierdurch in der Öffentlichkeit höhere Aufmerksamkeit erfährt.

Die Daten, die den Studien zugrunde liegen, reichen von einer Institutionenbefragung auf Basis einer Vollerhebung aller Jugendämter in Deutschland über eine Coronaspezifische Zusatzbefragung im Rahmen des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A), exemplarische Interviews mit Jugendlichen, Befragungen von Fachkräften bis hin zu Literaturübersichten.

Quelle: Deutsches Jugendinstitut, Pressemitteilung vom 10.08.2021

Download der Studie: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/Corona-Band_final_22.7.2021.pdf

beWirken – Jugenderhebung 2021 „Jugend und die Auswirkungen von Corona“

Gefördert durch die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat beWirken über 5.000 junge Menschen aus Niedersachsen, Baden-Württemberg und Berlin online zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf ihre Bildungssituation und gesellschaftliche Teilhabe befragt. Erhoben wurden die Daten im Rahmen einer Stichproben-Umfrage mit der Snippet-App durch die gemeinnützige Organisation beWirken im Sommer 2021. Themenschwerpunkte waren die Themen Bildung, Partizipation und die Corona-Politik. Neben einem großen Zuspruch für digita-

le Lernangebote zeigen die Ergebnisse auch den Wunsch nach einer höheren Kompetenz der Lehrenden in den Bereichen Technik, digitale Medien und Tools. Außerdem haben viele Jugendliche während der Pandemie das Gefühl, die Politik würde die junge Generation zu wenig berücksichtigen.

Quelle und weitere Informationen: www.bewirken.org/jugenderhebung-2021

Schriftenreihe der bpb für Kinder

Mit drei ersten Titeln ist die neue Schriftenreihe für Kinder der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb an den Start gegangen. Drei Bücher speziell für Kinder im Kita- und Grundschulalter sind ab sofort über die bpb in einem neuen, bunten Design bestellbar. Weitere Kinderbücher zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen sind geplant.

Den Start der neuen Schriftenreihe für Kinder macht das Buch „Im Dschungel wird gewählt“. Es erzählt davon, wie eine Gruppe Tiere im Dschungel den Löwen als ihren König nicht mehr duldet und eine demokratische Wahl organisiert. In „Ein mittelschönes Leben“ geht es um einen Mann, der nach und nach die Kontrolle über sein bis dahin normales, glückliches Leben verliert und auf der Straße landet. Wie Max im Westen und seine Cousine Maja im Osten den Alltag zur Zeit der deutschen Teilung erleben, steht im Mittelpunkt von „Hübendrüben“. Die Bücher eignen sich insbesondere als Gesprächseinstieg zu den The-

men Wahlen und Demokratie, Armut und Obdachlosigkeit und die deutsch-deutsche Geschichte, etwa in der Kita, in der Schule oder zu Hause.

Kindgerecht und lebensnah beschäftigen sich die Bücher der neuen Reihe mit diesen und weiteren Themen. Das Angebot richtet sich an Kinder zwischen 4 und 10 Jahren sowie Fachkräfte der politischen Bildung und Kinder- und Jugendhilfe. Es bietet die Möglichkeit, Kinder schon im frühen Alter für die Grundfragen des Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft und die Vielfalt unserer Welt zu interessieren und darüber hinaus ihre Freude am Lesen allgemein zu fördern.

Quelle, weitere Informationen und Bestellmöglichkeit: www.bpb.de/schriftenreihe-fuer-kinder

Handreichung zu Verschwörungsideologien

Die Amadeu Antonio Stiftung hat eine neue Handreichung zum Umgang mit Verschwörungsideologien mit dem Titel „Entschwörung konkret“ herausgebracht. Laut Amadeu Antonio Stiftung haben „38,5 % der Bevölkerung bereits eine manifeste Verschwörungsmentalität ausgebildet. Diese geht mit einer höheren Empfänglichkeit für Verschwörungserklärungen und Demokratiefindlichkeit sowie einer stärkeren Gewalaffinität einher.“ (Vgl. Fachstelle für Politische Bildung und Entschwörung bei der Amadeu Antonio Stiftung)

Um diesem Umstand etwas entgegenzusetzen hat die Stiftung die Handreichung veröffentlicht. Diese geht ins-

besondere auf männliche und weibliche Narrative von Corona-Leugner*innen ein und erklärt das Weltbild, welches sich hinter den jeweiligen Narrativen verbirgt.

Jedes Kapitel schließt mit konkreten Handlungsoptionen und Tipps zum Gespräch gegen Verschwörungserzählungen ab.

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung

Download der Broschüre: www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/08/Entschwoerung_konkret_web.pdf

Neuer IDA-Reader erschienen: Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten in der Migrationsgesellschaft

Die eigene Sexualität und die Geschlechtsidentität sind ein wichtiger Teil des eigenen Identitätsbildungsprozesses. Jedoch kann dieser Prozess gerade im jugendlichen Alter gestört werden. Jugendliche, die sich selbst nicht in die binären Geschlechtskategorien einordnen wollen, erleben häufig, dass ihre Sexualität und ihre Geschlechtsidentität in Frage gestellt werden und sie sich dafür rechtfertigen müssen. In diesem Reader, der von Nora Warrach herausgegeben wurde, liegt der Fokus besonders auf jungen LSBTIQ* of Color.

Was machen solche Erfahrungen mit LSBTIQ* Jugendlichen? Wie gehen sie damit um? Welche Möglichkeiten der Unterstützung und Beratung können sie wahrnehmen? Der Reader beleuchtet diese Fragestellungen aus verschiedenen Perspektiven und zeigt auf, wie die Jugend(verbands)arbeit jugendliche LSBTIQ* of Color dabei unterstützen kann, den Prozess der Entwicklung der eigenen Sexualität und Geschlechtsidentität zu begleiten.

Gleichzeitig zeigt der Reader auf, an welchen Stellen eine größere Sensibilisierung im Umgang mit Sexualitäten

und Geschlechtsidentitäten im Kontext der Migrationsgesellschaft stattfinden muss. Denn junge LSBTIQ* of Color erleben oft eine Mehrfachdiskriminierung in unserer Gesellschaft. Nicht nur ihre Sexualität und Geschlechtsidentität wird hinterfragt, auch ihre vermeintliche Herkunft müssen sie ständig erklären. Deshalb ist eine intersektionale Sichtweise auf dieses Thema unumgänglich.

Umfassend kommen Praktiker*innen aus der Jugend(verbands)arbeit zu Wort, die Erfahrungsberichte im Umgang mit LSBTIQ* Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft einfließen lassen. Ebenso sind Stimmen aus diversen Communities im Reader vertreten.

Zentrale Begrifflichkeiten wie LSBTIQ*, non-binary oder Cis-gender werden in einem Glossar erläutert.

Quelle: Publikationsankündigung von IDA e. V. vom 02.08.2021

Download und Bestellung der Broschüre: www.IDAev.de/publikationen/reader

Recht auf eine gesunde Umwelt als grundlegendes Menschenrecht

Am 8. Oktober 2021 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution, die das Recht auf eine gesunde Umwelt als grundlegendes Menschenrecht anerkennt. Auch Deutschland stimmte für die Resolution.

Dies ist ein Meilenstein für Menschenrechte und Umweltschutz, dennoch ist es damit noch nicht getan. Die Staaten haben jetzt einzeln und im Verbund die Aufgabe, die Situation der Menschen zu verbessern, die von den Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung besonders betroffen sind.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mahnt an, dass die künftige Bundesregierung dieses Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt nun auch in Deutschland umsetzen muss. Ohne das Wissen vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen, Institutionen und Gruppen sei das kaum zu bewerkstelligen. Deshalb sollten diese bei

der Entwicklung entsprechender Programme und Gesetze unbedingt einbezogen werden.

Das DIMR hat dazu eine Stellungnahme zur Anerkennung des Menschenrechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt veröffentlicht. Es zeichnet darin den bisherigen Stand der Verankerung des Rechts auf eine gesunde Umwelt nach und stellt die Argumentationen von Befürworter*innen und Skeptiker*innen einer internationalen Anerkennung des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt dar.

Quelle und Download der Stellungnahme: www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/internationale-erkennung-eines-menschenrechts-auf-eine-sichere-saubere-gesunde-und-nachhaltige-umwelt

AGJ-Positionspapier: Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Corona-Zeiten

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat Anfang Oktober 2021 das Positionspapier „Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Corona-Zeiten: Eine Zwischenbilanz zu den Auswirkungen auf Jugendliche, junge Erwachsene und die Strukturen der Jugend(sozial)arbeit“ beschlossen.

Die AGJ äußert sich mit diesem Positionspapier zu den Auswirkungen, die Corona auf junge Menschen und die Strukturen der Jugend(sozial)arbeit in den letzten Monaten hatte und weiterhin hat. Sie zieht eine Zwischenbilanz und erörtert die Frage der notwendigen Schritte und der Weiterentwicklung von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Die AGJ kritisiert die Corona-Zeit als Unzeit für die Jugend, da die gesellschaftliche Wahrnehmung der Jugend am Beginn der Pandemie sehr negativ war und ihre Bedarfe und ihr Wohlbefinden erst spät mediale Aufmerksamkeit erfuhren. Psychische Belastungen, fehlender alltäglicher Austausch mit Gleichaltrigen und Zukunftsängste prägten die Corona-Zeit für junge Menschen. Insbesondere bei jungen Menschen in prekären Lebenslagen potenzierten sich diese Problemlagen. Zudem fühlten sich junge Menschen nicht vertreten und beteiligt; sie und ihre Strukturen wurden in der Krise nicht befragt und in Entscheidungen eingebunden. Der Wegfall sowie die Einschränkungen, die die Angebote der Jugendarbeit in den letzten Monaten erfuhren, kamen für junge Menschen erschwerend hinzu. Obwohl es viele kreative Lösungen gab, um Angebote weiterhin offenzuhalten und den Kontakt zu jungen Menschen nicht zu verlieren, konnte die Jugendarbeit in den letzten Monaten nur auf Sparflamme wirken. Zudem fehlt den Strukturen die (Planungs-)Sicherheit, wie es in den nächsten Monaten und Jahren weitergeht, da die Zusagen zur finanziellen Unterstützung bisher nur einen Förderzeitraum von 1,5 Jahren umfassen.

Die AGJ formuliert Empfehlungen zu nun notwendigen Schritten: Sie fordert die Wiederherstellung, Absicherung und den Ausbau wichtiger sozialer Infrastruktur und einen Zukunftsplan Jugendarbeit mit 5-jähriger Laufzeit, um junge Menschen und die Orte ihres Aufwachsens zu unterstützen. Zudem fordert sie die Stärkung der Jugendsozialarbeit und dass die Kommunen entsprechende Ressourcen für pandemiebedingte Herausforderungen hier zur Verfügung stellen. Die Vielfältigkeit digitaler (Sozial)Räume hat während der Pandemie stark an Bedeutung gewonnen. Die AGJ fordert eine notwendige Weiterentwicklung von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit hin zu digitalen Ansätzen und Methoden – dafür braucht es einen Digitalpakt Kinder- und Jugendhilfe. Ein weiterer notwendiger Schritt ist es, die Beteiligungsstrukturen junger Menschen krisenfest zu machen, auszubauen und zu sichern. Daneben sieht die AGJ insbesondere die Schaffung von Freiräumen und Orten, wo junge Menschen „unverzweckte“ Zeit verbringen können, nach den strapaziösen Monaten der Pandemie als immens wichtig an. Zudem braucht es einen fachlichen, interdisziplinären Diskurs, wie die Kinder- und Jugendhilfe in gemeinsamer Verantwortung aller für junge Menschen relevanten Akteur*innen auf die aktuellen Herausforderungen zukünftig organisatorisch, planerisch und konzeptionell reagieren kann.

Quelle: www.agj.de

Download des Positionspapiers: www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2021/Positionspapier_Corona_Jugendarbeit.pdf

Digitalpakt Kinder- und Jugendarbeit – Gemeinsame Forderung von sieben zentralen Trägern der Jugendarbeit

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat gemeinsam mit sechs weiteren zentralen Trägern der Jugendarbeit einen Digitalpakt für Kinder- und Jugendarbeit gefordert. Es geht dabei um eine Digitalisierungsstrategie, eine Ausstattungsoffensive, um Förderprogramme zur flächendeckenden Praxisentwicklung sowie um eine Fortbildungsoffensive für haupt- und ehrenamtliche Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit.

Digitalität prägt die Gesellschaft und damit auch Lebenswelten junger Menschen entscheidend. Sie verändert zunehmend die Praxis, das Portfolio und die Arbeitsabläufe der Kinder- und Jugendarbeit und erfordert, deren Aufgaben weiterzuentwickeln.

Die Covid-19-Pandemie hat zudem als Katalysator gewirkt und das Digitalisierungstempo erhöht. Die Kinder- und Jugendarbeit konnte dabei vielerorts zeigen, dass sie sehr lösungsorientiert und flexibel mit geänderten und neuen Anforderungen umgehen kann. Zugleich wurde deutlich, dass die Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit in der Breite den fachlichen, ethischen, technischen und rechtlichen Herausforderungen der Digitalität aktuell nur unzureichend begegnen können. Es fehlt an einer modernen digitalen Infrastruktur, an Unterstützung und Wissen sowie an Erfahrungstransfer.

Das Ziel von Jugendarbeit ist, Kindern und Jugendlichen Raum für Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit zu schaffen, mit ihnen gemeinsam gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten und Chancen zur Entfaltung zu öffnen – gerade in einem Transformationsprozess wie der Digitalisierung. Für eine gelingende, positive digitale Transformation der jugendlichen Lebenswelten braucht es deswegen die Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit. Damit die Kinderrechte gewahrt und die im SGB VIII verankerten Prinzipien auch in analog-digitalen Lebenswelten gesichert und vertreten werden können, bedarf es substanzieller Rahmenbedingungen für eine Digitalisierung in der Kin-

der- und Jugendarbeit. Es braucht konkret eine finanzielle Förderung, rechtliche Grundlagen und eine differenzierte Digitalisierungsstrategie, um die digitale und fachliche Infrastruktur in der Kinder- und Jugendarbeit innovativ und nachhaltig auszugestalten – für und mit jungen Menschen.

Ein umfassender und durchdachter Digitalpakt Kinder- und Jugendarbeit ist also dringend notwendig. Er muss im Zusammenschluss der unterschiedlichen Trägerbereiche in der Kinder- und Jugendarbeit entstehen, damit sie gemeinsam ihre Anliegen bündeln und ihre jeweiligen Expertisen einbringen können. Er steht gleichwertig auf einer Ebene mit einem Digitalpakt Kinder- und Jugendhilfe sowie dem bestehenden Digitalpakt Schule. Dabei müssen Erfahrungen aus dem bestehenden Digitalpakt Schule gezogen werden, um Fehler wie zum Beispiel eine Engführung auf technische Ausstattung, zu vermeiden.

Die Forderungen für einen Digitalpakt Jugendarbeit werden getragen von:

- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
- BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. (BAG OKJE)
- Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ)
- Deutscher Bundesjugendring (DBJR)
- Deutsche Sportjugend im DOSB (dsj)
- IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB)
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Diese bundeszentralen Strukturen sehen sich als Partner für die Entwicklung und Umsetzung eines Digitalpaktes Jugendarbeit.

Der Digitalpakt im Wortlaut: www.adb.de/Digitalpakt_Kinder-und_Jugendarbeit_2021

Aktueller EU-Jugendbericht 2021 erschienen

Die EU-Kommission hat am 14. Oktober 2021 den neuen EU-Jugendbericht 2021 vorgestellt. Er bewertet die ersten drei Jahre der Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019–2027 und beschreibt die aktuelle Lage junger Menschen in den Ländern Europas unter besonderer Berücksichtigung der Covid-19-Pandemie.

Der Bericht wird alle drei Jahre von der Europäischen Kommission erstellt, um die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie festzustellen. Er ist ein wesentliches Instrument der EU-Jugendstrategie und basiert auf länderspezifischen Informationen zu den jeweiligen Jugendpolitiken und zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in den Ländern Europas.

Der EU-Jugendbericht umfasst den eigentlichen Bericht der Kommission, in dem wichtige Fortschritte in der Verwirklichung der Ziele und Hauptinstrumente zur Unterstützung der Zusammenarbeit vorgestellt sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen für den nächsten Arbeitszyklus vorgeschlagen werden. Flankiert wird der Bericht der Kommission von zwei Arbeitspapieren der Kommissionsdienststellen: eine Dokumentation zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie der letzten drei Jahre (2019–2021) mit einer ausführlichen Zusammenfassung der auf nationaler und EU-Ebene getroffenen Maßnahmen, und ein detaillierter Bericht zur Situation der rund 86 Mio. jungen Menschen in der Europäischen Union.

Der Bericht basiert u. a. auf Informationen der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und der Youth Wiki Online-Plattform (<https://national-policies.eacea.ec.europa.eu/youthwiki>), die einen umfassenden Überblick über die nationalen Jugendpolitiken in 32 europäischen Ländern bietet.

In dem aktuellen Bericht zeigt sich sehr deutlich, dass die COVID-19-Pandemie junge Menschen in Europa schwer getroffen hat und sich insbesondere negativ auf ihre Bildungs- und Beschäftigungssituation und ihre psychische Gesundheit ausgewirkt hat. Ein Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit zeigt etwa, dass sich die zwischen 2013 und 2019 rückläufige Tendenz in allen Jugendaltersgruppen 2020 umgekehrt hat.

Auch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist in den Jahren 2020 und 2021 stark durch die Pandemie beeinträchtigt worden. Einige Maßnahmen des EU-Dreijahres-Arbeitsplans mussten modifiziert, verschoben oder gar gestrichen werden. Die Projekte zur Jugendmobilität wurden erheblich gestört. Als Reaktion darauf hat die EU ihre Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen für junge Menschen deutlich verstärkt. Derzeitige Initiativen wie die Vollendung des Europäischen Bildungsraums bis 2025, der neue Aktionsplan für digitale Bildung, die Europäische Kompetenzagenda und das Paket zur Förderung der Jugendbeschäftigung haben das Ziel, die Chancen junger Menschen zu verbessern und ihre persönliche, soziale und berufliche Entfaltung zu ermöglichen.

Um die Umsetzung der EU-Jugendstrategie und der Jugendziele zu erleichtern, hat die EU-Kommission zudem offiziell vorgeschlagen, 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären.

Quelle: Europäische Kommission

Download des Berichts: [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2021\)636&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2021)636&lang=en)

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Ideenwettbewerb ENGAGIERT FÜR KLIMASCHUTZ!

Engagierte Organisationen, die das Thema Klimaschutz in der Zivilgesellschaft aktiv stärken und (weiter-)entwickeln möchten, können sich noch bis zum 31. Dezember 2021 für den Ideenwettbewerb des Programms ENGAGIERT FÜR KLIMASCHUTZ im Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement bewerben. Neben innovativen Ideen geht es insbesondere darum, (neue) Kooperationen und Synergien auf Verbands-, Vereins- und Organisationsebene auf den Weg zu bringen. Wie und mit welchen Mitteln ist der Kreativität der Bewerber*innen überlassen. Jedes Projekt kann mit bis zu 50.000 Euro über einen Projektzeitraum

von 1,5 Jahren gefördert werden. Die Projektpartner*innen erhalten zudem Unterstützung in Form von Beratung, von Wissenstransfer mit weiteren Partner*innen und dem Austausch von Expertise und Ideen. Die Begleitung der Projekte erfolgt durch das BBE-Team, durch Vertreter*innen der Stiftung Mercator, unter Einbindung der Mitglieder des Beirats und weiterer Expert*innen aus dem BBE-Netzwerk.

Weitere Informationen: www.b-b-e.de/projekte/engagiert-fuer-klimaschutz

Ausschreibung zum internationalen Comic-Wettbewerb für Jugendliche

Der französische Kriegsgräberdienst „l'Office national des anciens combattants et victimes de guerre“ (ONACVG) schreibt seit zehn Jahren den Comic-Wettbewerb „Bulles de mémoire“ (Sprechblasen der Erinnerung) aus. 2018, als sich das Ende des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährte, schloss sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. an und etablierte diesen Kreativwettbewerb mit Erfolg auch in Deutschland. Seit 2021 ist auch das „War Heritage Institute“ (WHI) aus Brüssel als dritter Partner dabei. Alle

drei Organisationen bieten den Wettbewerb parallel zum gleichen Themenschwerpunkt in ihren Ländern an, gestalten gemeinsam Start und Ziel und unterstützen die Jurys der Partner. Bis zum 28. Februar 2022 läuft der fünfte internationale Comic-Wettbewerb für Jugendliche.

Alle Informationen zu den Teilnahmebedingungen: www.volksbund.de/schule

Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer möchten weiterhin zur Auseinandersetzung mit dieser Transformationsphase beitragen und loben deshalb eine zweite Runde des Jugendwettbewerbs „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ aus. Das Thema der diesjährigen Runde ist „Jungsein“: Wie hat sich das Leben von Jugendlichen seit dem Mauerfall und der Einheit verändert? Und inwieweit sind die Auswirkungen auch in der Gegenwart noch spürbar? Ziel ist es, mit dem Thema „Jungsein“ Geschichten und Erfahrungen junger Menschen aus dieser Zeit in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken und Jugendliche deutschlandweit dazu

anzuregen, sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen. Bis zum 1. März 2022 werden Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren dazu aufgerufen, sich in Gruppen auf historische Spurensuche zu begeben. Sie können Geschichten aus den Familien, aus dem Wohnort, aus Vereinen, von Begegnungen mit Menschen aus dem jeweils anderen Landesteil recherchieren oder auch Veränderungen untersuchen, die junge Menschen seit 1989/90 mitgemacht haben.

Weitere Informationen: www.umbruchszeiten.de

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 35–36/2021

Schwerpunkt:
Verschwörungstheorien

Heft 37/2021 Schwerpunkt: Herrschaft des Rechts

Heft 38–39/2021 Schwerpunkt: Jugend und Protest

Heft 40–41/2021 Schwerpunkt: Geschichte und Erinnerung

Heft 42–43/2021 Schwerpunkt: Gefängnis

Heft 44–45/2021 Schwerpunkt: Jüdisches Leben

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 10/2021 Schwerpunkte z. B.: Nach der Wahl; Kinderarmut; Polen – Ausnahmezustand der Demokratie; Identitätsdebatte oder: Das Comeback des Privilegs

Heft 11/2021 Schwerpunkt z. B.: Warum die Natur Rechte braucht; Europa versus USA: Klimaallianz oder grüner Handelskrieg; Die deutsche Schande von Kabul; Pressefreiheit; „Die Linke“ in der Identitätskrise

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

deutsche jugend, **Heft 9/2021** Schwerpunkt: Politische Bildung und Jugendbildungsstätten

Heft 10/2021 Schwerpunkt: Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, **Heft 569/2021** Schwerpunkt: Schrittmacher der Demokratisierung. Zum 100. Todestag von Matthias Erzberger

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; www.politische-meinung.de

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Über Bildung

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Europäisches Gemeinwohl stärken

Heft 4/2021 Schwerpunkt: Themenkonjunkturen

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

Forum Jugendhilfe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Die Kinder- und Jugendhilfe ist politisch?!

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.agj.de

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, **Heft 3/2021** Schwerpunkte z. B.: Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement – empirische Erkenntnisse für die deutsche Einwanderungsgesellschaft; Deutschlands Außenpolitik; Politische Bildung im Jugendarrest

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Interdisziplinarität – Transdisziplinarität (in) der Erwachsenen- und Weiterbildung

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Demokratie stärken. Perspektiven des 16. Kinder- und Jugendberichts

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 4/2021** Schwerpunkt: Kinder- und Jugendschutz JETZT! Haben die Parteien Jugendschutz im Programm?

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin;
www.kjug-zeitschrift.de

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, **Heft 4/2021** Schwerpunkt: Medienbildung für nachhaltige Entwicklung

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München;
www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, **Heft 9/2021**

Schwerpunkt: Die Entscheidung

Heft 10/2021 Schwerpunkt: Die neue Zeit

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin;
<http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Internationale Politik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, **Heft 4/2021**

Schwerpunkt: Rechtsextremismus in Institutionen

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2021** Schwerpunkt: Warum nicht kooperieren?

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld;
www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, **Heft 5/2021** Schwerpunkt: Rechtsextremismus (Sek. I); Politik postkolonial (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, **Heft 2/2021** Schwerpunkt: Die Aktualität politischer und bürgerlicher Menschenrechte

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pd-digital

Competendo Digital Toolbox

Die Online-Plattform Competendo ist ein digitales Angebot des europäischen Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe. Der AdB e. V. arbeitet als Mitbegründer des Netzwerks aktiv an dieser Plattform mit. In der englischsprachigen Competendo-Toolbox finden Bildner*innen der politischen und non-formalen Bildung Inspiration, Materialien und praxisnahes Hintergrundwissen zur an Schlüsselkompetenzen orientierten politischen Bildung aus Europa. Competendo hat das Ziel, zur Verbreitung von Ansätzen der politischen Bildung und zum Empowerment von Lernenden für aktives Handeln als Bürger*innen in Europa in Zeiten der Transformation beizutragen. Die Toolbox bietet und teilt Erfahrungen, Methoden und Inspiration für am Konzept von Schlüsselkompetenzen orientiertes (digitales) Lernen, insbesondere in der non-formalen Bildung. Die Inhalte sind unter einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht. Für den Relaunch wurde Competendo um Inhalte aus dem AdB-Projekt „DIGITAL – Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“ zum Thema Digitalisierung erweitert und präsentiert sich jetzt in einem responsiven Design für alle Bildschirme. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Inhalte datenschutzfreundlich über eine App auf mobilen Endgeräten zu nutzen. Dazu ist kein Appstore-Zugang nötig, sondern es reicht aus, die Website zu besuchen, wo die App zur Installation zur Verfügung steht. Die Installation funktioniert mit den Mobile-Browsern Safari, Chrome oder Edge.

<https://competendo.net>

bbp-Podcast: Netz aus Lügen – Die globale Macht von Desinformation

In der siebenteiligen Podcast-Reihe „Netz aus Lügen“ beschäftigt sich die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb mit dem Themenfeld der Falsch- und Desinformation weltweit. Um strukturelle Herausforderungen besser zu verstehen, haben die Autoren in unterschiedlichen Demokratien in Europa, Asien und Nordamerika recherchiert. Gefragt haben sie etwa nach der Rolle von polarisierten Gesellschaften oder Plattformlogiken bei der Verbreitung und Wirkungsmacht von Falschinformationen. Im Vordergrund stand dabei auch immer die Frage, welche Handlungsspielräume es gibt und was man voneinander lernen kann. Der Podcast soll den Blick weiten und auf die globale Dimension von Desinformation aufmerksam machen. In jeder Podcastfolge sprechen die Autoren mit Menschen, die zu Desinformation forschen, davon betroffen sind, gegen sie anschreiben (Polen, Russland, Deutschland, USA, Taiwan, Indien). Die Reihe erscheint bis Ende Dezember 2021 alle zwei Wochen.

www.bpb.de/globale-desinformation

Updates der Dossiers „Russlanddeutsche und politische Bildung“ und „Politische Bildung im Strafvollzug“

Die Fachstelle politische Bildung hat ihr Dossier „Russlanddeutsche und politische Bildung“ vollständig überarbeitet und aktualisiert. Im Dossier „Politische Bildung im Strafvollzug“ wurden Veröffentlichungen und ein Praxisprojekt ergänzt. In den Dossiers finden Sie Informationen zu laufenden und abgeschlossenen Forschungsprojekten, Forscher*innen, die zu diesen Themen arbeiten, Praxisprojekte, Veranstaltungshinweise und Dokumentationen.

<https://transfer-politische-bildung.de/dossiers>

Neuer Podcast zur Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb hat ergänzend zur Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) einen neuen Podcast gestartet. Einmal im Monat beantworten Expert*innen große Fragen aus Politik und Zeitgeschichte. In der ersten Folge zum „Zustand der Demokratie“ sprechen die Macher*innen mit Vanessa Boese darüber, inwiefern die Demokratie weltweit in Gefahr ist und wie man das misst. Wolfgang Merkel und Jan-Werner Müller wurden gefragt, was die Demokratie in Deutschland belastet und wie wir demokratische Antworten auf gesellschaftliche Konflikte finden. Zum Schluss erklärt Patrizia Nanz, welches Potenzial in Bürgerräten steckt, um die Demokratie zu verbessern. In jeder Folge des neuen APuZ-Podcasts geht es um ein komplexes Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers diskutiert und immer wieder überraschend. Für alle, die tiefer einsteigen wollen, werden Quellen und Literatur gleich mitgeliefert. Der Podcast wird produziert vom Podcast-Label hauseins. Durch die Folgen führt der Podcaster und ehemalige Radio-Moderator Holger Klein.

www.bpb.de/apuz-podcast

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2021

52. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Dr. Paul Ciupke, Petra Barz, Dr. Barbara Hopmann, Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder

Redaktions- und Bezugsanschrift:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
<https://fachzeitschrift.adb.de>
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Druckhaus Sportflieger

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 20 €

ab 4 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare,

Arbeitslose (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.



Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de